



Hartmut Koschyk MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen

Leistungsbilanz von A bis Z

über die Tätigkeit im Deutschen Bundestag
und für den Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim
in der 17. Wahlperiode (2009-2013)



Hartmut Koschyk, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte der CSU-Delegiertenversammlung
im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim, liebe Parteifreunde,

die 17. Legislaturperiode geht in zehn Monaten zu Ende und die Weichen für die Bundestagswahl im Herbst 2013 werden bereits jetzt gestellt. Mit der Nominierung des Direktkandidaten in unserem Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim erfolgt der erste Schritt zur Vorbereitung dieser wichtigen Wahlentscheidung.

Am 12. Dezember 2008 haben mich die Delegierten der CSU-Kreisverbände Bayreuth-Stadt, Bayreuth-Land und der zu diesem Wahlkreis gehörenden CSU-Ortsverbände des CSU-Kreisverbandes Forchheim zum Direktkandidaten der CSU im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim gewählt. Nach 1994, 1998, 2002 und 2005 war dies meine fünfte Nominierung als CSU-Kandidat im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim. Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 wurde ich mit einer Zustimmung von 50,9 Prozent der Wählerschaft meines Wahlkreises direkt gewählt.

In den vergangenen Jahren habe ich mich in vielerlei Hinsicht für die Belange unserer Heimatregion stark gemacht. Nachdem eine Darstellung aller Themen und Aspekte meiner politisch-parlamentarischen Arbeit in meinem Bericht den Rahmen dieser Nominierungsveranstaltung sprengen würde, erlaube ich mir, Ihnen meine Leistungsbilanz der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages schriftlich vorzulegen.

In dieser Leistungsbilanz finden Sie eine Übersicht über meine parlamentarische Arbeit und meine Regierungsarbeit sowie eine Zusammenfassung der von mir durchgeführten bzw. initiierten Veranstaltungen in der laufenden Legislaturperiode.

Liebe Delegierte, ich bewerbe mich heute erneut bei Ihnen für die Funktion des Direktkandidaten im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim und bitte um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen!

Hartmut Koschyk, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

A

Agrardieselerstattung

Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, stellte ich im Juni 2012 den wesentlich vereinfachten sog. „Kurzantrag“ für die Agrardieselerstattung vor, den ich als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen initiiert habe.

Die wesentlichen Vorteile des neuen Antrages sind:

- deutliche Reduzierung des Umfangs (zwei statt bisher sieben Seiten)
- der Antrag ist für die Mehrzahl der jährlich rd. 200.000 Antragsteller nutzbar
- wesentliche Arbeitserleichterung für Antragsteller und Zollverwaltung
- beschleunigte Antragsbearbeitung und damit schnellere Auszahlung der Erstattungen.

Das neue Antragsformular wird ab dem Jahr 2013 erstmals für die Agrardieselerstattung 2012 eingesetzt. Betriebe der Land- und Forstwirtschaft können von 47 Cent Energiesteuer je Liter Diesel rd. 21,5 Cent pro Liter für Kraftstoff zurück erhalten, der in landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen verwendet wird (sog. Agrardiesel).

Der Einsatz von reinem Biodiesel bzw. Pflanzenöl ist in der Landwirtschaft gänzlich von der Energiesteuer befreit. Es ist im engen Dialog mit dem Deutschen Bauernverband gelungen, den Aufwand für die Landwirtschaft bei der Beantragung der Agrardieselerstattung deutlich zu reduzieren. Das entlastet unsere Land- und Forstwirte und sorgt dafür, dass die Beantragung künftig einfacher und schneller erfolgen und die Zollverwaltung die Erstattung schneller auszahlen kann.

Arbeitsmarkt

Ein wichtiger Bestandteil meiner bundespolitischen Parlamentstätigkeit gilt dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Region. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel konnte die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland erheblich gesenkt werden. Sehr erfreulich ist es, dass auch in Oberfranken die Zahl der Arbeitslosen erheblich zurückgegangen ist und der Arbeitsmarkt gerade in unserer Region deutlich an Fahrt aufgenommen hat.

Am 1. Oktober wurden die Arbeitsagenturen Bayreuth und Hof zur Agentur für Arbeit Bayreuth-Hof zusammengeschlossen. Dieser Agenturbezirk umfasst die kreisfreien Städte Bayreuth und Hof und die Landkreise Bayreuth, Hof, Kulmbach und Wunsiedel. Im Oktober 2012 reduzierte sich im Agenturbezirk Bayreuth-Hof die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Landkreis Bayreuth. 1.744 Männer und Frauen waren im Oktober 2012 im Landkreises Bayreuth arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 3,0 Prozent und war die niedrigste im gesamten Agenturbezirk Bayreuth-Hof. Im Oktober 2009 waren noch 2.254 Männer und Frauen arbeitslos und die Arbeitslosenquote lag bei 3,9 %.

Im Stadtgebiet Bayreuth sank die Zahl der Arbeitslosen im Oktober dieses Jahres auf 2.075. Die Arbeitslosenquote lag bei 5,6 %. Im Oktober 2009 waren noch 2.407 Personen arbeitslos und die Arbeitslosenquote betrug 6,6%

In der Geschäftsstelle Pegnitz der Agentur für Arbeit waren im Oktober 2009 686 Männer und Frauen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote lag bei 3,9 %. Im Oktober 2012 waren hingegen nur noch 531 Männer und Frauen arbeitslos gemeldet und die Arbeitslosenquote lag bei 2,9 %.

Aktuell liegen der Arbeitsagentur die quartalsmäßig erfassten Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze für März 2012 vor. Im Stadtgebiet Bayreuth gab es im März 2009 insgesamt 39.136 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im März 2012 waren es 42.311. Im Landkreis gab es im März 2009 insgesamt 21.059 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im März 2012 waren es 22.283.

Die Lage am Arbeitsmarkt stellt sich auch in unserer Region weiterhin positiv dar. Es wird auch in der Zukunft mein Ziel sein, Beschäftigung in der Region zu sichern und die Schaffung neuer Arbeitsplätze anzuregen.

Assisi

Zwischen der italienischen Stadt Assisi und der Region Bayreuth bestehen seit 2004 regelmäßige und intensive Kontakte und Begegnungen, die ich nachhaltig unterstütze. In Assisi wurde 2008 der Partnerverein „Associazione Culturale Amici della Germania“ gegründet.

Von 2004 bis 2011 fanden im jährlichen Wechsel Begegnungen in Assisi und im Landkreis Bayreuth mit jeweils 40 Personen statt. Diese 8- bis 12-tägigen Austauschbesuche bildeten das Fundament der Beziehungen zu Assisi.

Bei diesen Begegnungen machte sich vor allem der damalige Kreisjugendpfleger Hans Kugler nachhaltig verdient, der auch heute noch einen wertvollen Beitrag für die Freundschaft zwischen dem Landkreis Bayreuth und Assisi leistet.

2009 konnte sich die Region Bayreuth auf der Piazza S. Chiara der Bevölkerung von Assisi vorstellen. Bei der Präsentation der Region Bayreuth am Pfingstwochenende nahmen neben mir Bayreuths Landrat Hermann Hübner, Kreisjugendpfleger Hans Kugler, die Juramusikanten unter Norbert Lodes, Mitarbeiter des Regionalmarketings Bayreuth Stadt und Land, Mitarbeiter der Tourismusverbände aus dem Fichtelgebirge, der Fränkischen Schweiz und der Stadt Bayreuth und eine Reihe engagierter Bürger teil. Gemeinsam mit Landrat Hermann Hübner habe ich bei dieser Gelegenheit den Chor der Basilica di San Francesco, Assisi, in die Region Bayreuth eingeladen.

2010 besuchte vom 24. – 28. Juni der Chor der Basilica di San Francesco die Region Bayreuth. Mehrere Konzerte und ein freundschaftliches Begegnungsprogramm mit dem St. Thomas-Chor aus Trockau vertieften die bestehenden Beziehungen. 2011 fand vom 25. – 29. August der Gegenbesuch des St. Thomas-Chores Trockau in Assisi statt. Ein Konzert in der Oberkirche, die musikalische Gestaltung des Sonntagsgottesdienstes in der Unterkirche und ein Begegnungsabend mit dem Chor aus Assisi bleiben allen unvergesslich.

2012 war ich mit einer Delegation zum Mittelalterfest „Calendimaggio“ in Assisi eingeladen. Bei meinem Besuch führte ich intensive Gespräche mit dem Bürgermeister von Assisi, Claudio Ricci, dem Direktor des Gymnasiums „Liceo Properzio“, Prof. Giovanni Pace, dem Direktor des wissenschaftlichen Gymnasiums und der Grund- und Hauptschule „Convitto Nazionale Principe di Napoli“, Dante Siena, mit verschiedenen Personen aus dem Bereich Wirtschaft, Handwerk und Gewerbe, mit Brüdern des Franziskanerklosters, vor allem mit dem deutschen Franziskanerbruder Thomas Freidel, dem Leiter des Chors der Basilica di San Francesco Assisi, Pater Guiseppa Magrino, dem Generalvikar und den Kustoden des Ordens der Franziskaner, Bruder Jerzy Norel und Bruder Giuseppe Piemontese und natürlich mit zahlreichen Familien und Freunden der Associazione Culturale Amici della Germania, Assisi. Ziel meiner Gespräche war es, die Beziehungen zwischen der Region Assisi und der Region Bayreuth nachhaltig auszubauen.

Am 17. September 2012 wurde auf meine und Landrat Hübners Initiative hin der Verein „Gesellschaft für Kultur und Begegnung der Freunde der Region Assisi e. V.“ gegründet. Ziel des Vereins ist die Förderung der Beziehungen zwischen der Stadt und dem Landkreis Bayreuth mit der Stadt und der Region Assisi auf allen Gebieten, insbesondere im politischen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Ebenso sollen die Beziehungen zwischen Oberfranken und der Region Umbrien gefördert werden. Auch ist es Vereinszweck, regelmäßige Begegnungen zwischen Vertretern beider Städte und Regionen vorzubereiten und durchzuführen.

Die Gründungsversammlung hat mich zum Vorsitzenden und den Landrat des Landkreises Bayreuth, Hermann Hübner, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Darüber hinaus gehören dem Gründungsvorstand natürliche und juristische Persönlichkeiten aus der Region Bayreuth an, darunter der Bayreuther Regionaldekan Domkapitular Dr. Josef Zerndl, der Bürgermeister von Mehlmeisel, Günter Pöllmann und der Leiter des St. Thomas-Chors Trockau, Ottmar Schmitt.

Der von mir und Landrat Hermann Hübner initiierte Verein kann bereits erste Erfolge vermelden: Bereits im Januar 2013 sollen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums „Liceo Properzio“ das Gymnasium Pegnitz besuchen. Ein Gegenbesuch soll voraussichtlich Ende der Osterferien 2013 erfolgen.

Der Basilika-Chor aus Assisi wird im Sommer 2013 Bayreuth besuchen und es sind Konzerte in Bayreuth und Kloster Speinshart geplant. Ebenso sind für das kommende Jahr verschiedene Begegnungsfahrten nach Assisi geplant.

Des Weiteren habe ich mich dafür eingesetzt, dass in diesem Jahr Metzgermeister Moreno Pizzoni aus der Region Assisi am 2. Fränkischen Bratwurstgipfel teilnehmen konnte. Auch im kommenden Jahr ist eine Beteiligung von Metzgern aus der Region Assisi geplant, um die Beziehungen zwischen unseren Handwerksbetrieben weiter auszubauen.

Ausbildung

Ausbildung von jungen Menschen bleibt Hauptaufgabe der Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Rahmen meiner Firmenbesuche steht daher die Frage im Mittelpunkt, inwieweit gesetzliche Rahmenbedingungen den ausbildenden Betrieben die Ausbildung erleichtern oder welche unnötigen bürokratischen Hürden bestehen. Ferner arbeite ich dafür, dass die regionalen Angebote verbessert und ergänzt werden.

Unser duales Ausbildungssystem hat in Deutschland einen entscheidenden Beitrag zu einer der niedrigsten Arbeitslosenquoten unter Jugendlichen im europäischen Vergleich geleistet. Die berufliche Ausbildung in Schule und Betrieb bietet jungen Menschen Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Die Ausbildung von jungen Menschen bleibt daher Hauptaufgabe der Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben den 2004 geschlossenen „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ für den Zeitraum bis 2014 verlängert.

Neben meinen regelmäßigen Unternehmensbesuchen stelle ich bei vielen Treffen bewusst das Thema Ausbildung in den Mittelpunkt der Gespräche. So besuche ich regelmäßig zum Beginn des Ausbildungsjahres Unternehmen, um vor Ort mit den Auszubildenden über deren Situation sprechen zu können. Beispielhaft darf ich meinen Besuch in der Ausbildungswerkstatt der KSB in Pegnitz oder im Rahmen des Tages der Ausbildung den Besuch der Auszubildenden der Firma E.ON Bayern in Bayreuth nennen.

Hier lag der besondere Fokus auf der Thematik „Ausbildung mit Behinderung“, welche durch die Firma E.ON Bayern vorbildlich umgesetzt wird und auch Menschen mit Behinderung einen bestmöglichen Ausbildungsablauf ermöglicht.

Auch der Besuch von Ausbildungsmessen gehört zu meinen regelmäßigen Gelegenheiten, mit den Verantwortlichen in den regionalen Ausbildungsunternehmen ins Gespräch zu kommen. So darf ich beispielsweise den Besuch der 22. Kulmbacher Ausbildungsmesse erwähnen, die ich mit einer Ansprache eröffnet habe, nachdem ich durch das Ausscheiden von Karl-Theodor von und zu Guttenberg aus dem Deutschen Bundestag Teile seines Wahlkreises mit betreut habe. Die Ausbildungsmesse in Kulmbach ist ein fester Bestandteil der Bildungsarbeit des Landkreises Kulmbach und des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft.

Auslandsreisen

Polen

Die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen erfüllt eine wichtige Brückenfunktion zwischen Deutschland und Polen. Im Rahmen einer dreitägigen Reise in die Republik Polen im Jahr 2010 informierte ich mich u. a. über die Entwicklung Schlesiens. Auch interessierte ich mich für die Förderung lokaler Initiativen und führte Gespräche mit der Wirtschaftskammer Schlesien.

Ferner führte ich in der Woiwodschaft Oppeln Gespräche mit dem Diözesanbischof Andrzej Czaja sowie dessen Vorgänger Erzbischof Prof. Dr. Alfons Nossol und unternahm einen Besuch im Priesterseminar und der Theologischen Fakultät in Oppeln. Dort stand ein Gespräch mit dem Präfekten Pfarrer Dr. Janusz Podzielny auf dem Programm. Bei meinem Besuch in Oppeln wurde ich vom deutschen Konsul Peter Eck begleitet. Letzte Station der Schlesien-Reise stellte die Stadt Gleiwitz dar. Hier besuchte ich das Haus für deutsch-polnische Zusammenarbeit und führte Gespräche mit dem Präsidenten des Hauses und Sejm-Abgeordneten der Deutschen Minderheit, Ryzard Galla.

Meinen Besuch in Polen im Jahr 2011 nutzte ich unter anderem zum gegenseitigen Austausch mit der polnischen Regierung zu aktuellen finanzpolitischen Themen. Neben einem Gespräch mit dem im polnischen Finanzministerium zuständigen Staatssekretär, Herrn Jacek Dominik, traf ich auch Mitglieder des Finanzausschusses des polnischen Parlaments. Im Mittelpunkt der Gespräche standen unter anderem die dynamische Entwicklung des deutsch-polnischen Wirtschaftsaustausches, die Rahmenbedingungen für deutsche Investitionen in Polen und die deutsch-polnische Zusammenarbeit bei der Stabilisierung des EURO. Polen ist in Europa Vorreiter bei der Haushaltskonsolidierung und hatte als erstes Land – noch vor Deutschland – eine nationale Schuldenbremse in seiner Verfassung eingeführt. Weitere Themen waren die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer sowie eine Angleichung der Unternehmensbesteuerung in der EU.

In Oppeln besuchte ich die „Stiftung für die Entwicklung Schlesiens und zur Förderung lokaler Initiativen“, die seit Mitte der 90er Jahre erfolgreich zahlreiche mittelständische Investitionen und Infrastruktur-Projekte gefördert hat. Ebenso besuchte ich die zweisprachige Bildungseinrichtung „Pro Liberis Silesiae“ in Raschau, die auf Vereinsbasis einen zweisprachigen Kindergarten sowie eine zweisprachige Grundschule unterhält.

Bei meinen Informationsbesuchen habe ich auf die besonderen Schwierigkeiten um den Erhalt der deutschen Muttersprache der deutschen Minderheit in Polen hingewiesen. Dies bleibt, nach meiner Ansicht, die größte Herausforderung für die deutsche Minderheit in Polen! Zwar hat sich seit den epochalen politischen Veränderungen in Polen in den Jahren 1989/1990 die Lage der deutschen Minderheit dort entscheidend verbessert. Bei dem Bemühen, die deutsche Muttersprache als das zentrale identitätsprägende Merkmal auch für die junge Generation zu erhalten, müssen jedoch noch größere Anstrengungen unternommen werden.

Rumänien

Anlässlich der Herausgabe der ersten deutsch-rumänischen Gemeinschaftsbriefmarke besuchte ich 2011 Rumänien. Dort stellte ich das gemeinsam mit der rumänischen ROMFILATELIA herausgegebene Sonderpostwertzeichen im Rahmen des jährlich stattfindenden „Sachsentreffens“ in Kronstadt vor. Motiv der Briefmarke ist die symbolträchtige Kirchenburg von BIRTHÄLM. Die Gemeinschaftsbriefmarke ist vor dem Hintergrund der langjährigen guten deutsch-rumänischen Beziehungen, aber auch der ausgeprägten rumänischen Anstrengungen zum Schutz der deutschen Minderheit zu sehen.

Die Niederlassung der Siebenbürger Sachsen, der ältesten deutschen Siedler auf dem Territorium des heutigen Rumänien, erfolgte im 12. Jahrhundert im Zuge der deutschen Ostkolonisation.

Die Banater Schwaben kamen hingegen im 18. Jahrhundert im Zuge einer groß angelegten Kolonisationsaktion hinzu, nachdem das so genannte Banat nach mehr als 150-jähriger Türkenherrschaft im Jahre 1716 in eine Provinz des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation umgewandelt worden war. Gleichfalls im 18. Jahrhundert wurden im Nordwesten Rumäniens die so genannten Sathmarer Schwaben von ungarischen Grundherren angesiedelt. Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich für nachhaltige Zukunftsperspektiven der deutschen Volksgruppe in Rumänien ein, was ich intensiv unterstütze.

Serbien und Slowenien

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Christian Schmidt MdB, besuchte mit mir 2011 die slowenische Hauptstadt Ljubljana sowie die serbische Hauptstadt Belgrad, um mit hohen politischen Repräsentanten beider Staaten politische Gespräche zu führen.

Gemeinsam machten wir bei unseren Gesprächen in Belgrad deutlich, dass zur Erlangung des EU-Kandidatenstatus Serbien weitere Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit und in der Kosovo-Frage nachweisen muss. Ebenso erwartet die Europäische Union eine weitere Kooperation bei der Suche nach mutmaßlichen Kriegsverbrechern.

Ukraine

Gemeinsam mit der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper MdB, besuchte ich 2011 die Ukraine. Gemeinsam führten wir politische Gespräche mit Oppositionspolitikern. Meinen Besuch in der Ukraine nutzte ich auch zum gegenseitigen Austausch mit der ukrainischen Regierung zu aktuellen finanzpolitischen Themen. So traf ich mit dem ukrainischen Finanzminister, Fedir Jaroschenko, zusammen. Der Dialog zwischen der Ukraine und der Bundesrepublik Deutschland ist für beide Länder von großer Bedeutung und wird auch in Zukunft intensiv fortgesetzt. Beim deutsch-ukrainischen Wirtschaftsforum, an dem auch der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Infrastruktur der Ukraine, Boris Kolesnykow, teilnahm, sprach ich zu Aspekten der Zusammenarbeit.

Portugal

Europa-, Finanz- und Wirtschaftspolitik standen im Mittelpunkt der politischen Gespräche von mir und den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon im Jahr 2012. Gemeinsam mit den Abgeordneten der CSU-Landesgruppe unter Vorsitz von Gerda Hasselfeldt MdB wurde ich in Lissabon von Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva und Premierminister Pedro Passos Coelho sowie dem Parlamentsvizepräsidenten Guilherme Silva empfangen. Die CSU-Landesgruppe warb in allen Terminen für Solidität und Stabilität in Europa. Als Finanzstaatssekretär konnte ich mich vor Ort über den Fortgang der Reformbemühungen in Portugal, das Hilfen aus dem europäischen Rettungsschirm erhält, informieren.

Staatspräsident Aníbal Cavaco versicherte mir, dass Portugal sich strikt an seine Verpflichtungen halte und das portugiesische Volk sich seiner Verantwortung bewusst sei. Auch Regierungschef Pedro Passos Coelho nahm sich Zeit für einen intensiven Austausch mit mir und der CSU-Landesgruppe.

Volksrepublik China

Im Jahr 2010 bin ich einer Einladung der Außenpolitischen Gesellschaft Chinas gefolgt und besuchte neben Peking auch Xian, Shanghai sowie die Regionen Macao und Hongkong. Während meiner Reise durch die VR China traf ich mich unter anderem auch zu einem Gespräch mit dem chinesischen Vize-Minister Guo Yezhou, der im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas für internationale Beziehungen zuständig ist. Ebenso konnte ich mir ein Bild von der Situation der Kirche in China machen.

So traf ich mich im Verlauf meines Besuchs mit verschiedenen Kirchenvertretern, darunter dem katholischen Bischof Antony Dang und dem 94-jährigen Bischof von Shanghai, Aloysius Jin Lu Xian, der als Symbolfigur christlicher Glaubensstärke in China gilt. Ebenso besuchte ich die österliche Auferstehungsfeier in der katholischen Kathedrale von Peking.

In Peking habe ich mich 2012 über die Situation der Christen in der VR China informiert. Bei einem Gespräch mit mir waren Prof. Dr. Wulff Metz, der seit 1980 China bereist und ein Kenner der Situation der evangelischen Christen in der VR China ist, Dr. Karl-Heinz Schell, Pfarrer der evangelischen Gemeinde deutscher Sprache Peking und Michael Bauer, katholischer Seelsorger in Peking und Shanghai, anwesend. Ebenfalls nahm Michael Kropp, Vertreter des katholischen Hilfswerkes Misereor in der VR China, der unter anderem gemeinsam mit Xinping Zhuo das Buch „Christliche Soziallehre und ihre Verantwortung in der Gesellschaft“ herausgegeben hat, an der Diskussionsrunde teil. Die beiden Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche in China betonten, dass es in Peking und Shanghai lebendige und wachsende deutschsprachige Kirchengemeinden gebe. Ausdruck hierfür sei auch die deutsche Kantorei, die 2010 gegründet wurde. In China steigt die Zahl der Christen seit Jahren stark an. Mittlerweile sind schätzungsweise 60 Millionen Chinesen zu dem Glauben übergetreten. Nach einem ausführlichen Besuchsprogramm in Peking reiste ich nach Hongkong weiter, um politische Gespräche zu führen.

So traf ich unter anderem Prof. Dr. Lutz-Christian Wolff, der Internationales und Chinesisches Wirtschaftsrecht an der „Chinese University of Hong Kong“ lehrt, um über die Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen in Hongkong und die Investitionsbereitschaft chinesischer und hongkonger Unternehmen in Deutschland und Europa zu diskutieren.

Um der wachsenden internationalen Bedeutung der VR China Rechnung zu tragen, habe ich im Jahr 2011 im Rahmen des deutsch-chinesischen Sicherheitsdialogs der Konrad-Adenauer-Stiftung auf Schloss Goldkronach einen Gedankenaustausch mit dem früheren chinesischen Generalmajor Zhenqiang Pan und dem ehemaligen stellvertretenden Generalinspekteur der Bundeswehr Johann-Georg Dora durchgeführt. Auch habe ich einen deutsch-chinesischen Schüleraustausch der Johannes-Kepler-Realschule in Bayreuth unterstützt.

Republik Korea

2010 und 2012 besuchte ich die Republik Korea, um als deutscher Ko-Vorsitzender am IX. Deutsch-Koreanischen Forum in Incheon und am XI. Deutsch-Koreanischen Forum in Goseong teilzunehmen. Es konnten wichtige Empfehlungen an die Regierungen beider Länder zum Ausbau der bilateralen Beziehungen erarbeitet werden (*Siehe Stichworte Goseong / Deutsch-Koreanisches Forum / Korea*).

B

Bankenregulierung / Schutz von regionalen Sparkassen und Genossenschaften

Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen habe ich mich stets dafür eingesetzt, dass die Überregulierung von kleinen und regionalen Sparkassen, Genossenschaften und Privatbanken durch die Bankenregulierung vermieden wird.

Der Deutsche Bundestag hat in der laufenden Legislaturperiode einem Antrag von CDU, CSU und FDP zur Stärkung der Europäischen Finanzaufsicht auch mit den Stimmen der SPD zugestimmt.

Darin wendet sich das Parlament gegen eine Überregulierung kleiner und ausschließlich regional tätiger deutscher Sparkassen, Genossenschaften und Privatbanken durch europäische Aufsichtsbehörden. Die Bundesregierung wurde daher aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Deutsche Bundesbank in der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision, ESFS) ihre praktischen Erfahrungen und detaillierten Kenntnisse über die deutschen Finanzmarktstrukturen und die von ihnen beaufsichtigten Unternehmen aktiv einbringen.

Ich stand diesbezüglich auch im intensiven Dialog mit Vertretern des Sparkassen- und Genossenschaftsbereiches in unserer Region, darunter dem Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes und Aufsichtsratsvorsitzenden der Volksbank-Raiffeisenbank Bayreuth eG, Manfred Nüssel und dem Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Bayreuth, Siegmund Schiminski.

Die drei im Rahmen des ESFS geschaffenen Finanzaufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities, ESAs) sollen „insbesondere ihre harmonisierende Funktion ausfüllen und die EU-weit einheitliche Anwendung des europäischen Aufsichtsrechts sicherstellen“. Außerdem soll die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Aufsichtstätigkeit insbesondere der Vielfalt und den mittelständischen Strukturen im europäischen Finanzmarkt angemessen Rechnung trägt.

Zurecht wurde in dem Antrag angemahnt, „dass eine nicht ausreichende Beschränkung der Aufsichtstätigkeit der ESAs auf ihre harmonisierende Funktion dazu führt, dass der Vielfalt im europäischen Finanzmarkt und insbesondere den mittelständischen Strukturen sowie dem Grundsatz der abgestuften Aufsichtsintensität entsprechend der Risikostruktur des beaufsichtigten Finanzinstituts (Proportionalitätsgrundsatz) nicht angemessen Rechnung getragen wird“. Dies könne zu einer Überregulierung kleiner und ausschließlich regional aktiver Institute führen. Die Bundesregierung soll darauf achten, dass die bürokratische Belastung durch das aufsichtsrechtliche Meldewesen verhältnismäßig bleibt.

Die neuen Europäischen Aufsichtsbehörden haben einen erheblichen Einfluss darauf, wie die Finanzmärkte künftig reguliert und beaufsichtigt werden. Vor diesem Hintergrund besteht nicht nur die Notwendigkeit, dass sich deutsche Institutionen an den Arbeiten des ESFS im Interesse eines funktionsfähigen, integeren und stabilen Europäischen Finanzmarktes beteiligen und um eine angemessene Vertretung deutscher Positionen in der europäischen Finanzaufsicht sicher zu stellen. Wir wollen insbesondere auch unsere kleinen Banken im ländlichen Raum vor zu starker Aufsicht schützen.

Auch im Zusammenhang mit der Bankenabgabe habe ich mich für kleine und regionale Sparkassen, Genossenschaften und Privatbanken eingesetzt. Die Höhe der Bankenabgabe orientiert sich an der Bilanzsumme, Vernetztheit und dem eingegangenen Risiko der Kreditinstitute. Für alle Kreditinstitute gilt im Rahmen der Erhebung des Jahresbeitrages zur Bankenabgabe ein Freibetrag in Höhe von 300 Mio. Euro auf die beitrags erhebliche Bilanzsumme. Da kleinere Institute wie Sparkassen und Volksbanken aber in der Regel unter diesem Schwellenwert bleiben, müssen sie überhaupt keinen Beitrag leisten. Die Belastung der kleinen Institute ist damit minimal, wenn sie überhaupt eine Bankenabgabe leisten müssen. Insgesamt tragen Volksbanken und Sparkassen weniger als 4 Prozent zum Restrukturierungsfonds bei, wobei deren Spitzeninstitute und Landesbanken nicht mit einberechnet sind.

Bayreuther Black Boys

Zunächst war es nur eine Aktion des Bundestagswahlkampfes 2005: Die „Gründung“ der Band „Bayreuther Black Boys“. Inzwischen spielt die Gruppe in wechselnder Besetzung bei Benefizkonzerten anlässlich verschiedener Gelegenheiten. So traten die Bayreuther Black Boys in den letzten Jahren beim Bauunternehmen Pöhner in Bayreuth oder bei British American Tobacco in Bayreuth auf, um für einen guten Zweck die Besucherinnen und Besucher der Unternehmensfeiern zu unterhalten. Unseren größten Auftritt hatten wir im Jahr 2011 bei der Gala-Prunksitzung der Faschingsgesellschaft Schwarz-Weiß Bayreuth in der Stadthalle Bayreuth.

Bayreuther Fastenessen

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe in meinem Wahlkreis Bayreuth-Forchheim lade ich jährlich zu einem sogenannten „Bayreuther Fastenessen“ eine Vielzahl von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirche ein. Der Erlös dieser Veranstaltung kommt jeweils einer caritativen bzw. diakonischen Einrichtung in meinem Wahlkreis zugute.

Dieses Jahr konnte ich die frühere Pegnitzer Schwester Teresa Zukic in Bayreuth begrüßen. Schwester Teresa, die aus Funk und Fernsehen über die Grenzen meines Wahlkreises hinaus bekannt ist, referierte über das Thema: „Abenteuer Christ sein – fünf Schritte zu einem erfülltem Glauben“.

Mit Herrn Prälat Dr. Bernhard Felmberg konnte ich im Jahr 2011 den Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union zum Thema „Zur Freiheit hat uns Christus befreit. Reden und Handeln in christlicher Verantwortung“ in Bayreuth willkommen heißen.

Im März 2010 habe ich den damaligen Bundesminister für Gesundheit, Herrn Dr. Philipp Rösler MdB, zum Thema „Politisches Handeln aus Christlicher Verantwortung“ gewinnen können.

Anlässlich des ersten Fastenensens im Jahr 2009 durfte ich den jetzigen CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe MdB in Bayreuth begrüßen, der zu Jeremia 29, Vers. 7 („Suche der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn; denn wenn ihr´s wohlergeht, so geht es auch euch wohl.“) gesprochen hat.

Für das Jahr 2013 hat bereits der ehemalige Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein sein Kommen zugesagt.

Mit dem Bayreuther Fastenensens konnten bisher folgende Einrichtungen unterstützt werden: Hospiz-Verein Bayreuth (2009), Bayreuther und Pegnitzer Tafeln (2010), die ökumenische Aktion „Suppe am Samstag“ (2011) und das Bayreuther Frauenhaus (2012). Für das Jahr 2013 ist als Spendenzweck das von Dekan Hans Peetz initiierte Projekt „Plan B für Arbeitslose“ angedacht.

Bayreuther Festspiele

Die Bundesförderung der Bayreuther Festspiele liegt mit rund 2,3 Mio. Euro auf hohem Niveau. In Anbetracht der weiterhin notwendigen Haushaltskonsolidierung ist es als ein großer Erfolg zu werten, dass die Bundesförderung der Bayreuther Festspiele bereits 2010 deutlich angehoben wurde. Hierdurch wird dokumentiert, welche herausragende Bedeutung die Bundesregierung den Bayreuther Festspielen beimisst.

Auf Grund einer Großen Anfrage der SPD hat sich der Deutsche Bundestag ausführlich mit der Finanzierung der Bayreuther Festspiele befasst. Im Hinblick auf die Bayreuther Festspiele nimmt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD klar Stellung.

So heißt es wörtlich: „Die Bundesregierung fördert aus Präzedenzgründen in der Regel keine Musik- und Theaterfestivals in den Regionen und Ländern der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft. Die Richard-Wagner-Festspiele Bayreuth stellen eine Ausnahme von diesem Grundsatz dar.“

Bereits im Vorfeld der Debatte im Deutschen Bundestag haben ich und der damalige Oberbürgermeister, Dr. Michael Hohl, in intensiven Gesprächen die Förderung der Bayreuther Festspiele durch den Bund als einen wichtigen Bestandteil der Kulturförderung der Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben.

So konnte Dr. Michael Hohl auf meine Initiative hin mit den Fachpolitikern der CDU /CSU – Bundestagsfraktion im Vorfeld der Haushaltsentscheidungen Gespräche führen. Staatsminister Bernd Neumann betonte dabei, dass die Bayreuther Festspiele von großer nationaler und internationaler Bedeutung seien und die Kulturnation Deutschland zur Förderung der Bayreuther Festspiele durch den Bund stehen müsse.

Ebenso habe ich am Rande einer Sitzung des Kulturausschusses zu den Bayreuther Festspielen die Leiterin der Bayreuther Festspiele, Katharina Wagner, die amtierende Oberbürgermeisterin der Stadt Bayreuth, Brigitte Merk-Erbe, den kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen MdB, den Berichterstatter für Kultur und Medien im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, Rüdiger Kruse, das Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien, Dagmar G. Wöhrl und die Abteilungsleiterin beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Ministerialdirektorin Ingeborg Berggreen-Merkel, zu einem Informationsgespräch eingeladen. Gegenstand des konstruktiven Meinungsaustausches waren aktuelle Fragen der Bayreuther Festspiele, die Sanierung von „Haus Wahnfried“ sowie der Sanierungsbedarf des Bayreuther Festspielhauses.

Bayreuther Kulturgespräch

Das von mir ins Leben gerufene Bayreuther Kulturgespräch ist inzwischen zu einer festen Einrichtung während der Festspielzeit in Bayreuth geworden.

In diesem Zusammenhang nutze ich die Gelegenheit, am Rande dieser Veranstaltungsreihe kulturpolitische Schwerpunkte in der Stadt Bayreuth anzusprechen (Sanierung Villa Wahnfried, Sanierung Altes Schloss der Eremitage, Sanierung Markgräfliches Opernhaus, Bewerbung Bayreuths als Weltkulturerbestätte). 2010 konnte ich den Vorsitzenden des Unterausschusses „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ im Deutschen Bundestag, Herrn Peter Gauweiler, nach Bayreuth einladen. Im Jahr 2011 nahm die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags, Frau Prof. Dr. Monika Grütters MdB, am Bayreuther Kulturgespräch teil.

In diesem Jahr konnte ich für das 9. Bayreuther Kulturgespräch die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Frau Christine Lieberknecht MdL, gewinnen.

Benzinpreise

Aufgrund des hohen Anstiegs der Kraftstoffpreise in unserer Region habe ich den Präsidenten des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, gebeten, die Kraftstoffpreise in der Stadt Bayreuth sowie den Landkreisen Bayreuth und Forchheim überprüfen zu lassen.

Aufgrund zahlreicher Beschwerden hat das Bundeskartellamt bereits 2008 eine so genannte Sektoruntersuchung für den Bereich Kraftstoffe eingeleitet, um einen besseren Einblick in die Funktionsweise der Preissetzung im Mineralölsektor zu gewinnen. Mit der beim Bundeskartellamt neu einzurichtenden Markttransparenzstelle für Strom und Gas will die Bundesregierung mögliche Verstöße gegen wettbewerbsrechtliche Regeln im Energie- und Kraftstoffsektor aufdecken und gegebenenfalls auch ahnden, was ich nachhaltig unterstütze.

Betreuungsgeld

Der Deutsche Bundestag hat die Einführung eines Betreuungsgeldes endgültig beschlossen, wofür ich mich gemeinsam mit den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag eingesetzt habe.

Mit dem Betreuungsgeld erweitert die Bundesregierung auch in unserer Region die Gestaltungsmöglichkeiten der Eltern für die Betreuung ihrer Kleinkinder. Ab dem 1. August 2013 unterstützen wir sie entweder mit einer Sachleistung, nämlich mit dem Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Krippe, den der Staat mit bis zu 1.000 Euro monatlich subventioniert, oder mit einer Geldleistung, mit der Eltern die Betreuung ihres Kindes selbst übernehmen oder privat organisieren können. Alternativ soll das Betreuungsgeld für eine zusätzliche private Altersvorsorge oder für Bildungssparen verwendet werden können.

- Das Betreuungsgeld beträgt bis zum 31. Juli 2014 zunächst 100 Euro/Monat. Ab dem 1. August 2014 beträgt es 150 Euro/Monat.
- Familien, die die Leistung nicht ausgezahlt erhalten wollen, können das Betreuungsgeld alternativ auch zur privaten Altersvorsorge einsetzen. Wer dies tut, erhält einen zusätzlichen Bonus von 15 Euro/Monat.
- Zudem wird die Bundesregierung als weitere Alternative ein Modell des Bildungssparens beschließen, das ebenfalls anstelle der Auszahlung des Betreuungsgeldes von den Familien genutzt werden kann und mit einem zusätzlichen Bonus von 15 Euro/Monat verbunden ist.
- Die Bundesregierung will eine kontinuierliche Förderung in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes ermöglichen – zunächst mit dem Elterngeld – dann mit dem Betreuungsgeld. Da das Elterngeld bis zu 14 Monate bezogen werden kann, kann daran anschließend für bis zu 22 Monate das Betreuungsgeld beantragt werden.

Der massive Ausbau der Betreuungsplätze für die unter dreijährigen Kinder, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und das Betreuungsgeld gehören untrennbar zusammen. Gemeinsam stehen sie für eine zeitgemäße Familienpolitik.

Bürgersprechstunde

Einmal monatlich stehe ich den Bürgerinnen und Bürgern in meinen Bürgersprechstunden in Bayreuth und Pegnitz für ein persönliches Gespräch zur Verfügung. Seit dem Jahr 2012 biete ich darüber hinaus einmal pro Quartal eine Bürgersprechstunde in Ebermannstadt an. Über 500 Bürgerinnen und Bürger haben in dieser Legislaturperiode von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, mir ihre Anliegen persönlich vorzutragen. In vielen Fällen ist es mir gelungen, bei der Abhilfe von Problemen unterstützend tätig zu sein. Damit versuche ich, dem CSU-Motto „Näher am Menschen“ Rechnung zu tragen. Nach meiner festen Überzeugung sind es gerade die Bürgersprechstunden, die mir die Sorgen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger vor Augen führen, um Politik tatsächlich „näher am Menschen“ zu gestalten.

Bundesbank

Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen habe ich 2011 die neue Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, Sabine Lautenschläger, offiziell willkommen geheißen und gleichzeitig den scheidenden Vizepräsidenten Prof. Dr. jur. Franz-Christoph Zeitler verabschiedet. Die Deutsche Bundesbank wurde 1957 als ein politisch unabhängiges Bankinstitut eingerichtet. In den Fünfzigerjahren war das im europäischen Vergleich eine absolute Ausnahme. Der Vorstand wird von Bundesregierung und Bundesrat anteilig vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten ernannt. Stabile Preise und ein zuverlässiges Finanzsystem sind für die Arbeit von Bundesbank und Europäischer Zentralbank nach wie vor die wichtigsten Eckpfeiler. Ihre Unabhängigkeit war und ist hierbei von entscheidender Bedeutung, wofür ich mich als Finanzstaatssekretär nachhaltig einsetze.

Die Schließung der Bundesbankfiliale in Bayreuth hat mich in den letzten Jahren immer wieder intensiv beschäftigt. Zwar konnte eine vorzeitige Schließung im Jahr 2012 abgewendet werden, dennoch konnte die endgültige Schließung nicht verhindert werden. Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat die Eckpunkte seiner Filialstrategie konkretisiert. Danach wird die Schließung der Bundesbankfiliale in Bayreuth zwar von 2012 auf 2015 verschoben, aufgehoben werden kann sie allerdings kaum mehr. Die Schließung der Filiale in Bayreuth bedeutet, dass die Bundesbank in Zukunft im gesamten nordostbayerischen Raum nicht mehr präsent ist. Gerade in unserem grenznahen Gebiet war aber das regionalpolitische Interesse an einem Erhalt einer Niederlassung der Bundesbank besonders hoch. Eine Schließung der Bundesbankfiliale wird der Wirtschaft und den Kreditinstituten vor Ort den Zugriff auf die Leistungen der Deutschen Bundesbank kaum zumutbar erschweren, dennoch blieben alle Intervention beim damaligen bayerischen Finanzminister, Georg Fahrenschon, und beim ehemaligen Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Prof. Dr. Axel Weber, bisher ergebnislos.

Bundeshaushalt (Zuschüsse für die Region)

Der Bundeshaushalt 2013 enthält erneut eine Anzahl von Fördermaßnahmen des Bundes, die direkt Einrichtungen im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim zugute kommen. So konnte die Bundesförderung der Bayreuther Festspiele mit rund 2,3 Mio. Euro auf hohem Niveau konstant gehalten werden. In Anbetracht der weiterhin notwendigen Haushaltskonsolidierung ist es als ein großer Erfolg zu werten, dass die Bundesförderung der Bayreuther Festspiele bereits 2010 deutlich angehoben wurde. Hierdurch wird dokumentiert, welche herausragende Bedeutung die Bundesregierung den Bayreuther Festspielen beimisst. Dies geht auch aus der Antwort auf die Große Anfrage der SPD im März dieses Jahres hervor. So heißt es wörtlich: „Die Bundesregierung fördert aus Präzedenzgründen in der Regel keine Musik und Theaterfestivals in den Regionen und Ländern der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft. Die Richard-Wagner-Festspiele Bayreuth stellen eine Ausnahme von diesem Grundsatz dar. Nicht allein die Durchführung der Festspiele als national und international bekanntestes und renommiertestes Musiktheaterfestival liegt im besonderen Bundesinteresse.

Auch geht damit die Sicherung, Pflege und Bewahrung des Erbes und die Auseinandersetzung mit dem Werk Richard Wagners einher, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland vor mehr als 35 Jahren vertraglich verpflichtet hat.“ Im Hinblick auf die Sanierung des Bayreuther Fespielhauses bin ich daher zuversichtlich, dass neben dem Freistaat auch der Bund als Gesellschafter der Bayreuther Festspiele GmbH einen entscheidenden Beitrag leisten wird. Auch mit der Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens und einer 10-Euro-Gedenkmünze zum Richard-Wagner-Jubiläum im Jahr 2013 wird einmal mehr die weit über Bayreuth hinausgehende Bedeutung des Komponisten Richard Wagner für Deutschland dokumentiert.

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat darüber hinaus das neue Arbeitsprogramm der Deutschen Akademien beschlossen. Dazu gehören eine historisch-kritische Gesamtausgabe der Schriften Richard Wagners, die in Würzburg erarbeitet wird. Ziel ist die wissenschaftliche Erschließung der Texte und deren vollständige Edition. Die Ausgabe soll den aktuellen editions-wissenschaftlichen Standards - ausdrücklich auch der Computerphilologie - folgen und dem gegenwärtigen Forschungsstand der Musikwissenschaft, der Literaturwissenschaft, der Geschichtswissenschaft und der Kulturgeschichte entsprechen. Die vorgesehene Laufzeit ist 2013-2028. Der Bund wird das Projekt jährlich mit rund 150 Tausend Euro fördern.

Im Hinblick auf das Festival Junger Künstler in Bayreuth ist es gelungen, dass trotz der Einsparnotwendigkeiten das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Förderung in diesem Jahr beibehalten hat. Ich bin zuversichtlich, dass erforderliche Bundesmittel vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auch für das Jahr 2013 erneut bereitgestellt werden.

Bereits im Mai hat der Haushaltsausschuss seine Einwilligung zu den qualifiziert gesperrten Ausgaben zur „Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung / Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen“ gegeben.

Fördermittel für den Umbau und die Erweiterung des Richard-Wagner-Museums Bayreuth wurden im vollen Umfang entsperrt und es werden bis zu 3,5 Millionen Euro durch den Bund bereitgestellt. Die Entscheidung der Bundesregierung, eine derartige finanzielle Förderung zur Verfügung zu stellen, verdeutlicht die große Bedeutung, die dem „Haus Wahnfried“ und dem Richard-Wagner-Museum seitens der Bundesregierung beigemessen wird.

Für die Bewahrung des Archivguts des Lastenausgleichsarchivs des Bundes in Bayreuth werden 2013 rund 50.000 Euro aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Der Bund ist sich der Bedeutung des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth bewusst: Das Lastenausgleichsarchiv beherbergt weit über drei Millionen Akten auf 36 Regalkilometern, 22 Millionen Karteikarten des kirchlichen Suchdienstes, rund 350.000 Fotografien und 8.000 historische Landkarten. Damit wird in Bayreuth eindrucksvoll ein zentrales Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte dokumentiert.

Im Zuge der Errichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Berliner Deutschlandhaus sollen die öffentlich zugänglichen Archivbestände des Archivs digitalisiert und mit der Berliner Gedenkstätte vernetzt und damit auch von dort abrufbar gemacht werden.

Mit dem Bundeshaushalt 2013 sind auch die Förderung der Neuerrichtung des Polizeitrainingsbereichs in der Bundespolizeiabteilung Bayreuth sowie zwei weitere Baumaßnahmen in der Bundespolizeiabteilung Bayreuth durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit rund 1,2 Millionen Euro sicher gestellt. Dies ist ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Standort der Bundespolizei in Bayreuth.

Im Rahmen des Förderprogramms „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) des Bundeswirtschaftsministeriums werden im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim insgesamt 26 laufende Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 3,3 Mio. Euro gefördert, die durch den Bundeshaushalt 2013 sichergestellt werden. Seit Dezember 2011 stieg das ZIM-Fördervolumen damit um rund 900.000 Euro.

Einen bedeutenden Haushaltsposten stellt erneut die Förderung von Forschungsprojekten der Universität Bayreuth und somit die Sicherung des Wissenschaftstandortes Bayreuth dar. Insgesamt werden im Jahr 2012/13 39 bereits laufende Projekte und Forschungsvorhaben der Universität Bayreuth durch die Bundesministerien für Bildung und Forschung sowie für Wirtschaft und Technologie mit einem Gesamtetat von über 14 Millionen Euro gefördert.

Das Bayerische Geoinstitut an der Universität Bayreuth erhält hiervon rund 2,3 Millionen Euro für das Projekt „Aufbau einer Hochdruckpresse vom Multi-Anvil-Typ“. Ziel des Projektes ist es, die Situation im Erdmantel zu simulieren. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind nicht nur für die Geowissenschaften, sondern auch für die Materialwissenschaften von großer Bedeutung.

Der Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth wird bei der Einrichtung einer „Stiftungsprofessur Verbraucherrecht“ mit rund 880.000 Euro unterstützt. Des Weiteren erhält unter anderem der Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik für sein Verbundprojekt „Innovatives und prozessorientiertes Diversitätsmanagement zur Produktivitätssteigerung im Krankenhaus“ bis zum Jahr 2014 rund 680.000 Euro.

Die Handwerkskammer für Oberfranken erhält für vier laufende Projekte, u. a. für die Modernisierung der Ausstattung in den Bildungszentren, insgesamt rund 190.000 Euro.

Die Neue Materialien Bayreuth GmbH, die auf die Herstellung, Verarbeitung und Anwendung „Neuer Materialien“ im industriellen Bereich konzentriert ist, wird bei drei laufenden Projekten mit einem Gesamtetat von 1,3 Millionen Euro unterstützt.

Das Bayreuther Unternehmen BioCer Entwicklungs-GmbH erhält vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Projekts „KMU-Innovativ“ für Forschung zur individuellen Knochenregeneration rund 240.000 Euro. Für die Rückgewinnung von Calciumfluorid als Sekundärrohstoff wird das InVerTec Institut für innovative Verfahrenstechnik e.V. in Bayreuth mit rund 185.000 Euro gefördert.

Für laufende Verbundprojekte erhalten die Future Carbon GmbH und die EBU BURKHARDT GmbH insgesamt rund 670.000 bzw. rund 315.000 Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Die Precon Robotics GmbH wird bei ihrem laufenden Verbundprojekt zur flexiblen Wärmebehandlung für die gezielte Gestaltung von Bauteileigenschaften mit insgesamt rund 250.000 Euro gefördert.

Für die Erste Bayreuther Porzellanfabrik Walküre Siegmund Paul Meyer GmbH wird für die Entwicklung eines Laserverfahrens zur thermischen Nachbehandlung von gedruckten, farbigen Dekoren auf Geschirren rund 110.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Bei der Ausbildungsinitiative „MyPlastics – Deine Zukunft mit Kunststoff“ wird das Kunststoff-Netzwerk Franken e.V. mit rund 190.000 Euro und das Betriebswirtschaftliche Forschungszentrum für Fragen der mittelständischen Wirtschaft e.V. an der Universität Bayreuth mit rund 215.000 Euro unterstützt.

Volkmar Bock aus Bayreuth erhält im Rahmen der KMU-Patentaktion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Sicherung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung durch gewerbliche Schutzrechte 5.000 Euro.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit stellt für die Umrüstung der Beleuchtung auf hocheffiziente LED-Technik in Ebermannstadt insgesamt rund 52.000 Euro zur Verfügung.

Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung werden eine Reihe von Projekten in Bindlach gefördert: Die ANCerAM Aluminium Nitride Ceramics GmbH & Co. KG erhält für die Forschung zu Hochtemperaturgeneratoren für die Abwärmenutzung in Fahrzeugen und Industriebrenneranlagen und für die Entwicklung ultrakompakter Leistungs-Module höchster Zuverlässigkeit (UltiMo) insgesamt rund 767.000 Euro.

Für die Entwicklung solargekühlter Kühllager für landwirtschaftliche Produkte bekommt die Katholing Bauplan GmbH Zuwendungen in Höhe von rund 26.000 Euro.

Außerdem wird die Klubert + Schmidt GmbH in Pottenstein bei der Identifikation und Umsetzung von Energiesparpotenzial in der spannenden Forschung mit rund 107.000 Euro unterstützt.

Die tecnost-invest GmbH Weißenhohe, die Elektron Systeme und Komponenten GmbH & Co. KG Weißenhohe sowie Milan Schuster aus Pegnitz werden im Rahmen der KMU-Patentaktion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Sicherung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung durch gewerbliche Schutzrechte mit je 5.000 Euro unterstützt.

Der Bundeshaushalt 2013 spiegelt auch in unserer Region erneut und deutlich wider, dass die christlich-liberale Koalition die haushalts- und finanzpolitischen Weichen von Beginn der Legislaturperiode an richtig gestellt hat: Die Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs des Jahres 2009 hat Deutschland und auch unsere Region weitestgehend überwunden; der eingeschlagene Kurs einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung führt darüber hinaus zu weiter sinkenden Defiziten im Bundeshaushalt.

Die Bundesregierung hat die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren zur Konsolidierung der Haushalte genutzt. Trotz zusätzlicher Leistungen an die Länder und Kommunen kann der Bund voraussichtlich schon im Jahr 2013 mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt die Zielgröße aus der Schuldenbremse erreichen. Das wäre drei Jahre früher als es das Grundgesetz verlangt. Bei den Haushaltsberatungen im November galt es, dass wir das Ziel der Schuldenbremse für das Jahr 2016 bereits im kommenden Jahr einhalten können.

Nichtsdestotrotz kann und darf sich der Bund - gerade vor dem Hintergrund der noch nicht bewältigten europäischen Staatsschuldenkrise - nicht auf dem bislang Erreichten ausruhen. Vielmehr gilt es, die erreichten Konsolidierungserfolge zu sichern und alle sich ergebenden Möglichkeiten zu einer weiteren Verringerung des strukturellen Defizits zu nutzen.

Wir dürfen unseren Kindern nicht immer höhere Schuldenberge hinterlassen. Gleichzeitig hat der Bundeshaushalt 2013 die Stärkung der Innovationsfähigkeit in Deutschland fest im Blick und an den Investitionen für Bildung und Forschung wird auch in unserer Region festgehalten.

Der Bundeshaushalt 2013 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, Deutschland und auch die Region Bayreuth-Forchheim weiterhin erfolgreich durch die Finanzmarkt- und europäische Staatsschuldenkrise zu bringen.

Bundespolizei

Das zum Bundespolizeistandort Selb gehörende Bahnpolizeirevier in Bayreuth bleibt bestehen. Bei einem von mir initiierten sicherheitspolitischen Gespräch hat der für die Bundespolizei zuständige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Klaus-Dieter Fritsche, ein klares Bekenntnis zu Bayreuth abgelegt. Sämtliche Befürchtungen, nach denen das Revier geschlossen werden könnte, sind damit vom Tisch. Einziger Einschnitt:

Die Bundespolizei hat intensiv geprüft, ob die Schicht zwischen null und sechs Uhr aufrechterhalten werden muss. Obwohl die Straftaten seit 2008 insgesamt zugenommen haben, seien kaum Straftaten während der Nacht zu verzeichnen.

Die Abteilung der Bundespolizei in Bayreuth ist eine von zehn Einsatzabteilungen der Bundespolizei. Nach den Worten von Präsident Eichele ist sie darauf spezialisiert, sich auf unterschiedlichste Einsätze flexibel einzustellen und andere Polizeidienststellen zu unterstützen. Die beiden stationierten Einsatzhundertschaften würden zur personellen Unterstützung im breiten Aufgabenspektrum eingesetzt. Daneben stellen sie ein geschlossenes Einsatzpotenzial zur Bewältigung polizeilicher Groß- und Sonderlagen dar. In den zurückliegenden Jahren waren die Bayreuther Bundespolizisten nach eigenen Angaben an durchschnittlich 100 bis 120 größeren Einsätzen pro Jahr im gesamten Bundesgebiet beteiligt. Insbesondere die Einsätze anlässlich der Castortransporte, der Maikundgebungen in Berlin und Leipzig, des Weltwirtschaftsforums in Davos, der Sicherheitskonferenz in München oder des G-8-Gipfels in Heiligendamm prägten den Dienst der Polizeibeamtinnen und -beamten. Ständig befinden sich mehrere Bayreuther Bundespolizisten im Auslandseinsatz. Diese Beamten verrichten ihren Dienst im Rahmen einer Europäischen Polizeimission in Afghanistan, im Rahmen der UN-Mission im Kosovo sowie bei verschiedenen deutschen Auslandsvertretungen.

Daher ist es mir immer ein Bedürfnis, die Bundespolizei bei ihren Anliegen zu unterstützen, sei es bei der Ausweitung der Liegenschaften am Standort Bayreuth oder bei aktuellen Problemen, die zu lösen sind. Mit den Abteilungsführern der Bundespolizeiabteilung Bayreuth halte ich stets regen Kontakt und pflege den intensiven Gedankenaustausch. Der neue Bayreuther Abteilungsführer Dieter Hader war elfeinhalb Jahre lang Mitglied bei der Elitetruppe GSG 9, während der letzten beiden Jahre als Ausbilder.

Seinen Dienst beim damaligen Bundesgrenzschutz hatte er 1979 in Coburg angetreten. Danach folgte unter anderem ein Studium bei der Polizeiführungsakademie in Münster. Zuletzt war er Einsatzleiter der Bundespolizei auf dem Flughafen in Stuttgart.

Bundeswehr in Bayreuth und Reservistenarbeit

Viel Engagement habe ich in der Vergangenheit für den Kampf um den Erhalt des Bundeswehrstandorts Bayreuth aufgewendet. Leider konnte auch mein Einsatz, gemeinsam mit vielen Mandatsträgern aus der Region, den Standort während der rot-grünen Regierungszeit nicht retten. Wenigstens ein Teilerfolg konnte verzeichnet werden: Ein regionaler Planungs- und Unterstützungstrupp - unterstellt dem Landeskommmando Bayern - wurde in Bayreuth stationiert.

Die Reservisten in Bayreuth und darüber hinaus leisten eine hervorragende Arbeit und es freut mich sehr, dass weiterhin in Bayreuth eine aktive Komponente zur Unterstützung aller oberfränkischen Verbindungskommandos in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit bestehen bleibt.

Darüber hinaus werden das Bezirksverbindungskommando Oberfranken und seine 13 Kreisverbindungskommandos, besetzt mit jeweils 12 Reserveoffizieren und -unteroffizieren künftig von Nürnberg aus, 150 km näher als München gelegen, effektiver betreut und geführt werden können. Im Hinblick auf eine Einheit der neuen Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte in Bayreuth hat mir Verteidigungsstaatssekretär Schmidt MdB vorgeschlagen, noch in diesem Jahr eine Besprechung zur Vorbereitung der Indienststellung in Bayreuth abzuhalten, an der er persönlich teilnehmen will. Ich werde mich auch weiterhin nachhaltig für die Interessen der Reservisten in Bayreuth einsetzen und bin überzeugt, dass diese optimistisch in die Zukunft blicken können!

Es ist für mich aber auch ein wichtiger Bestandteil, als Major der Reserve selbst von Zeit zu Zeit an Wehrübungen teilzunehmen. So konnte ich im Jahr 2012 eine Wehrübung in der neu geschaffenen Politischen Abteilung des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin ableisten.

Weiterhin nutze ich auch jede Gelegenheit, mit Vertretern der Reservistenkameradschaften das Gespräch zu suchen, um deren Sorgen und Anliegen bei dem mit Sicherheit nicht leichten Umbau der Verteidigungsstruktur in Oberfranken zu erfahren.

Zukünftig wird in Bayreuth ein Karriereberatungszentrum des neu aufzustellenden Ressourcenbereichs „Personal“ eingerichtet. Da diese Dienststelle weniger als 15 Dienstposten umfassen wird, gilt Bayreuth zwar auch zukünftig nicht als Standort der Bundeswehr, gleichwohl bleibt die Bundeswehr in Bayreuth jedoch präsent.

In der Grobstruktur „Streitkräftebasis der Zukunft“ sind für den Bereich der Territorialen Organisation unter Führung des künftigen Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr die flächendeckend stationierten und bewährten Landeskommandos mit ihren neu aufzustellenden Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften ausgebracht. Im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr erfolgt eine verstärkte Einbindung des Reservistenpotenzials sowie eine Optimierung des Territorialen Netzwerkes.

Bundesweiter Vorlesetag der Stiftung Lesen

Er gilt als das größte Vorlesefest Deutschlands – mit dem Bundesweiten Vorlesetag möchten die Initiatoren DIE ZEIT, die Stiftung Lesen und die Deutsche Bahn seit dem Jahr 2004 Begeisterung für das Lesen und Vorlesen wecken. Zahlreiche Bücherfreunde, Politiker und Prominente lesen rund um diesen besonderen Tag aus ihren Lieblingsbüchern vor.

Der Aktionstag folgt der Idee: Jeder, der Spaß am Vorlesen hat, liest an diesem Tag anderen vor – zum Beispiel in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken oder Buchhandlungen. Im vergangenen Jahr beteiligten sich 12.000 Vorleserinnen und Vorleser zwischen Flensburg und Füssen am Bundesweiten Vorlesetag, darunter viele Prominente aus Politik, Kultur und Medien. Für den diesjährigen Vorlesetag haben sich bundesweit mehr als 25.000 Teilnehmer angemeldet.

Auch ich beteilige mich regelmäßig an diesem Vorlesetag und habe anlässlich dieser Aktion folgende Einrichtungen in meinem Wahlkreis besucht:

- Evangelischer Kindergarten Rosengarten in Creußen (2012)
- Katholischer Kindergarten St. Nikolaus in Ebermannstadt (2011)
- Städtischer Kindergarten „Zwergenhügel“ (2010) – *in diesem Jahr wurde ich auf Grund einer Erkrankung durch den damaligen Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Dr. Michael Hohl, vertreten*
- Integrativer Kindergarten „Kinderstube e. V.“ in Pegnitz-Buchau (2009).

C

Chorakademie Weißenohe

Der neu gegründete gemeinnützige Förderverein hat es sich zum Ziel gesetzt, das Fundament für den Aufbau der Chorakademie im Fränkischen Sängerbund e. V. (FSB) zu legen. Das Kloster ist ein würdiger Rahmen für überregionale Ensembles, Gesangsveranstaltungen, Schulungen, internationale Begegnungen, für die Chorjugend des Fränkischen Sängerbundes e. V. und für die vielfältigen weiteren Aktivitäten der Chorakademie.

Ein Konzertsaalneubau und 65 Betten sind nur zwei zentrale Vorgaben für das Nutzungs- und Betriebskonzept, welches derzeit von einer Expertenkommission erarbeitet wird. Bei verschiedenen Ortsterminen und Gesprächen mit den Verantwortlichen vor Ort, aber auch mit möglichen Geldgebern und staatlichen Stellen habe ich das Projekt unterstützt. Ich kann mir keine bessere Nutzung als durch eine Chorakademie vorstellen und bin selbstverständlich auch in Zukunft bei der Bereitstellung entsprechender Fördermittel behilflich. Die Chorakademie Weißenhohe ist eine wahre Bereicherung für Weißenhohe.

Christliche Kirchen

Ich bin dankbar für das vielfältige seelsorgerische, soziale und gesellschaftliche Wirken unserer christlichen Kirchen. Daher bin ich um einen engen Kontakt, einen intensiven Meinungsaustausch und im Rahmen meiner Möglichkeiten um eine bestmögliche Unterstützung des segensreichen Wirkens unserer christlichen Kirchen bemüht. Die christliche Wertorientierung ist für mich von dauerhafter Gültigkeit für den Schutz des Lebens.

Seit vielen Jahren ist der Bischof des Bistums Isiro-Niangaro im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo, Andavo Nbia Julien, dem deutschsprachigen Raum und der Region Oberfranken verbunden.

So studierte Bischof Andavo Nbia Julien in Fribourg in der Schweiz und war 1987 als Pfarrer im oberfränkischen Weismain tätig. Seitdem hat er schon mehrmals seine alte Pfarrei in Oberfranken besucht. Auf meine Einladung führte ich mit Bischof Andavo Nbia Julien ein Gespräch im Deutschen Bundestag.

Toleranz und Anerkennung von Meinungspluralität sind Ausdruck eines geradezu beispielhaften Verständnisses der Achtung von Menschenrechten und Menschenwürde. Die signifikante Bedeutung des Papstes für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt wurde mit seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag und seiner Predigt im Berliner Olympiastadion erneut offenbar. Gerade in einer Phase, in der wir in der Europäischen Union vor großen Herausforderungen stehen, kann der Heilige Vater wichtige geistige Impulse geben und uns an die Werte erinnern, die uns verbinden.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag, der ich auf der Regierungsbank beiwohnen durfte, hat Papst Benedikt XVI. die Politik zum Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden aufgerufen. Letzter Maßstab eines Politikers für seine Arbeit dürfe „nicht der Erfolg und schon gar nicht materieller Gewinn sein“, mahnte Papst Benedikt XVI. in seiner Ansprache über die Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaats. Die Politik müsse das Mühen um Gerechtigkeit sein und so die Grundvoraussetzung für Frieden in der Welt schaffen, so der Papst.

Die Mahnung des Papstes, die Wahrung der Gerechtigkeit in allem politischen Bemühen nicht aus den Augen zu verlieren, müssen wir ernst nehmen. Die Erinnerung an die geistig-religiösen Grundlagen Europas sind gerade in dieser Zeit großer Herausforderungen ein wichtiger Kompass für alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft in Deutschland und Europa. Zurecht legte Papst Benedikt XVI. dar, dass die Kultur Europas aus der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom - also aus der Begegnung zwischen dem Gottesglauben Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem Rechtsdenken Roms entstanden ist. Diese dreifache Begegnung bildet die innere Identität Europas. Sie hat im Bewusstsein der Verantwortung des Menschen vor Gott und in der Anerkennung der unantastbaren Würde des Menschen, eines jeden Menschen, Maßstäbe des Rechts gesetzt, die zu verteidigen uns in unserer historischen Stunde aufgegeben ist, so Papst Benedikt XVI.

D

Deutsch-Koreanisches Forum

Das 11. Deutsch-Koreanische Forum 2012 fand im Bayreuther Partnerlandkreis Goseong in der Gangwon-Provinz statt. Am diesjährigen Forum nahmen rund 70 Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur teil.

Von den erarbeiteten Empfehlungen, die an die Regierungschefs beider Länder übermittelt werden, gehen auch wichtige Impulse für die Zusammenarbeit Oberfrankens mit der Gangwon-Provinz und dem Landkreis Goseong aus. Auch Landrat Hermann Hübner nahm am diesjährigen Deutsch-Koreanischen Forum teil.

Das Deutsch-Koreanische Forum wurde im Jahr 2002 im Beisein des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau und des südkoreanischen Ministerpräsidenten Lee Han-dong in Seoul gegründet und tagt seitdem jährlich abwechselnd in Deutschland und Korea. Erster deutscher Ko-Vorsitzender des Forums war der langjährige Herausgeber der Zeitung „Die Zeit“, Dr. Theo Sommer. Als Koreaexperte habe ich von Anfang an an diesem Forum teilgenommen und im Jahr 2006 den deutschen Ko-Vorsitz übernommen. Die bisherigen Veranstaltungsorte in Deutschland waren Berlin im Jahr 2003, Hamburg im Jahr 2005, München im Jahr 2007 und Dresden im Jahr 2009. Im vergangenen Jahr fand das X. Deutsch-Koreanische Forum in der Bundeshauptstadt Berlin statt. Ausgerichtet wird das Deutsch-Koreanische Forum auf deutscher Seite in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt vom Verein „Deutsch-Koreanisches-Forum e. V.“, dessen Vorsitzender ich bin.

In seinen Empfehlungen an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Präsident Lee Myung-bak hat das diesjährige Deutsch-Koreanische Forum in Goseong unter anderem konkret ein deutsch-koreanisches Kooperationsprojekt zum Vergleich regionaler Energiebereitstellung zwischen der Gangwon-Provinz und der Bioenergieregion Bayreuth vorgeschlagen. Gemeinsam mit Landrat Hermann Hübner habe ich diese Empfehlung nachhaltig unterstützt. Der Repräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. Bernhard Seliger, hat versichert, dass die Hanns-Seidel-Stiftung auch dieses Energie-Kooperationsprojekt nachhaltig unterstützen wird.

Das 12. Deutsch-Koreanische Forum wird 2013 in Goslar stattfinden. Vom 19. bis 22. Juli 2013 werden wieder Deutsche und Koreaner über aktuelle Themen diskutieren. Am 12. Deutsch-Koreanischen Forum in Goslar wird auch Bundespräsident Joachim Gauck teilnehmen.

Deutsche Sprache

Der Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA), dessen Bundesvorsitzender ich bin, setzt sich gemeinsam mit dem Verein Deutsche Sprache (VDS) bereits seit Jahren für eine Passage zur deutschen Sprache in der Verfassung ein. Auch die CDU hatte bereits auf ihrem Bundesparteitag 2008 in Stuttgart entschieden, dass ein Bekenntnis zur deutschen Sprache ins Grundgesetz aufgenommen werden sollte. Damit die deutsche Sprache neben den nationalen Symbolen Bundesflagge und Hauptstadt in Artikel 22 des Grundgesetzes Verfassungsrang erhält, haben VDA und VDS gemeinsam die Unterschriftenaktion „Deutsch ins Grundgesetz“ ins Leben gerufen. 46.317 Menschen haben sich mit ihrer Unterschrift dafür ausgesprochen, die deutsche Sprache im Grundgesetz zu verankern. Gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden des VDS, Prof. Dr. Walter Krämer, habe ich am 9. November 2010 sechs Pakete mit den Unterschriften an Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert übergeben.

Anders als in Österreich, in Liechtenstein und in der Schweiz ist die deutsche Sprache in Deutschland nur in verschiedenen nachgeordneten Gesetzen, nicht aber im Grundgesetz als Landessprache festgelegt.

In meiner Funktion als Bundesvorsitzender des Vereins für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) fordere ich seit langem, dass die deutsche Sprache Verfassungsrang erhält. Nicht nur 18 europäische Länder haben den Passus über die Landessprache in die Verfassung aufgenommen, sondern z. B. auch die Türkei und Korea. Wir Deutsche sollten uns wieder auf die Gestaltungskraft unserer Sprache besinnen, die Voraussetzung unserer kulturellen Identität ist. Der Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland setzt sich seit Jahren für die Bewahrung der deutschen Sprache und Kultur der im Ausland lebenden Deutschen und deutschen Gemeinschaften ein. Dadurch erfahren wir stets aufs Neue die enorme Bindewirkung, die von der deutschen Sprache für die eigene kulturelle Identität ausgeht. Die deutsche Sprache ist das Bindeglied, das auch in Deutschland alle Teile unserer Gesellschaft zusammenhält.

In der Europäischen Union muss Deutsch darüber hinaus als Arbeitssprache endlich gleichberechtigt neben Englisch und Französisch Verwendung finden. Als die am meisten gesprochene Sprache in der EU und als Muttersprache für über hundert Millionen Europäer ist die Benachteiligung der deutschen Sprache auf Arbeitsebene nicht länger hinnehmbar.

Selbstverständlich habe ich mich auch innerhalb Deutschlands stets dafür eingesetzt, dass unsere Sprache nicht zu sehr von Anglizismen durchzogen wird. Mit meiner Mitgliedschaft im Verein zur Erhaltung der Deutschen Sprache will ich ein Zeichen setzen, dass viele Wörter auch durch deutsche Begriffe ersetzt werden können.

DSL-Versorgung im ländlichen Raum

In der heutigen Informationsgesellschaft ist die gesicherte Anbindung an die modernen Daten- und Kommunikationshochgeschwindigkeitsnetzwerke ein entscheidender Faktor für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes.

Kein Unternehmen und vor allem nicht der Mittelstand kann es sich leisten, dauerhaft von moderner Telekommunikationsinfrastruktur abgeschnitten zu sein. Gleiches gilt für die Bürgerinnen und Bürger, die auf Verfügbarkeit von Hochgeschwindigkeitsanschlüssen zunehmend angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund ist in mehreren Kommunen meines Bundeswahlkreises die augenblickliche Versorgung mit DSL-Anschlüssen unzureichend. Deshalb habe ich intensive Gespräche mit Verantwortlichen der Deutschen Telekom AG geführt. Ziel dieser Gespräche war und ist es, die Versorgung mit DSL-Anschlüssen im Bundeswahlkreis deutlich zu verbessern.

Dass Telekommunikationsunternehmen vorhandene Infrastruktur für das schnellere Internet in der Regel mit nutzen dürfen und so Kosten sparen und Doppelstrukturen vermeiden, haben CDU und CSU beim Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen (TKG) in diesem Jahr durchgesetzt. Ziel war und ist es insbesondere, die Investitionen der Telekommunikationsunternehmen in ein flächendeckendes, schnelles Breitbandnetz kostengünstiger zu machen und ihnen dabei mehr Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen. Nur so werden die Unternehmen auch in unserer Region das Geld in die Hand nehmen, das für hochbitratiges, bezahlbares Internet eingesetzt werden muss.

In den voraussichtlich noch in diesem Jahr zu fassenden Beschluss des Deutschen Bundestages „Zukunftsplan für Dorf und Land – Ländliche Räume und regionale Vielfalt sichern und ausbauen“, der auf dem Abschlussbericht der Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume – Regionale Vielfalt“ basiert und der in ein konkretes Maßnahmengesetz der Bundesregierung einmünden soll, ist ebenfalls ein Schwerpunkt auf Telekommunikation mit dem Ziel gelegt, die Versorgung mit schnellem Internet flächendeckend zügig auszubauen.

Im November dieses Jahres hat die EU-Kommission zudem die vom bayerischen Wirtschaftsministerium angemeldete Förderrichtlinie zum Ausbau von Breitband-Hochgeschwindigkeitsnetzen genehmigt. Der CSU-FDP-geführte Freistaat setzt sich damit in Deutschland und Europa an die Spitze des Ausbaus breitbandiger Netze in der Fläche. Mit der Genehmigung durch die EU-Kommission kann Bayern den Ausbau des schnellen Internets mit Bandbreiten von 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) und mehr mit Zuschüssen von bis zu 500.000 Euro pro Gemeinde unterstützen. Damit alle interessierten bayerischen Gemeinden von der Hochgeschwindigkeitsförderung profitieren können, steht allein bis 2014 ein Betrag von 500 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem neuen Programm werden neue Maßstäbe gesetzt. Bayern ist damit beispielgebend für alle anderen Flächenländer in Deutschland und zeigt den richtigen Weg zur Stärkung der Kommunen in den ländlichen Räumen. Empfänger der Zuwendung sind Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern. Der Fördersatz für Räume mit besonderem Handlungsbedarf beträgt 80 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Die Fördersätze für die übrigen Regionen betragen 40, 50 oder 60 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, je nach Finanzkraft der Gemeinden. Der Förderhöchstbetrag je Gemeinde beläuft sich auf 500.000 Euro. Das Programm läuft bis 31. Dezember 2017. Die Richtlinie tritt am 1. Dezember 2012 in Kraft.

Dies belegt: Im Bund und im Freistaat Bayern ist die CSU mit ihrer Breitbandpolitik auf dem richtigen Weg!

E

E-Bilanz

Die E-Bilanz wird mittelstandsfreundlich umgesetzt und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entbürokratisierung. Auch auf kleine und mittlere Unternehmen wird Rücksicht genommen. Sie müssen nur die im Hauptbuch enthaltenen Bilanzposten elektronisch übermitteln. Die gefundene Regelung ist Ergebnis eines zusammen mit den Kammern, Verbänden und Unternehmen nach einer Pilotphase erarbeiteten Kompromisses, der den Belangen aller Beteiligten angemessen Rechnung trägt. Im Laufe der Zeit wird die Umstellung Vereinfachungen und Effizienzgewinne bringen. Die differenzierte Datenübermittlung trägt dazu bei, dass Rückfragen durch die Finanzämter bei den Unternehmen abnehmen und endgültige Steuerfestsetzungen schneller möglich werden.

Der amtliche Datensatz der E-Bilanz wird kontinuierlich evaluiert. Ziel ist, die E-Bilanz den praktischen Anforderungen kontinuierlich anzupassen. In diesen Prozess werden – wie bisher auch – interessierte Vertreter und Kammern, Verbände und Unternehmen eingebunden. Jeder muss nur das ausfüllen, was ihn tatsächlich betrifft.

Es sind zudem Möglichkeiten geschaffen worden, damit das Buchführungswesen der Unternehmen bleiben kann wie es ist und auch eine dynamische Anpassung bei zukünftigen Rechtsänderungen möglich ist. Und: insbesondere kleine und mittlere Unternehmen können Unterstützung zum Einstieg erhalten.

Ehrenamt

In vielfältiger Weise habe ich mich für die Stärkung des Ehrenamtes eingesetzt. Mit dem neuen Gemeinnützigkeitsstärkungsgesetz, das im Bundesministerium der Finanzen unter meiner aktiven Mitwirkung entstanden ist, werden wichtige Maßnahmen für ehrenamtlich Tätige auf den Weg gebracht. Ehrenamtlich Tätige sollen mit dem Gesetz – vor allem von Bürokratie – entlastet werden. Daneben wird es für steuerbegünstigte Organisationen ein höheres Maß an Rechts- und Planungssicherheit geben.

Bürgerschaftliches Engagement ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Millionen Deutsche setzen sich in Kirchen, Sportvereinen, sozialen Einrichtungen, Parteien oder Initiativen ein. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens wären ohne die ehrenamtlich Tätigen nicht denkbar. Wer besondere Verantwortung übernimmt, fördert das Gemeinwesen und trägt dazu bei, die Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen.

Vorgesehen sind unter anderem folgende Maßnahmen:

- Im Einkommensteuerrecht werden die Übungsleiterpauschale von 2.100 Euro auf 2.400 Euro und die Ehrenamtpauschale von 500 Euro auf 720 Euro erhöht.
- Die Umsatzgrenze für die Klassifizierung von sportlichen Veranstaltungen eines Sportvereins als Zweckbetrieb wird von 35.000 Euro auf 45.000 Euro angehoben. Ziel ist, die eher am Breitensport orientierten Vereine von Bürokratielasten zu entbinden. Bei kleineren Veranstaltungen entfällt die Pflicht, die Ausgaben detailliert dem steuerpflichtigen bzw. dem steuerfreien Bereich zuzuordnen.
- Nach Prüfung erhalten die Vereine eine rechtsverbindliche Bescheinigung darüber, ob die Satzung den Vorschriften der Abgabenordnung entspricht.
- In der Abgabenordnung wird die Mittelverwendungsfrist um ein weiteres Jahr ausgedehnt, um den Druck der Organisationen, die ideellen Mittel zeitnah einzusetzen, zu senken.
- Vorgesehen ist eine erleichterte Zuführung der ideellen Mittel in eine freie Rücklage und die Einführung einer Wiederbeschaffungsrücklage. Hierdurch wird die Leistungsfähigkeit der steuerbegünstigten Körperschaften nachhaltig gesichert.
- Der Entwurf erweitert die besonderen Haftungsregelungen für Vorstandsmitglieder nach § 31a des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) auf Mitglieder anderer Organe sowie auf besondere Vertreter von Vereinen und Stiftungen. Auch für Vereinsmitglieder werden besondere Haftungsvorschriften geschaffen, die an § 31a BGB angelehnt sind. Somit sind die Regelungen in der Abgabenordnung und im BGB gleichlaufend.

Aus meinem eigenen vielfältigen ehrenamtlichen Engagement als Bundesvorsitzender des VDA (Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland), als Ehrenpräsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft (und zuvor als langjähriger Präsident) oder als Stellvertretender Vorsitzender der Kultur- und Sozialstiftung Internationale Junge Orchesterakademie in Bayreuth weiß ich um die vielfältigen Anforderungen und Belastungen, die Ehrenämter mit sich bringen.

Das Gesetz zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts ist ein wichtiger Schritt zu weniger Bürokratie im Ehrenamt. Bürgerschaftliches Engagement bietet Antworten auf viele Fragen nach dem Zusammenhalt der Generationen und des Gemeinwesens. Das Ziel der Bundesregierung bleibt es daher, das hohe Engagement im Ehrenamt weiter zu unterstützen und in allen Bereichen zu stärken!

Energiepflanzen / Becherpflanze

Der Wissenschaftler Dr. Pedro Gerstberger (Universität Bayreuth) führt seit einigen Jahren zusammen mit den Landwirtschaftlichen Lehranstalten des Bezirks Oberfranken in Bayreuth ein Pilotprojekt durch, mit dem erforscht werden soll, welche Wildpflanzen-Dauerkultur für die Biogasproduktion geeignet ist und welche Pflanzen dabei besonders als Biogassubstrat in Frage kommen.

Die Becherpflanze (*Silphium perfoliatum*) bietet sich dabei ganz besonders an. Bei der Becherpflanze ist nur einmal eine Aussaat erforderlich, danach ergibt sich eine mindestens 15-jährige Standzeit.

Die Becherpflanze ist zudem weniger frostempfindlich, macht keinen Zwischenfruchtanbau erforderlich, Krankheiten oder Schädlinge sind bislang nicht bekannt und der Boden wird nur wenig verdichtet, da er nur zwei Mal pro Jahr befahren werden muss - bei der Düngung und bei der Ernte. Freilich gibt es auch Nachteile gegenüber dem Mais: So sind Erträge erst ab dem zweiten bis dritten Jahr zu erwarten, da die Bestände erst dann ausreichend dicht sind.

Ich bin überzeugt, dass diesem Thema die Zukunft gehört. Aus diesem Grund habe ich das Projekt auch der Bundesministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, Ilse Aigner MdB, vorgestellt, damit die weitergehenden Forschungen auch vom Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützt werden. Mich freut, dass sich das Ministerium diesem Forschungsprojekt gegenüber aufgeschlossen zeigt und an weiteren Ergebnissen aus Vorversuchen mit diesen Energiepflanzen interessiert ist.

Energieumstieg

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Legislaturperiode mit breiter Mehrheit ein umfangreiches Gesetzespaket zur Energiewende verabschiedet – bis 2022 soll das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehen.

Acht derzeit stillgelegte Atomreaktoren bleiben damit endgültig vom Netz, die verbleibenden neun Reaktoren sollen schrittweise bis 2022 abgeschaltet werden. Der Umstieg in die erneuerbaren Energien ist eine Aufgabe, die nur als großes Gemeinschaftswerk gelingt. So werden durch Leitungsbau, Windräder, Photovoltaikflächen, Biogas-Anlagen oder Stauseen Eingriffe in die Landschaft erfolgen und ich werbe um Verständnis und Akzeptanz in der Bevölkerung.

Mit der Änderung des Atomgesetzes werden von der christlich-liberalen Koalition erstmals feste Daten für die Abschaltung von Kernkraftwerken gesetzlich verankert. Das Gesetzespaket aus insgesamt acht Gesetzen sieht auch vor, die erneuerbaren Energien auszubauen und Anreize zum Energiesparen zu setzen. Der geplante Umstieg auf erneuerbare Energien bietet eine Perspektive für natur- und generationenverträgliches Wachstum. Und auch die Region Bayreuth-Forchheim ist für die Energiewende gut gerüstet. Landkreis und Stadt Bayreuth sind in der Bioenergieregion verbunden. Ganz Oberfranken könnte schon bald eine Modellregion werden: Windkraft, Bioenergie und Sonne – darauf wird hier bereits gesetzt.

Das Betriebswirtschaftliche Forschungszentrum für Fragen der mittelständischen Wirtschaft e. V. an der Universität Bayreuth (BF/M), das Kunststoff-Netzwerk Franken und die AGO AG aus Kulmbach laden seit fünf Jahren alljährlich zum Nordbayerischen Energietag ein. In diesem Jahr fand der 5. Nordbayerische Energietag bei der Firma HERMOS AG in Mistelgau statt. Die Tagung stand unter dem Generalthema “Von der Sicherheitsarchitektur der Energieversorgung zu Beispielen für industrielle Energieversorgungskonzepte”. Der Nordbayerische Energietag versteht sich als Plattform für den Austausch über Energiefragestellungen. Im Rahmen der Vorträge werden Experten langzeitliche Betrachtungsansätze und deren Umsetzung vorstellen.

Energieumstieg ist das gegenwärtige Schlagwort in der Politik und in der Wirtschaft. Dezentrale Energieversorgung, Ausbau der Stromnetze und selbstverständlich der Kostenfaktor spielen für viele mittelständische Unternehmen neben dem Umweltgedanken eine tragende Rolle. Dabei liegt die wirtschaftlichste Lösung der eigenen Energieversorgung oft auf der Hand. Die energetische Verschaltung unterschiedlichster Technologien lässt die Energieeffizienz in der Produktion steigen und reduziert so die Energiekosten.

In meiner Eröffnungsrede habe ich daher betont, dass die Umsetzung des Energieumstiegs ein Vorhaben ist, welches das größte wirtschaftliche Modernisierungs-, Innovations- und Investitionsprojekt darstellt, das wir uns seit der Wiedervereinigung vorgenommen haben. Es kommt darauf an, dass wir uns den Herausforderungen des Energieumstiegs stellen und dessen Chancen ergreifen. Die große Resonanz dieser Tagung zeigt eindrucksvoll das breite Interesse. Der Energieumstieg muss vor Ort Realität werden, es liegt an uns allen, ob daraus eine deutsche Erfolgsgeschichte wird, auf die das europäische Ausland und die Welt schauen werden.

Erbschaftsteuerrichtlinie

Die neuen Erbschaftsteuerrichtlinien 2011 vereinen die bisherigen Erbschaftsteuerrichtlinien 2003 mit den gleich lautenden Ländererlassen und Verfügungen und wurden zusätzlich in einigen Punkten ergänzt. Damit konnte beispielsweise eine Zuordnung brauereieigener, vermieteter Gaststätten zum erbschaftsteuerrechtlichen „Verwaltungsvermögen“ verhindert werden.

Bekanntlich hätte eine solche, in den ursprünglichen Entwürfen der Richtlinie ausdrücklich vorgesehene Zuordnung dieser Objekte zum erbschaftsteuerlich schädlichen Verwaltungsvermögen für zahlreiche familiengeführte Brauereien vor allem in Bayern und unserer Region eine erhebliche Erbschaftsteuerbelastung nach sich gezogen. Diese hätten zum Teil einen existenzgefährdenden Liquiditätsabfluss zur Folge gehabt. Ich habe mich daher für die mittelständischen bayerischen Brauereibetriebe stark gemacht, indem ich die Erbschaftsteuer- Richtlinie 2011 in ihrer jetzigen Form unterstützte und damit die zusätzliche Erbschaftsteuerbelastung, die vielen familiengeführten Brauereien gerade in Franken drohten, abwendete.

Euro

Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen habe ich mich an der Seite von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble nachhaltig dafür eingesetzt, unsere gemeinsame europäische Währung, von der insbesondere auch unsere oberfränkischen mittelständischen Unternehmen profitieren, stabil zu halten und der europäischen Staatsschuldenkrise entschieden entgegenzutreten. Aus diesem Grund habe ich auch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den sogenannten Fiskalpakt unterstützt.

Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wird eine Art „Europäischer Währungsfonds“ gegründet. Der ESM kann Mitgliedsstaaten in finanziellen Schwierigkeiten zeitweise und unter strengen Reformauflagen unterstützen. Denn nationale Finanzkrisen bergen Ansteckungsgefahren für die ganze Eurozone. Deshalb ist der ESM als Stabilitäts- und Schutzmechanismus für die gesamte Euro-Währungsgemeinschaft konzipiert und ein wesentlicher Baustein zur Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Um Mitgliedsstaaten mit Refinanzierungsproblemen zu unterstützen, verfügt der ESM über ähnliche Instrumente und Mittel wie der Internationale Währungsfonds (IWF). Die Hilfe erfolgt in Verbindung mit strengen Auflagen, um sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme des betreffenden Landes durch entsprechende Reformprogramme behoben werden.

Der europäische Fiskalvertrag ist neben dem dauerhaften Rettungsschirm ESM der zentrale Baustein einer neuen Stabilitätsarchitektur für Europa. Mit ihm werden ausufernden Staatsschulden und mangelnder Haushaltsdisziplin nach dem Vorbild der deutschen Schuldenbremse klare Grenzen gesetzt und damit die Hauptursache der Schuldenkrise in der Eurozone bekämpft.

Als der von vornherein befristete Euro-Schutzschirm mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) im Mai 2010 unter dem Eindruck der akuten Griechenland-Krise eingerichtet wurde, ging es darum, möglichst rasch ein deutliches Vertrauenssignal an die Finanzmärkte zu senden. Dies ist auch gelungen. Die EFSF war und ist eine erfolgreiche Krisenbewältigungsmaßnahme.

Sie hat den Euro-Staaten Zeit verschafft, um eine mehrheitsfähige und nachhaltige Lösung für die dauerhafte Stabilisierung des Euroraums zu finden. Der Bundesregierung war es ein Anliegen, nicht nur ein effektives, kurzfristiges Krisenmanagement zu betreiben, sondern ein Gesamtpaket zu entwickeln, das über die Summe von Einzellösungen hinausgeht. Hierbei ist immer deutlich gewesen, dass eine einfache Verlängerung der EFSF keine nachhaltige Lösung der Staatsschuldenkrise sein kann. Entscheidend ist vielmehr die Einbettung eines Nachfolgeinstruments in ein umfassendes und transparentes Regelwerk. Genau dies leisten der neue Fiskalvertrag mit umfangreichen Regeln zum Schuldenabbau und zur Schuldenvermeidung, die Beschlüsse zur Stärkung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Einführung eines gesamtwirtschaftlichen Überwachungsverfahrens und die Verpflichtung zu effektiver wirtschaftspolitischer Koordinierung in einem Euro-Plus-Pakt und ein neuer Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Beim ESM handelt es sich nicht um eine schlichte Fortsetzung des temporären Euro-Schutzschirms (EFSF und Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)), vielmehr werden damit institutionelle Lücken in der Architektur der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion geschlossen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 12. September 2012 höchstrichterlich bestätigt, dass der ESM-Vertrag verfassungsgemäß ist. Es hat auch die Position der Bundesregierung gestützt, dass die deutsche Haftung im ESM-Vertrag klar auf 190 Mrd. Euro begrenzt ist. Um zweifelsfreie Rechtssicherheit auf europäischer Ebene zu erreichen, hat das Gericht der Bundesregierung aufgegeben, im Rahmen der völkerrechtlichen Ratifizierung des ESM-Vertrags zwei Punkte noch einmal klarzustellen. Bedingung für die deutsche Beteiligung am ESM ist, dass die Haftung Deutschlands stets, d. h. auch in allen Fällen des Kapitalabrufs, auf seinen Anteil am genehmigten Stammkapital begrenzt ist und dass die Regelungen im ESM-Vertrag zur Immunität, zur beruflichen Schweigepflicht und zur Unverletzlichkeit der Unterlagen des ESM einer umfassenden Unterrichtung von Bundestag und Bundesrat nicht entgegenstehen.

Über die Auslegung des ESM-Vertrags zu diesen Punkten besteht zwischen den ESM-Vertragsstaaten volle Einigkeit. Dieses übereinstimmende Verständnis wurde durch eine gemeinsame Erklärung festgeschrieben. Die Erklärung wird von Vertretern der ESM-Vertragsstaaten rechtsverbindlich angenommen und ist damit zukünftig für die Auslegung des ESM-Vertrags auch im Streitfall maßgeblich. Bei der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde zum ESM-Vertrag nimmt Deutschland ausdrücklich Bezug auf die gemeinsame Erklärung aller Vertragsstaaten.

Die Stärkung des Euro ist ein Prozess. Die Konturen einer Stabilitätsunion sind aber bereits deutlich erkennbar. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, dem Fiskalpakt und dem Pakt für Wachstum und Beschäftigung sind schon wichtige Fortschritte gemacht und damit ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Staatsschuldenkrise in Europa und damit auch zur dauerhaften Stabilisierung des Euros geleistet worden.

F

Fachtagungen und Kongresse der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion veranstaltet regelmäßig Fachtagungen und Kongresse zu aktuellen politischen Themen oder Grundsatzfragen, die unser Land beschäftigen. Hierzu lade ich Vertreter unserer Region als Teilnehmer an diesen Fachtagungen und Kongressen ein, damit diese die Anliegen unserer Region zu den entsprechenden Themen in Berlin direkt in die Beratungen einbringen können. So konnte ich in den letzten Jahren Vertreter unserer Region zu Journalistenseminaren, Kongressen über die christlichen Werte unserer Gesellschaft, kommunalpolitischen Kongressen oder Fachtagungen zur Situation der Behinderten in unserem Land entsenden.

Familienpolitik

Die Familienpolitik steht weiter im Mittelpunkt der CSU-Fraktionspolitik in Berlin. Zur finanziellen Unterstützung von Familien hat die Koalition zu Beginn ihrer Regierungszeit das Kindergeld und den steuerlichen Kinderfreibetrag erhöht. Seit dem 1. Januar 2011 stehen Kindern aus Geringverdienerfamilien Leistungen zur Bildung und Teilhabe aus dem „Bildungspaket“ zur Verfügung. Um das erfolgreiche Elterngeld noch attraktiver zu gestalten, haben wir den Vollzug reformiert: Das Antragsverfahren wurde erleichtert und die Ermittlung der Höhe des Elterngeldes für Selbständige vereinfacht. Zu den wichtigsten familienpolitischen Leistungen zählen auch der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz und die Einführung eines Betreuungsgeldes. Trotz der erforderlichen Einsparungen im Bundeshaushalt hat die Koalition am Ausbau der Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen nicht gerüttelt. Sie hat sogar neue Mittel in Höhe von 580,5 Mio. Euro zugesagt für den Bau von mindestens 30.000 zusätzlichen Plätzen. Somit stellt der Bund bis 2013 insgesamt 4,6 Mrd. Euro für den Ausbau der Betreuungsplätze zur Verfügung und er beteiligt sich ab 2014 mit jährlich 845 Mio. Euro an den laufenden Betriebskosten. Als weitere neue familienpolitische Maßnahme unterstützt der Bund Kinderwunschbehandlungen von Paaren, die ungewollt kinderlos sind, jährlich mit 10 Mio. Euro.

Festival Junger Künstler Bayreuth

Das Festival Junger Künstler (Jugendfestspieltreffen) ist eine der wichtigsten Kultureinrichtungen der Festspielstadt Bayreuth. Die Werkstatt für junge talentierte Musikerinnen und Musiker steht im Mittelpunkt meiner Hilfe. So bemühe ich mich, in jedem Jahr den Besuch eines bundespolitischen „Schwergewichtes“ zu organisieren. Für eine Förderung des Festivals Junger Künstler in Bayreuth in unveränderter Höhe machte ich mich gemeinsam mit dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Dr. Michael Hohl, und der stellvertretenden CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär MdB stark. Viele Einrichtungen müssen derzeit Sparmaßnahmen akzeptieren.

In vielen Gesprächen habe ich mit Dr. Michael Hohl die Verantwortlichen zu überzeugen versucht, die Förderung des Festival Junger Künstler nicht zurückzufahren. Gemeinsam mit Dorothee Bär konnte der Erfolg verbucht werden, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Förderung beibehalten wird. Ein großer Erfolg für das Bayreuther Festival, das nun seine Erfolgsarbeit beruhigt weiterführen kann.

Auch in den kommenden Jahren werde ich mich stets für das Festival Junger Künstler verwenden, damit die Förderungen nicht eingestellt oder zurückgefahren werden. Hierfür ist mir der ständige Austausch mit der Intendantin des Festival Junger Künstler, Dr. h. c. Sissy Thammer, genauso wichtig, wie der regelmäßige Besuch des Festivals mit wichtigen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Kultur. So besuchten auf meine Initiative die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen MdB, die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht MdL und die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dorothee Bär MdB, das Festival.

Feuerwehrführerschein

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Legislaturperiode eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes zur Erweiterung der bisherigen „Feuerwehrführerscheinregelung“ beschlossen. Ehrenamtlich Tätige durften Einsatzfahrzeuge nur bis zu einer Gesamtmasse von 4,75 Tonnen fahren. Gemeinsam mit der CSU-Landesgruppe setzte ich mich daher für eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes ein, sodass Ehrenamtliche heute Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen fahren dürfen.

Die beschlossene Änderung des Straßenverkehrsgesetzes führte bei den zahlreichen Freiwilligen Feuerwehren, den anerkannten Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes auch in unserer Region zu einer spürbaren Entspannung. Unsere betroffenen Einsatzfahrzeuge inklusive Anhänger können leichter von Ehrenamtlichen geführt und Einsätze somit besser und einfacher geplant werden.

Durch die Änderung wurde darüber hinaus überflüssige Bürokratie und damit verbundene Kosten für ehrenamtliches Engagement im Rettungs- und Katastrophenschutz auch in unserer Region beseitigt.

Die beschlossene Neuregelung führte zudem zu einer Anpassung an die täglichen Anforderungen aus der Praxis, da bereits kleine Einsatzfahrzeuge inzwischen in der Regel die Gewichtsgrenze von knapp fünf Tonnen überschreiten. Damit wurde verhindert, dass bei unseren Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk oder aber beim Deutschen Roten Kreuz gut ausgestattete, neue Fahrzeuge betriebsbereit vorhanden sind, aber niemand da ist, der sie fahren darf.

Franken-Sachsen-Express (FSX)

Seit mehreren Jahren setze ich mich intensiv für die Verbesserung der Bahnanbindung von Bayreuth sowie der gesamten Region Oberfranken ein. Gerade der Franken-Sachsen-Express (FSX) ist hierfür ein ausschlaggebender Faktor, der die Region an die wichtigen Fernverkehrsknotenpunkte anbindet. Daher ist nach meiner Auffassung der Erhalt einer attraktiven Ausgestaltung des FSX für Bayreuth, aber auch für die ganze Region von großer Bedeutung.

Die aktuelle Verkehrslage für das Streckenangebot Nürnberg-Dresden stellt sich wie folgt dar: Für Zugreisende besteht momentan ein Fahrangebot mit einer 2-Stunden-Verbindung mit einem IRE (eigenwirtschaftlich betrieben durch die Deutsche Bahn AG) mit Linienführung über Bayreuth und einem Angebot im 2-Stunden-Takt mit einem RE (bestellter Verkehr) mit Linienführung über Marktredwitz. Die Bayreuther Bürgerinnen und Bürger können daher ein zweistündig verkehrendes umsteigefreies Angebot Nürnberg–Dresden nutzen. Bei der Zugführung über Marktredwitz besteht für die Zugreisenden aus Bayreuth durch Umstieg in Kirchenlaibach die Möglichkeit, anschließend umsteigefrei nach Dresden weiterzureisen.

Um die Bedeutung dieser Verbindung und die Notwendigkeit der Anbindung der Stadt Bayreuth an den Eisenbahnfernverkehr bei allen Beteiligten zu verdeutlichen, habe ich am 15. Februar 2012, im Nachgang zu einem Gespräch im September 2011 mit den gleichen Beteiligten in Berlin, den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, und den Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer MdB, mit dem damaligen Bayreuther Oberbürgermeister, Dr. Michael Hohl, nach Bayreuth eingeladen.

Die Gespräche in Berlin 2011 und in Bayreuth 2012 konnten wichtige Maßnahmen zum Erhalt des FSX auf den Weg bringen. Wichtigstes Ergebnis war die Errichtung einer Arbeitsgruppe, die den Fortbestand des FSX in der aktuellen Angebotsstruktur und Streckenführung sichert. So ist unter anderem die DB Regio Nordostbayern im Rahmen dieser Verhandlungen bei ihrem Preisangebot für den bestellten Verkehr der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) entgegengekommen. Im Gegenzug hat die BEG ihrerseits ein attraktives Angebot für einen Verkehr bis 2022 unterbreitet.

Die Bemühungen, das Fahrangebot des FSX in der momentan angebotenen Attraktivität aufrecht zu erhalten, wird nun durch die Planungen der sächsischen Verkehrszweckverbände erschwert, dass im Bereich des sächsischen Verkehrsnetzes nur noch elektrisch betriebene Fahrzeuge eingesetzt werden sollen. Dies würde zur Folge haben, dass die attraktive und durch die Zugreisenden stark frequentierte FSX-Verbindung in Hof durchbrochen werden muss und ein umsteigefreies Reisen nicht mehr möglich ist.

Das Angebot des FSX ist für die Bürgerinnen und Bürger beider Freistaaten von großer Bedeutung. Neben der Verbindung der Großstädte Nürnberg und Dresden stellt dieses Reiseangebot auch einen Brückenschlag und einen bedeutenden Faktor beim Zusammenwachsen der „neuen“ und „alten“ Bundesländer dar. Ein Durchbrechen der Zugfolge in Hof würde diese Reiseverbindung an Attraktivität verlieren lassen. Aktuell können bei der Auslastung der Züge regelmäßig steigende Fahrgastzahlen verzeichnet werden, da durch den FSX auch eine Anbindung an den Flughafen Nürnberg sowie die wichtigen Knotenpunkte des Fernverkehrs gegeben ist.

Der Franken-Sachsen-Express ist für die Stadt Bayreuth - die Regierungshauptstadt des Regierungsbezirkes Oberfranken - von wichtiger Bedeutung. Mit der Durchbrechung des FSX in Hof wird aus einer attraktiven Anbindung der Stadt Bayreuth an die Stadt Dresden und den Freistaat Sachsen eine Regionalverbindung Bayreuth-Hof, die eine Weiterreise in andere Städte ermöglicht. Daher ist aus meiner Sicht aus wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und auch historischen Gründen eine Fortsetzung des umsteigefreien Reisens mit dem FSX unumgänglich.

G

Gedenkmünzen / Sonderpostwertzeichen

Gedenkmünzen und Sonderpostwertzeichen werden vom Bundesministerium der Finanzen herausgegeben. Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen stelle ich stellvertretend für Bundesfinanzminister Dr. Schäuble zahlreiche Gedenkmünzen und Sonderpostwertzeichen der Öffentlichkeit vor.

- in Schwerin die Gedenkmünze und die Sonderbriefmarke zum „150. Geburtstag Gerhart Hauptmann“
- in Göttingen die Sonderbriefmarke „175 Jahre Göttinger Sieben“
- in Fulda die Sonderbriefmarke „50 Jahre Zweites Vatikanisches Konzil“
- in Bautzen die Sonderbriefmarke „100 Jahre Domowina Bund Lausitzer Sorben“
- in Aachen die 100-Euro-Goldmünze „UNESCO Welterbe – Dom zu Aachen“
- auf Borkum die Sonderbriefmarke 2012 aus der Serie „Leuchttürme“
- in Berlin die dritte Münze der 20-Euro-Goldgedenkmünzen-Serie „Deutscher Wald“

- in Straubing die Sonderbriefmarke „200 Jahre Gäubodenvolksfest Straubing“
- in Nürnberg die Sonderbriefmarke 2012 der Serie „Jugendbriefmarken“
- in Bad Muskau die deutsch-polnische Gemeinschaftsmarke „Muskauer Park“
- in Rammenau die Sonderbriefmarke „250. Geburtstag Johann Gottlieb Fichte“
- in Kassel die Gedenkmünze und Sonderbriefmarke „200 Jahre Grimms Märchen“
- in Duisburg die Sonderbriefmarke zum „500. Geburtstag von Gerhard Mercator“
- auf Schloss Neuschwanstein in Schwangau die 2-Euro-Gedenkmünze „Bayern“
- in Straubing die Sonderbriefmarke zum „225. Geburtstag Joseph von Fraunhofer“
- in Dresden die Sonderbriefmarke „500 Jahre Sixtinische Madonna“
- in Berlin die 10-Euro-Gedenkmünze und Sonderbriefmarke „300. Geburtstag Friedrich II.“
- in Sassnitz die Sonderbriefmarke „Nationalpark Jasmund“
- auf der Wartburg in Eisenach die 100-Euro-Goldmünze „UNESCO Welterbe – Wartburg“
- in Berlin die Sonderbriefmarken 2011 in der Serie „Weihnachten“
- in Berlin die Sonderbriefmarke „50 Jahre Neue Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche“
- in Essen die Sonderbriefmarke „50 Jahre Adveniat“
- in Berlin die Sonderbriefmarke „150. Geburtstag Emil Wiechert“
- in Kronstadt (Braşov)/Rumänien die deutsch-rumänische Gemeinschaftsmarke in der Serie „Weltkulturerbe der UNESCO“
- in Berlin Sonderbriefmarken der Reihe „Für die Jugend“
- in Schöppenstedt die Gedenkmünze und Sonderbriefmarke „500 Jahre Till Eulenspiegel“
- im Ostseeheilbad Dahme neue Sonderbriefmarken aus der Serie „Leuchttürme“
- in Berlin 10-Euro-Gedenkmünze und Sonderbriefmarke „125 Jahre Automobil“
- in Dresden die Sonderbriefmarke „175 Jahre Sächsische Dampfschiffahrt“
- in Berlin die Sonderbriefmarke „150 Jahre Deutscher Industrie- und Handelskammertag“
- in Erfurt und Bayreuth Gedenkmünze und Sonderbriefmarke „200. Geburtstag Franz Liszt“
- in Regensburg die deutsch-japanischen Gemeinschaftsmarken in der Serie „Weltkulturerbe der UNESCO“
- in Berlin die Sonderbriefmarke „Segelflug auf der Wasserkuppe“
- in Bad Schandau die Sonderbriefmarke „Caspar David Friedrich“
- in München die Sonderbriefmarken 2010 in der Serie „Weihnachten“
- in Nürnberg und Fürth Sondermünze und Sonderbriefmarke „175 Jahre Eisenbahn in Deutschland“
- in Garmisch-Partenkirchen Sondermünze und Sonderbriefmarke „Alpine Ski – WM 2011“
- in Würzburg die 100-Euro-Goldmünze „UNESCO Welterbe – Würzburger Residenz und Hofgarten“
- in Frankfurt die Sonderbriefmarke „Frankfurter Buchmesse – Ehrengast Argentinien“
- in Dresden die 10-Euro-Silber-Gedenkmünze und Sonderbriefmarke „20 Jahre Deutsche Einheit“
- in Marxheim die Sonderbriefmarke aus der Serie „Dienst am Nächsten“
- im Porzellanikum Selb die Gedenkmünze und Sonderbriefmarke zum Thema „300 Jahre Porzellanherstellung in Deutschland“

- in München die Sonderbriefmarke „200 Jahre Oktoberfest“
- in Berlin-Kreuzberg die Sonderbriefmarke „100. Geburtstag Mutter Teresa“
- im Spielzeugmuseum Nürnberg die Sonderbriefmarke „Mensch ärgere Dich nicht“
- in Erfurt die Sonderbriefmarke „Jüdischer Hochzeitsring Erfurt“

Das Bundesministerium der Finanzen wird anlässlich des 200. Geburtstages des Komponisten Richard Wagner im Jahr 2013 ein Sonderpostwertzeichen und eine 10-Euro-Sondermünze herausgeben. Ich habe mich von Beginn an für die Sondergedenkmünze eingesetzt, die in zwei Prägequalitäten und Legierungen geprägt werden soll. Nach der Herausgabe von Sonderpostwertzeichen zum 100-jährigen Jubiläum der Erstaufführung des Werkes „Die Meistersinger von Nürnberg“ im Jahre 1968 und zum 100-jährigen Jubiläum der Bayreuther Festspiele im Jahre 1976 wird der Komponist Richard Wagner nun erneut mit einem Sonderpostwertzeichen und einer 10-Euro-Sondermünze anlässlich seines 200. Geburtstages gewürdigt. Die Vorstellung des Sonderpostwertzeichens und der Sondermünze wird im Jahr 2013 in Bayreuth und Leipzig erfolgen.

Anlässlich des 130. Jahrestages der Aufnahme bilateraler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea und des 50-jährigen Jubiläums des Anwerbeabkommens über ein Programm zur vorübergehenden Beschäftigung koreanischer Bergarbeiter im deutschen Steinkohlebergbau gibt das Bundesministerium der Finanzen gemeinsam mit der Republik Korea im Jahr 2013 eine deutsch-koreanische Gemeinschaftsbriefmarke heraus. Ich habe das Projekt von Anfang an unterstützt. Auf meine Initiative hin wurde als Motiv auf deutscher Seite die Parkanlage Eremitage in Bayreuth mit ihrem Sonnentempel ausgewählt. Auf koreanischer Seite wird der Changdeokgung-Park in Seoul mit dem Hyangwonjeong-Pavillon die Gemeinschaftsmarke zieren.

Gelangensbestätigung

Bund und Länder haben die bislang bis 30. Juni 2012 geltende Übergangsregelung nochmals verlängert. Danach beanstandet es die Finanzverwaltung für bis zum Inkrafttreten einer erneuten Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung (angestrebt zum 1. Januar 2013) ausgeführte innergemeinschaftliche Lieferungen nicht, wenn der Nachweis der Steuerbefreiung noch auf Grundlage der bis 31. Dezember 2011 geltenden Rechtslage geführt wird. Damit werden Schwierigkeiten beim Übergang zu der neuen Rechtslage vermieden. Die Wirtschaft hatte gegen die sog. Gelangensbestätigung als alleinigen Nachweis der Ausfuhr von Gegenständen Bedenken erhoben. Um diesen Rechnung zu tragen, wurde kurzfristig die Übergangsregelung verlängert. Mit Blick in die Zukunft wird derzeit eine erneute Änderung der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung (UStDV) vorbereitet.

Dies gilt in erster Linie für die in dem derzeitigen Entwurf des BMF-Einführungsschreibens zur Gelangensbestätigung vorgesehenen Vereinfachungen und Erleichterungen, die im Verordnungswege gesetzlich abgesichert werden sollen.

Zudem wird geprüft, ob den Wünschen der Verbände nachgekommen werden kann und weitere Vereinfachungen (auch mit Bezug auf die bisherigen Belege wie z. B. die sog. weiße Spediteursbescheinigung) möglich sind. Da in diesem Jahr - auch mit Blick auf andere Steuerarten - eine Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen geboten erscheint, könnte eine erneute Änderung der UStDV noch in dieses Vorhaben aufgenommen werden.

Gleichstellungspolitik

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, Frauen und Männern gleiche Chancen in allen Phasen des Lebensverlaufs zu gewährleisten. Der Erste Gleichstellungsbericht, der in dieser Legislaturperiode veröffentlicht wurde und die daraus resultierende Stellungnahme der Bundesregierung stellen einen wichtigen Schritt auf diesem Weg dar.

Die Gleichstellungspolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht unter dem Leitgedanken fairer Chancen für Frauen und Männer in allen Bereichen der Gesellschaft, vor allem im Erwerbsleben. Dabei geht es beispielsweise um Entgeltgleichheit, gleiche Karrierechancen und den Schutz vor Altersarmut.

Die Bundesregierung will faire Chancen schaffen. So hat die Bundesregierung beispielsweise mit dem Stufenplan "Mehr Frauen - Mehr Vielfalt in Führungspositionen", Maßnahmen ergriffen, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung nachhaltig zu steigern. Die Bundesregierung verstärkt zudem ihre Anstrengungen, um faire Einkommensperspektiven für Männer und Frauen zu schaffen und insbesondere die Entgeltunterschiede zu überwinden.

Mit dem Aktionsprogramm "Perspektive Wiedereinstieg" und dem Wiedereinstiegsrechner unterstützt das Bundesfamilienministerium Frauen hingegen beim Wiedereinstieg nach Unterbrechungen im Erwerbsleben. Das Analyse-Instrument Logib-D hilft Unternehmen, Entgeltunterschiede im eigenen Betrieb festzustellen.

Mit dem zusätzlichen Ausbau von Kindertagesstätten soll zudem gewährleistet werden, dass Frauen und Männer, die kein Betreuungsgeld in Anspruch nehmen wollen, gleichermaßen trotz Kinderwunsch ihren Beruf weiter voll ausüben können. Zudem wurde mit der Einführung der Elternzeit die Möglichkeit auch für junge Väter geschaffen, sich zur Betreuung und Erziehung ihres Kindes befristet von der Arbeit freistellen zu lassen.

Zur wirksameren Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wird im Dezember 2012 ein „Frauenhilfetelefon“, eine rund um die Uhr erreichbare Notrufnummer, freigeschaltet. Es handelt sich hierbei um ein niedrigschwelliges Hilfeangebot, das Frauen den Weg zu den Unterstützungseinrichtungen vor Ort weist.

Das Bundesfamilienministerium unterstützt darüber hinaus Männer dabei, ihre Rolle abseits von Rollenklischees selbst zu definieren. Das Projekt „Mehr Männer in Kitas“ ermutigt Männer beispielsweise dazu, einen Erzieherberuf zu wählen. Weitere Berufe, für die sich Jungen und Männer bisher kaum entscheiden, werden am Boys' Day vorgestellt, der parallel zum Mädchen-Zukunftstag Girls' Day stattfindet und vom Bundesfamilienministerium gefördert wird.

Goseong

Seit 2007 gibt es eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Regierung von Oberfranken und der Gangwon-Provinz und seit 2010 auch eine Vereinbarung zum bilateralen Austausch und zur Kooperation zwischen dem oberfränkischen Landkreis Bayreuth und dem Landkreis Goseong. Für beide Kooperationen habe ich mich nachhaltig eingesetzt.

Vermittelt wurden die Kooperationen durch die in Korea sehr aktive Hanns-Seidel-Stiftung, deren Korea-Repräsentant Dr. Bernhard Seliger sowie deren Geschäftsführer Kim Young-Soo bereits mit mehreren Delegationen aus der Gangwon-Provinz sowie aus dem Landkreis Goseong in der Region Bayreuth zu Gast waren. Durch die Vermittlung der Hanns-Seidel-Stiftung haben bereits zahlreiche Spitzenrepräsentanten der Gangwon-Provinz sowie der Landrat des Landkreises Goseong, Jong-Kook Hwang, mehrfach Oberfranken besucht. Oberfrankens Regierungsvizepräsidentin Petra Platzgummer-Martin hatte 2010 gemeinsam mit mir die Gangwon-Provinz und den Landkreis Goseong besucht und dabei einen Umwelt-Lehrpfad im Landkreis Goseong eröffnet.

In der Gangwon-Provinz gibt es ein sehr modern gestaltetes Museum, das die koreanische Teilung, aber auch die Hoffnung auf eine koreanische Wiedervereinigung dokumentiert. Dieses Museum hat durch Vermittlung der Hanns-Seidel-Stiftung und mit meiner Unterstützung eine Kooperationsvereinbarung mit dem deutsch-deutschen Museum in Mödlareuth und der Point Alpha Stiftung in Deutschland begründet. Auch hat die Hanns-Seidel-Stiftung eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern der Universität Bayreuth und der Gangwon-Provinz auf den Weg gebracht. Erstmals sind auf Initiative der Hanns-Seidel-Stiftung in diesem Jahr Forstexperten aus Süd- und Nordkorea in Oberfranken zu einer Fachkonferenz zusammen gekommen.

Im Beisein von Landrat Hübner wurde in diesem Jahr ein „Bayreuther Platz“ im Landkreis Goseong eingeweiht. Im März dieses Jahres hatte Landrat Hwang Jong-Kook den Vorschlag gemacht, in Songdschong-ri im Landkreis Goseong einen „Bayreuther Platz“ zu errichten. Der Platz soll Ausgangspunkt eines Parks mit rund 20.000 qm² werden. Bereits im April wurde der Plan für einen „Bayreuther Platz“ mit einer Skulptur als Symbol der Freundschaft zwischen den Landkreisen Goseong und Bayreuth entworfen. Die Berufsfachschule für Hotelmanagement Pegnitz des Landkreises Bayreuth in Pegnitz hat am 22.10.2012 ein Kooperationsabkommen mit der Kyungdong University in Südkorea, Provinz Goseong, getroffen.

Beide Seiten unterstützen und fördern den Austausch von Studierenden und unterrichtlichen Aktivitäten. Mit Professor Dr. Sok-Rok Song und Frau Professor Dr. Song Ju-Un hatte Schulleiter Länger mit meiner Unterstützung in den letzten eineinhalb Jahren zwei deutschsprachige Dozenten der Hochschule gefunden, die sich auf koreanischer Seite sehr für diesen Austausch eingesetzt haben. Für die Teilnehmer der Berufsfachschule und die Studenten der Kyungdong University soll das gegenseitige Angebot der Organisation und Betreuung von Hotelpraktika im Gastland bestehen. Studenten aus Südkorea können im Juli 2013 an einem dreiwöchigen Intensivsprachkurs Deutsch in Pegnitz teilnehmen.

H

Haus Wahnfried

Für die Festspielstadt Bayreuth ist das „Haus Wahnfried“ mit dem Richard-Wagner-Museum ein besonderes Kulturzentrum mit internationaler Ausstrahlung. Nach rund 30 Jahren intensiver Nutzung steht für das „Haus Wahnfried“ eine grundlegende Sanierung an.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat für den Bundeshaushalt 2012 ein Kulturinvestitionsprogramm beschlossen und dafür Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro etatisiert. Die Mittel waren qualifiziert gesperrt und die Inanspruchnahme der Mittel bedurfte der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Fördermittel für den Umbau und die Erweiterung des Richard-Wagner-Museums Bayreuth wurden im vollen Umfang entsperrt und es werden bis zu 3,5 Millionen Euro durch den Bund bereitgestellt werden.

Entscheidende Voraussetzung hierfür war, dass der Bayreuther Stadtrat meiner eindringlichen Bitte Folge geleistet hat und sich in seiner Sitzung am 25. April 2012 für die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund, Freistaat und Stadt Bayreuth ausgesprochen hat, in der Regelungen zur Sicherung der Gesamtfinanzierung und der Baudurchführung für die Neugestaltung des Richard-Wagner-Museums und von „Haus Wahnfried“ getroffen wurden.

Der Einsatz für die Bereitstellung von Fördermitteln durch den Bund hat sich gelohnt. Zur Werbung für das Projekt hatten auf meine Initiative hin seit 2011 wichtige Gespräche in Berlin mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann MdB, sowie mit den zuständigen Haushaltspolitikern, dem haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Fricke MdB und dem Berichterstatter der CDU/CSU –Fraktion für den Bundeskulturhaushalt, Rüdiger Kruse MdB, in Bayreuth stattgefunden.

Humboldt / Alexander von Humboldt-Kulturforum Schloss Goldkronach e. V.

Der Universalgelehrte Alexander von Humboldt ist eine der – wenn nicht die – bekannteste Persönlichkeit in der Welt. Von 1792 bis Frühjahr 1797 war Alexander von Humboldt in unserer Region tätig und hat bahnbrechende Erfindungen und Forschungen getätigt. Ich halte es für wichtig, das Wirken Alexander von Humboldts in unserer Region mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Deshalb habe ich die Gründung des Vereins „Alexander von Humboldt-Kulturforum Schloss Goldkronach e. V.“ initiiert. Der Verein hat es sich insbesondere zur Aufgabe gemacht, an Leben und Werk von Alexander von Humboldt zu erinnern. Seit dem Jahr 2011 werden Leben und Wirken Alexander von Humboldts in einer Ausstellung dokumentiert. Auf zehn Tafeln werden ausführliche Informationen rund um das Universalgenie Alexander von Humboldt dargestellt. Das Kulturforum führt zahlreiche Veranstaltungen durch und würdigte im Jahr 2012 das Jubiläum „220 Jahre Alexander von Humboldt in Franken“.

I

Innovative Ideen fördern

Ich bin stets darum bemüht, innovative Ideen unserer Unternehmen zu unterstützen. So haben der Fichtelberger Unternehmer Perry Eckert und der Ingenieur Wilfried Färber mit ihrer Erfindung eines Windwalzengenerators ein innovatives Zukunftsprojekt vorgestellt, das vom Bundeswirtschaftsministerium bereits ausgezeichnet wurde und in spätestens eineinhalb Jahren in Serie gehen soll. Die beiden Erfinder Perry Eckert und Wilfried Färber stellten mir den neuen Windwalzengenerator vor. Nicht nur in Eckerts Unternehmen in Fichtelberg steht bereits ein Prototyp zur Umsetzung von Windenergie in Strom. Mit der BÄKO in Leupoldsgrün haben die Tüftler ihre Erfindung bereits auf einem Beispielgebäude installiert. Weitere derartige Beispielprojekte, wie etwa eine Werft in Bremerhaven und ein großer Discounter, sollen folgen.

Informationsbesuche in Berlin

Seit 2009 habe ich ca. 3.000 Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis nach Berlin eingeladen und ihnen die Teilnahme an rund 60 Informationsfahrten ermöglicht.

Ich habe mich sehr darum bemüht, die dreitägigen Berlin-Besuche mit einem interessanten und abwechslungsreichen Programm auszustatten. Mit vielen dieser Gruppen ergab sich auch die Gelegenheit zu einer persönlichen Begegnung und Diskussion.

Dabei handelt es sich um folgende Gruppen:

- Mitarbeiter der Kindertagesstätte Arche Noah Bindlach
- Rollstuhlsportverein Bayreuth seit 1994 e. V.

- Bundespolizeiabteilung Bayreuth
- Chor Concordia Laineck
- Berufsschule Pegnitz
- Schulklassen der Johannes-Keppler-Realschule Bayreuth
- Erasmus-Studenten Universität Bayreuth
- Pfarrgemeinde Laineck
- Musikverein Gößweinstein
- Studiengruppen der Hanns-Seidel-Stiftung aus Südkorea
- Studiengruppe der Pekinger Universität
- Schulklassen des Graf-Münster-Gymnasiums Bayreuth
- Schulklassen des Wirtschaftswissenschaftlichen Gymnasiums Bayreuth
- Bayreuther Staatsinstitut für die Ausbildung von Förderlehrern
- Städtische Wirtschaftsschule Bayreuth
- Mitglieder der Historischen Gesellschaft aus Norwich
- Mitglieder des Kreistages Bayreuth
- Multiple-Sklerose Selbsthilfe-Gruppe Bayreuth und der Multiple-Sklerose Selbsthilfe-Gruppe Albatros
- Vertreter der Landsmannschaft Schlesien, Ortsgruppe Bayreuth
- CSU-Ortsverband Warmensteinach
- Deutschlehrer und Deutschlehrerinnen sowie Vertreter von Universitäten und Sprachinstituten aus Russland
- Internationale Studenten der Universität Bayreuth
- Alexander-von-Humboldt-Realschule Bayreuth
- Derpart Reisebüro Bayreuth
- Schulklassen des Gymnasiums Fränkische Schweiz Ebermannstadt
- Debattierclub der Universität Bayreuth
- Kleine Kommunität Pegnitz
- Chinesische Studierendengruppe der Universität Bayreuth
- Heimat- und Volkstrachtenverein Alt Bayreuth
- Studiengruppe der Peking Universität
- Hotel- und Berufsfachschule Pegnitz
- Leitung der SeniVita Sozial gGmbH
- Schulklassen des Gymnasiums Christian Ernestinum Bayreuth
- Mittelschule Weidenberg
- Besucher der Präsentation zum Thema „Alexander von Humboldt in Franken“
- Waldbesitzervereinigung Hollfeld
- Teilnehmer bei der IHK-Bestenehrung in Berlin
- Frauen Union des Kreisverbandes Bayreuth-Land
- Bergwacht Fichtelgebirge / Frankenwald
- Freiwillige Feuerwehr Goldkronach
- Studentengruppe aus Oppeln

- Kameradschaft Bayreuther Infanterie e. V.
- Hauptschule Eckersdorf
- Rotary-Club Bayreuth
- Tschechische Gastschüler der EUREGIO EGRENSIS
- Gymnasium "Liceo Properzio" Assisi
- Schülergruppe der Willy-Brandt-Schule Warschau
- Studienchor der Hochschule für evangelische Kirchenmusik
- Koreanische Jugendliche des Projektes „Brücken Bauen – Building Bridges“
- Studenten der Philologischen Hochschule Breslau
- Leitende Mitarbeiter der SeniVita Schulen
- Christian-Sammet-Mittelschule Pegnitz
- Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e. V. in der Region Bayreuth
- Besatzung des Zollschiffes “BORKUM”
- Kolpingwerk Diözesanverband Bamberg
- Nordbayerische BDZ-Jugend der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft
- Gesangsverein Bayreuth Meyernberg
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM)
- Selbsthilfegruppe für Schlaganfallbetroffene in Stadt und Landkreis Bayreuth

J

Jugendarbeit

Christlich fundierte Jugendarbeit ist für mich eine der wichtigsten Säulen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In der Vergangenheit habe ich immer wieder Veranstaltungen besucht, um damit auch meine persönliche Verbindung zu engagierten christlichen Jugendlichen zu dokumentieren. Besonders hervorheben möchte ich auch die Arbeit des Kreisjugendrings Bayreuth. Der Kreisjugendring leistet wertvolle Arbeit für unsere jungen Menschen. Daher war und ist es für mich wichtig, den Kontakt zum Kreisjugendring zu pflegen. An dieser Stelle ist es mir ein Bedürfnis, die Arbeit der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ausdrücklich zu würdigen.

Besonders erwähnen möchte ich das Engagement der Landjugend. In vielen sehr aktiven Ortsverbänden und auch auf Kreisverbandsebene wird großartige Arbeit geleistet. Besonders herausheben möchte ich die Organisation von überregionalen Veranstaltungen wie z. B. Erntedankfest, Fußball- und Volleyballturniere etc. Erwähnen möchte ich auch, dass die Landjugend sich politisch einbringt und in der Jugendbildung tätig ist.

Jugendfreiwilligendienst

Viele junge Menschen sind bereit, sich ehrenamtlich für die Gesellschaft zu engagieren und Verantwortung zu tragen. Dies unterstützt die Koalition durch die stärkere finanzielle Förderung der bewährten Jugendfreiwilligendienste. Der neue Bundesfreiwilligendienst, den die Koalition nach der Aussetzung des Zivildienstes etabliert hat, ist ein weiteres Angebot, sich außerhalb von Beruf und Schule für einen Zeitraum zwischen 6 und 24 Monaten in sozialen, kulturellen, ökologischen oder anderen gemeinwohlorientierten Tätigkeitsfeldern zu engagieren.

Die Entscheidung junger Menschen, sich völlig uneigennützig für das Gemeinwohl zu engagieren, findet meine größte Anerkennung und höchsten Respekt. Unsere Gemeinschaft lebt von Menschen, die sich für Hilfsbedürftige einsetzen und durch ihre Unterstützung unsere Gesellschaft lebenswerter machen. Aus diesem Grund war es mir ein Herzensanliegen, Herrn Maximilian Schwarz (2012) für seinen Dienst an der Oswals Mang'ombe High School in Tansania und Herrn Fabian Schnörer (2011) für seinen Dienst im Kinderheim in Potchefstroom/Südafrika finanziell zu unterstützen und deren vorbildlichen Einsatz zu würdigen.

Jugend im Parlament

Alljährlich haben auf meine Einladung hin Jugendvertreter aus dem Wahlkreis Bayreuth-Forchheim an der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ in Berlin teilgenommen. Bei "Jugend im Parlament" haben Jugendliche die Möglichkeit, die Abläufe des Deutschen Bundestages kennenzulernen und selber Politik zu machen. Wie echte Abgeordnete diskutieren die Jugendlichen dort vier Tage in Ausschüssen und fassen Beschlüsse, die dann im großen Plenarsaal den anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorgestellt werden. Ich persönlich halte es für wichtig, junge Menschen für politisches Engagement zu begeistern und sie zu ermuntern, sich in politische Parteien einzubringen. Aus meinem Bundeswahlkreis haben auf meine Einladung hin teilgenommen:

- Tobias Schatz, Hollfeld (2012)
- Michael Etterer, Bayreuth (2011)
- Sebastian Rabenbauer, Bayreuth (2010) und
- Martina Hawrylo, Bayreuth (2009)

Junggesellenregelung

Die sogenannte „Junggesellenregelung“ bedeutet, dass ein Steuerpflichtiger, der mehrere betriebliche Kraftfahrzeuge auch privat nutzt, für die private Nutzung nur das Fahrzeug mit dem höchsten Listenpreis versteuern muss. Der Bundesfinanzhof hatte diese langjährige Auffassung der Finanzverwaltung verworfen. Die Aufhebung dieser Regelung hatte auch in unserer Region in der Praxis zu Irritationen geführt.

Es wurde befürchtet, dass Steuerpflichtige, die zwar mehrere Kraftfahrzeuge im Betriebsvermögen halten, aber nur eines privat nutzen, nunmehr für alle Kraftfahrzeuge für die private Nutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs grundsätzlich 1 Prozent des Bruttolistenpreises pro Monat besteuern müssen.

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass vom Bundesfinanzministerium jetzt klar gestellt wurde, dass nur dann eine Nutzungswertbesteuerung nach der 1 %-Regelung vorzunehmen ist, wenn der Steuerpflichtige ein betriebliches Kraftfahrzeug auch tatsächlich privat nutzt. Es kommt also nicht darauf an, ob ein Fahrzeug für private Fahrten genutzt werden kann, sondern entscheidend ist, dass es auch tatsächlich privat genutzt wird. Für den konkreten Nachweis dieser privaten Nutzung lässt die Finanzverwaltung nun Erleichterungen zu. So scheiden beispielsweise Vorführwagen eines Kraftfahrzeughändlers oder zur Vermietung bestimmte Kraftfahrzeuge aus der Besteuerung ebenso aus wie Werkstattwagen, die für eine private Nutzung nicht geeignet sind. Grundsätzlich ist der Erklärung des Steuerpflichtigen, er nutze nur ein bestimmtes Kraftfahrzeug auch privat, zu folgen, wenn er den übrigen Fahrzeugen jeweils eine bestimmte Funktion im Betrieb zuweist und diese Zuweisung im Betrieb durch die betrieblichen Gegebenheiten nachvollzogen werden kann. An die Erklärung des Steuerpflichtigen werden dabei keine Formanforderungen gestellt. Es genügt vielmehr, wenn er in seiner Gewinnermittlung für ein bestimmtes Kraftfahrzeug eine Nutzungswertbesteuerung vornimmt.

Mit dieser Klarstellung gelingt es auch in unserer Region, den Steueranspruch aus einer tatsächlichen privaten Nutzung zu sichern und zugleich eine überschießende Besteuerung zu vermeiden sowie gerade mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe von unnötiger Bürokratie zu entlasten.

K

Kinder und Jugendliche

Um Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen, hat die Koalition das Bundeskinderschutzgesetz verabschiedet. Das Gesetz stärkt die Akteure, die sich für das Wohlergehen der Kinder engagieren. Kernstück ist die Förderung von Familienhebammen, die als Teil der Frühen Hilfen den Kinderschutz nachhaltig stärken:

Hierfür stellt der Bund im Jahr 2012 30 Mio. Euro, im Jahr 2013 45 Mio. Euro und in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 51 Mio. Euro zur Verfügung. Um Folgeschäden der Heimunterbringung für ehemalige Heimkinder in den alten und neuen Bundesländern zu mindern, zahlt der Bund in den Entschädigungsfonds für die Heimkinder West insgesamt 40 Mio. Euro ein, in den für die Heimkinder Ost insgesamt 20 Mio. Euro.

Kirchensteuer

Mit der Neuregelung im Gesetz zur Umsetzung der Beitreibungsrichtlinie wird bei der Kirchensteuer künftig manches einfacher, wofür ich mich als Finanzstaatssekretär nachhaltig eingesetzt habe. Seit dem Jahr 2009 ist es möglich, Steuern auf Kapitalerträge ohne besonderen Erklärungsaufwand direkt und unmittelbar von der Bank begleichen zu lassen. Diese so genannte „Abgeltungsteuer“ hat sich in der praktischen Anwendung bei Kreditinstituten und Bürgern bewährt. Bei ihrer Einführung ungelöst geblieben ist damals die Frage einer ebenso automatisch abgeltenden Kirchensteuer auf die Kapitalertragsteuer.

Damit die Besonderheiten der Kirchensteuer bei einer rechtlichen Fassung eines derartigen Verfahrens angemessen berücksichtigt werden können, ist daher für die Kirchenkapitalertragsteuer vorerst ein Übergangsverfahren begleitend zur Abgeltungsteuer eingeführt worden. Danach steht dem Kirchensteuerpflichtigen vom Veranlagungszeitraum 2009 an bei der Kirchensteuer im Zusammenhang mit Kapitalerträgen ein Wahlrecht zu: Er kann bei seiner Bank einen schriftlichen Antrag auf Kirchensteuerabzug stellen, so dass dort die Kirchensteuer auf die Kapitalertragsteuer einbehalten und abgeführt wird.

Falls dieser Antrag nicht gestellt wird oder die Kapitalerträge im Ausland erzielt werden oder trotz des Antrages das Kreditinstitut keine Kirchensteuer auf die Kapitalertragsteuer einbehält, muss der Kirchensteuerpflichtige bei seinem Finanzamt eine Steuererklärung zum Zwecke der Kirchensteuerfestsetzung auf Kapitalertragsteuer abgeben. Werden die Kapitalerträge im Zusammenhang mit der Einkommensteuererklärung deklariert, wird die Kirchensteuer automatisch zutreffend erhoben. Eine gesonderte Erklärung der Kapitalertragsteuer nur für Zwecke der Kirchensteuer ist dann nicht mehr erforderlich. Selbst in der von vornherein beabsichtigten kurzen Übergangsphase hat sich dieses Papierverfahren als personalintensiv für die Kreditinstitute und als bürokratisch für die Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Die künftig geltenden Verfahren sind für alle Beteiligten wesentlich bürokratieärmer ausgestaltet.

Kommunal Finanzen

Für das laufende Jahr 2012 ist bundesweit mit einem kommunalen Haushaltsüberschuss von rund 2,5 Milliarden Euro zu rechnen. Nach Einschätzungen des Bundesfinanzministeriums werde sich der jährliche Überschuss bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Milliarden Euro steigern. Das ist ein Ergebnis, das sich vor wenigen Jahren noch keiner vorstellen konnte und belegt eindrucksvoll die kommunalpolitischen Erfolge der christlich-liberalen Koalition. Es ist gelungen, die Ursachen der kommunalen Finanzmisere strukturell und damit auf Dauer zu bekämpfen.

Bei den Beratungen der Gemeindefinanzkommission, die durch Kabinettsbeschluss vom 24. Februar 2010 eingesetzt wurde und an denen ich maßgeblich mit beteiligt war, galt es, die dem Bundesgesetzgeber beziehungsweise die der Bundesregierung zugänglichen Möglichkeiten zu prüfen, den Kommunen zu stetigeren Einnahmen und zu besser gestaltbaren Ausgaben zu verhelfen.

Ergebnis der Gemeindefinanzkommission im Jahr 2011 war, dass die Gewerbesteuer unverändert erhalten blieb, der Bund schrittweise die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernahm und den Kommunen, vertreten durch die kommunalen Spitzenverbände, zukünftig die Möglichkeit gegeben wird, sich bei Gesetzgebungsvorhaben mit Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen früher als bisher einzubringen.

Durch die am 8.11.2012 beschlossene Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet der Bund die Kommunen allein im Jahr 2013 bei ihren Sozialausgaben um weitere 3,175 Milliarden Euro. Bis 2016 summiert sich diese dauerhafte Entlastung auf rund 20 Milliarden Euro. Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik. Auch für die Stadt und den Landkreis Bayreuth bedeutet diese Neuänderung eine Entlastung des kommunalen Haushaltes. Profitieren werden davon besonders die Kommunen, die unter drängenden Finanzproblemen leiden. Dieser Zusammenhang wurde im Rahmen der von der Bundesregierung initiierten Gemeindefinanzkommission untersucht. Für die Bundesregierung war es wichtig, dass die Entlastung bei den Sozialausgaben nicht zweckgebunden ist. Wenn ausreichend Mittel zur freien Verfügung stehen, wird die Selbstverwaltungskraft vor Ort gestärkt. Die Kostenübernahme der Altersgrundsicherung steht sinnbildlich für einen Paradigmenwechsel in der Bundespolitik. Anstelle - wie in der Vergangenheit - die Kommunen mit immer neuen Aufgaben und Ausgaben zu belasten, stärkt die Bundesregierung die Städte, Gemeinden und Landkreise. Zentrale Faktoren sind dabei die schrittweise Umsetzung der Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission, die Entlastung bei den Sozialausgaben durch den Bund und eine auf Wachstum ausgerichtete Politik der Bundesregierung. Die Früchte dieser Politik lassen sich auch bei der Entwicklung der kommunalen Gewerbesteuer ablesen. Die kommunale Finanzmisere, die unter Rot-Grün im Jahr 2003 mit einem Kommunaldefizit von über acht Milliarden Euro ihren Höhepunkt erreichte, ist überwunden. Mehr noch, die Ursachen konnten strukturell und damit auf Dauer behoben werden. Für das laufende Jahr 2012 kann mit einem Haushaltsüberschuss der Städte, Gemeinden und Kreise von bundesweit 2,3 Milliarden Euro gerechnet werden. Dieser Haushaltsüberschuss wird sich nach Einschätzung des Bundesfinanzministeriums bis 2016 kontinuierlich auf rund 5,5 Milliarden Euro steigern.

Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt von der Leistungsfähigkeit seiner Regionen, Landkreise, Städte und Gemeinden ab. Es entscheidet sich zuerst in den Kommunen, wie sich die Zukunft unseres Landes gestaltet. Ich habe daher auch ausdrücklich die verbesserte Beteiligung der Kommunen am Gesetzgebungsverfahren unterstützt. Die Bundesregierung ist dabei einer langjährigen Forderung der Kommunen nachgekommen. Durch Änderungen der Geschäftsordnungen von Bundesregierung und Bundestag können die kommunalen Spitzenverbände bei der Beratung von Gesetzentwürfen nun immer Stellung nehmen. Dies ist ein gewaltiger Schritt zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe.

Kommunalpolitik

Ein besonderes Anliegen war und ist mir der enge Schulterschluss mit den kommunalen Mandatsträgern meines Wahlkreises. Die kommunale Ebene ist die entscheidende Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens. Nur die Bewahrung der Gestaltungsfreiheit und die Sicherung der Finanzkraft unserer Kommunen wird unsere Heimat auch in Zukunft lebens- und liebenswert erhalten. Eine wichtige und wertvolle Hilfe bei meiner politisch-parlamentarischen Tätigkeit in Berlin ist deshalb meine Mitarbeit im Kreistag des Landkreises Bayreuth.

Erstmals wurde ich im Jahr 2002 in den Kreisrat gewählt und im Jahr 2008 wiedergewählt. In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auch betonen, dass die Mitarbeit im Kreisrat und der ständige Austausch mit den Kommunalpolitikern sehr wertvoll ist, um die regionalen Auswirkungen der Berliner Maßnahmen vor Ort zu realisieren. Daher besuche ich auch regelmäßig Gemeinden, um mir vor Ort ein Bild über die aktuelle Situation der Kommunen machen zu können. Als Beispiele darf ich Gemeindebesuche in Creußen und Egloffstein nennen.

Korea

Als langjähriger Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages (1998 bis 2009), Ehrenpräsident der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft und Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums ist es mir ein wichtiges Anliegen, im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der menschlichen Begegnungen Akzente im deutsch-koreanischen Verhältnis zu setzen.

Auf vielen Reisen nach Korea habe ich mich stets bemüht, die deutschen Erfahrungen mit Teilung und Wiedervereinigung den Verantwortlichen vor Ort näher zu bringen und so versucht, einen Beitrag zur innerstaatlichen Annäherung zwischen Nord- und Südkorea zu leisten.

Ich nutze meine Reisen nach Korea aber auch dahingehend, dass ich vor Ort Projekte deutscher Firmen oder auch Verbände und Gesellschaften besuche, um den Austausch auf wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Gebieten zu fördern. Hieraus haben sich eine Vielzahl von gemeinsamen Vorhaben entwickelt, bei denen u. a. die Universität Bayreuth auf dem Gebiet der Wissenschaft oder die Junge Orchesterakademie auf dem Feld der Kultur mit koreanischen Partnern zusammenarbeiten. Vertieft werden die Gespräche häufig auch bei Gegenbesuchen in meinem Wahlkreis.

So konnte ich bereits mehrfach die Botschafter aus Nord- und Südkorea in Bayreuth begrüßen, um hier vor Ort die aktuellen Lagen in den entsprechenden Ländern zu diskutieren. Auch die Kooperation zwischen der Region Oberfranken und der südkoreanischen Grenzprovinz Gangwon ist ein Beispiel für gelungene deutsch-koreanische Zusammenarbeit. Im Jahr 2012 wurde mir in der Botschaft der Republik Korea in Berlin im Namen des Präsidenten der Republik Korea durch Botschafter Tae-young Moon der Erste-Klasse-Orden für besondere diplomatische Verdienste in Form der „Gwanghwa-Medaille“ verliehen.

Dies ist die höchste Auszeichnung, die Südkoreas Präsident Lee Myung-bak an ausländische Politiker und Diplomaten vergibt.

Kraftfahrzeugsteuer- Befreiung für Landschaftspflege-Verbände

Auch in unserer Region gibt es zahlreiche Vereine, die ihre landwirtschaftlichen Fahrzeuge ehrenamtlich zur Landschaftspflege einsetzen, wie beispielsweise zur Pflege von Streuobstwiesen. In diesem Zusammenhang wurde ich von einem Landschaftspflege-Verein aus meinem Wahlkreis auf das Problem der Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer auf eingesetzte Traktoren hingewiesen. Ich habe mich daher dafür eingesetzt, dass für Landschaftspflege-Verbände bei der Kraftfahrzeugsteuer sachgerechte Lösungen gefunden werden konnten. Bei entsprechender Verwendung wird für die eingesetzten Traktoren keine Kraftfahrzeugsteuer erhoben. Dazu können unter anderem auch die Pflege von öffentlichen Grünflächen oder zur Straßenreinigung im Auftrag von Gemeinden oder Gemeindeverbänden gehören. Die Landschaftspflege-Verbände leisten auch in unserer Region einen herausragenden Beitrag zur Förderung unsere Kulturlandschaft. Mit der Kraftfahrzeugsteuer- Befreiung für Landschaftspflege-Verbände wird der unverzichtbare freiwillige Einsatz unserer ehrenamtlich tätigen Vereine in der Landschaftspflege anerkannt.

Kunst und Kultur

Die Unterstützung und Förderung von Kulturprojekten und Künstlern in meinem Wahlkreis ist mir ein besonderes Anliegen. Beispielhaft sei auf die von mir seit 2004 jährlich durchgeführten Bayreuther Kulturgespräche hingewiesen.

Ferner möchte ich auf die Unterstützung des aus Argentinien stammenden und in Berlin ansässigen Malers Mariano Rinaldi Goni aufmerksam machen. Zusammen mit der Berliner Galerie Deschler veranstaltete ich während der Festspielzeit Kunstaussstellungen. Nach den „Walküren“ im Jahr 2007 und der Ausstellungsreihe „Rheingold“ im Jahr 2008 konnte im Jahr 2009 die Ausstellung „Nornen“ und letztmalig 2010 die Gemäldeausstellung „Götterdämmerung“ in Bayreuth präsentiert werden. Besondere Unterstützung erfährt das Projekt durch Katharina Wagner, die die Ausstellungen in jedem Jahr besucht und durch die Unternehmerfamilie Meyer von der Porzellanfabrik Walküre in Bayreuth.

L

Ländlicher Raum

Der besondere Blickwinkel auf den ländlichen Raum ist wichtig. Allein in Bayern sind mehr als 80 Prozent der Fläche ländliche Räume. Dort leben mehr als die Hälfte der rund 12 Millionen Einwohner des Freistaates Bayern.

Nach meiner Auffassung ist es wichtiges politisches Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in den Ballungsgebieten und den ländlichen Räumen zu schaffen.

Dabei gilt es insbesondere, die ländlichen Räume für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu machen. Vor allem die jungen Menschen müssen Ausbildungs- und Arbeitsplätze finden, damit es nicht zu einer weiteren Ausblutung in der Fläche kommt. Die demografische Entwicklung wie etwa in den Landkreisen Wunsiedel und Hof sollten hier Alarmsignal genug sein.

Seit 2009 verfolgt die Bundesregierung einen ressortübergreifenden Politikansatz zur Förderung der ländlichen Regionen. Der Erfolg gibt der Politik der Bundesregierung Recht: In den zentralen Handlungsfeldern Wirtschaft und Arbeit, Daseinsvorsorge und ländliche Infrastruktur sowie Natur und Umwelt wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Gesetzesinitiativen und Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Räume auf den Weg gebracht. So haben die Regierungskoalitionen beispielsweise mit dem Versorgungsstrukturgesetz im vergangenen Jahr die Grundlage dafür gelegt, dass die ländlichen Regionen für Mediziner attraktiver werden.

Zur Erarbeitung konkreter Vorschläge für die Entwicklung ländlicher Räume haben CDU, CSU und FDP am 1. März 2012 eine Koalitions-Arbeitsgruppe „Ländliche Räume – Regionale Vielfalt“ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe mit 15 Mitgliedern aus allen für die ländliche Entwicklung relevanten Politikbereichen wurde beauftragt, ein integriertes Handlungskonzept auszuarbeiten, das ökonomische, ökologische und soziale Aspekte umfasst.

Im Dialog mit Vertretern des ländlichen Raums im Rahmen eines Auftakt-Workshops und von zehn intensiven Beratungen sowie dem abschließenden Kongress zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume am 11. Juni 2012 wurden Vorschläge erarbeitet, wie die Politikfelder stärker miteinander verknüpft und die Rahmenbedingungen so gesetzt werden können, dass die Regionen ihre Zukunft eigenverantwortlich gestalten.

Mit ihrem Abschlussbericht setzte die Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume – Regionale Vielfalt“ in vier Handlungsfeldern, in denen Bundesregierung, Länder, Landkreise, Städte und Gemeinden in Verantwortung stehen, besondere Akzente:

- Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur
- Wirtschaft und Arbeit
- Sozialer Zusammenhalt, Betreuung, Gesundheit und Pflege
- Integrierte ländliche Entwicklung

Die Maßnahmen zeigen exemplarisch Handlungsmöglichkeiten auf und sollen in konkretes Handeln auf diesen relevanten Feldern für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume einmünden. Der vorgelegte Katalog von Empfehlungen für Maßnahmen von Seiten des Bundes bzw. der jeweils angesprochenen Bundesressorts wird noch in diesem Jahr in den

Beschluss des Deutschen Bundestages „Zukunftsplan für Dorf und Land – Ländliche Räume und regionale Vielfalt sichern und ausbauen“ und in ein konkretes Maßnahmengesetz der Bundesregierung einmünden.

Die Bundesregierung wird auch weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Förderung des ländlichen Raumes legen. Die einseitige Konzentration auf Metropolen lehnen wir ab. Nur durch ein Miteinander von Stadt und Land können die Herausforderungen der Zukunft bewältigt werden.

Landwirtschaft

Besonderes Augenmerk richte ich auf unsere heimische Landwirtschaft. Durch ständigen Kontakt mit den Verantwortlichen des Bayerischen Bauernverbandes sowie durch viele Besuche in landwirtschaftlichen Betrieben in meinem Wahlkreis weiß ich um die Lage unserer bäuerlichen Familien. Die CSU bleibt auch weiterhin Garant für eine bäuerliche familiengestützte Landwirtschaft.

Mit der Umsetzung der Pflanzenschutznovelle in diesem Jahr konnte endlich ein europaweit einheitliches nachhaltiges Pflanzenschutz-Regelwerk geschaffen werden, das mit der zonalen Zulassung die Basis für ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren für Pflanzenschutzmittel legt.

Ein zentrales Anliegen der Agrarpolitik der Bundesregierung ist die dauerhafte soziale Absicherung der in der Land- und Forstwirtschaft und dem Gartenbau tätigen Familien. Deshalb haben wir mit der Neuordnung der agrarsozialen Sicherungssysteme unter dem Dach eines neuen Bundesträgers in diesem Jahr die Grundlage geschaffen, dass die eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialstrukturen auch in Zukunft finanzierbar bleiben.

Große Teile unserer Gesellschaft haben mittlerweile den Kontakt zu den Landwirten und ihrer täglichen Arbeit verloren. Den vor diesem Hintergrund von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner MdB im vergangenen Jahr gestarteten Diskussionsprozess habe ich aktiv begleitet. Im Frühjahr konnten die Ergebnisse in der Charta für Landwirtschaft und Verbraucherschutz der Öffentlichkeit vorgestellt werden, deren Handlungsempfehlungen in konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden.

Zwei wichtige Handlungsfelder der Charta betrafen die Themenbereiche Tierschutz und Reduzierung des Antibiotikaverbrauches in der Nutztierhaltung. Hier werden wir zwei Gesetzesvorhaben noch in dieser Legislatur abschließen.

Trotz andauernder häufig populistisch geführter Debatten um die moderne Nutztierhaltung bleiben wir bei unserem Standpunkt: Unsere Nutztierhaltung erfüllt weltweit die höchsten Tierschutzstandards, diese wollen wir auf wissenschaftlicher Basis weiter entwickeln.

Die Novelle des Tierschutzgesetzes, u. a. mit neuen Regelungen zu Tierversuchen, zur betäubungslosen Ferkelkastration oder zur Haltung von Zirkustieren, ist hierfür ein gutes Beispiel.

Auch die Verwendung von Antibiotika in der Nutztierhaltung soll mit der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes reduziert werden. Dadurch soll eine einzelbetriebliche Erfassung des Antibiotikaeinsatzes möglich werden. Weitere Regelungen werden u. a. die Verbesserung des Stallmanagements bei Betrieben mit erhöhtem Antibiotikaeinsatz sowie den Schutz der für die Humanmedizin wichtigen Antibiotika betreffen.

Ein Blick nach Brüssel zeigt, dass für unsere Landwirte und Fischer neue Reglements anstehen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU werden zurzeit reformiert. Sowohl die GFP als auch die GAP sollen in Zukunft noch nachhaltiger werden.

Die bislang schon hohen Anforderungen an den Natur-, Umwelt- und Tierschutz werden weiter entwickelt. Nicht akzeptabel ist in diesem Zusammenhang, dass sieben Prozent hochwertiger landwirtschaftlicher Nutzfläche stillgelegt werden sollen. Zudem müssen die Vorleistungen unserer Fischer und Landwirte in den vergangenen Jahren eine entsprechend deutliche Berücksichtigung finden, wofür ich mich nachhaltig einsetze.

M

Mehrgefahrenversicherung

Zum Verkehrsteueränderungsgesetz wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratungen beschlossen, dass ab dem Jahr 2013 nicht nur die Hagelversicherung, sondern auch die Versicherung von Bodenerzeugnissen gegen die weiteren wetterbedingten Elementargefahren Sturm, Starkfrost, Starkregen und Überschwemmungen steuerlich begünstigt wird. Bemessungsgrundlage für die Versicherungsteuer ist bei Versicherung der genannten Elementargefahren - wie bereits bisher bei der Hagelversicherung - die Versicherungssumme für jedes Jahr. Der hierauf anzuwendende Steuersatz wird minimal von 0,2 Promille auf 0,3 Promille angehoben. Das gleiche gilt - mit Ausnahme der Gefahr „Starkfrost“ - auch bei der im Betrieb der Landwirtschaft oder Gärtnerei genommenen Versicherung von Glasdeckungen über Bodenerzeugnissen.

N

Nichtbesteuerung des Selbstbehalts

Die Koalitionsfraktionen haben über den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages dem Bundestag empfohlen, von der geplanten Regelung zur Besteuerung des Selbstbehalts im Rahmen des Verkehrsteueränderungsgesetzes Abstand zu nehmen. Der Deutsche Bundestag ist dieser Empfehlung gefolgt und hat das Gesetz in 2. und 3. Lesung am 25. Oktober 2012 ohne die entsprechende Regelung beschlossen. Damit fällt die Versicherungsteuer nicht auf den Selbstbehalt an.

Nichtbesteuerung von Bildungsleistungen

Abgesehen wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Jahressteuergesetz 2013 von einer Neuregelung der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen. Die Bundesregierung wird zusammen mit den Koalitionsfraktionen die europarechtliche Entwicklung in diesem Bereich weiter verfolgen und aus diesem Grund vorerst nicht gesetzlich tätig werden. Damit werden sowohl den Anliegen der privaten Fortbildungsveranstalter als auch den privaten Musik- und Ballettschulen Rechnung getragen.

O

Öffentlichkeitsarbeit

Regelmäßig führe ich verschiedene Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch. Über meine Parlaments- und Wahlkreisarbeit informiere ich mit den Publikationen „Thema der Woche“, „Brief aus Berlin“ und „Koschyks politische Korrespondenz“ einen Kreis von ca. 1.500 Multiplikatoren.

Hierbei handelt es sich um CSU-Mandats- und Funktionsträger, Kommunalpolitiker aller Parteien, um Wirtschaftsvertreter, Behördenleiter, Verbandsvertreter sowie um politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger. Vom „Brief aus Berlin“ gibt es 88 Ausgaben je Legislaturperiode. „Koschyks politische Korrespondenz“ erschien in dieser Legislaturperiode 14 Mal.

Weiterhin informiere ich die Öffentlichkeit umfassend und aktuell via Internet unter www.koschyk.de. Mein Internetauftritt wurde im Jahr 2009 grundlegend erneuert.

Auch in den sozialen Netzwerken bin ich aktiv. Bei Facebook, Google-Plus, Xing, Twitter und meinVZ habe ich Profile und bin dort im regen Kontakt mit Nutzern dieser Netzwerke.

Neben den zahlreichen Bürgeranfragen aus meinem Wahlkreis Bayreuth-Forchheim, erreichen mich über die Internetplattform www.abgeordnetenwatch.de auch deutschlandweit Anfragen von politisch interessierten Bürgern. In dieser Legislaturperiode wurden mir Fragen zu unterschiedlichen politischen Themen gestellt, die ich alle beantwortet habe. Fragen und Antworten sind im Internet einsehbar.

Osterfestival Bayreuth

Das Osterfestival Bayreuth ist neben dem Festival Junger Künstler eine weitere musikalische Attraktion für junge Musikerinnen und Musiker aus der ganzen Welt. Diese kommen - zum Teil auf meine Vermittlung - vornehmlich aus Krisengebieten der ganzen Welt, etwa aus Israel und Palästina, aus Nord- und Südkorea, aus dem Iran und aus den Balkanländern.

Völkerverständigung ist ein Ziel und die Präsentation Bayreuths als Weltstadt der Kultur - nicht nur zu den Wagner-Festspielen im Sommer, sondern auch an Ostern - ist ein weiteres Ziel. Mit meiner Mitgliedschaft im Vorstand der Stiftung Internationale Junge Orchesterakademie in Bayreuth versuche ich dem Projekt auch auf bundespolitischer Ebene ein Sprachrohr zu bieten.

Durch meine Vermittlung konnten wir im Jahr 2009 den damaligen Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pöttering, 2010 den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Horst Seehofer, 2011 den damaligen Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Jerzy Buzek, und 2012 die Präsidentin des Bayerischen Landtages, Barbara Stamm, als Schirmherren gewinnen.

Ost-West-Verbindung im Fichtelgebirge, „Fichtelgebirgsautobahn“, B 303

Im Hinblick auf eine leistungsfähige Ost-West-Verbindung durch das Fichtelgebirge sollte eine Lösung gefunden werden, die im Einklang mit dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung in dieser Region steht. Die Situation heute ist, dass es eine völlig neue Trasse durch das Fichtelgebirge nicht geben wird und behutsame Verbesserungen im Bereich der bestehenden B 303 dringend notwendig sind.

Im Frühjahr 2013 wird der Freistaat Bayern Vorschläge zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes an den Bund weiterleiten. Ich stimme in diesem Zusammenhang mit meiner Landtagskollegin Gudrun Brendel-Fischer MdL überein, dass im künftigen Bundesverkehrswegeplan nur noch der östliche Teil der B303 im Bereich Wunsiedel/Marktredwitz Berücksichtigung finden sollte.

Ich möchte an dieser Stelle an das Gespräch der Bürgerinitiative Gefrees und Umgebung gegen eine Fichtelgebirgsautobahn im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 14. Dezember 2011 erinnern.

Gemeinsam mit Verkehrsstaatssekretär Dr. Andreas Scheuer MdB und mir diskutierten der Gefreeser Bürgermeister Harald Schlegel, Oliver Dietel, Gert Hartmann und Nanne Wienands über die Pläne zum Ausbau der B303. Per Videokonferenz waren der Referatsleiter der Abteilung "Gebietsaufgaben für Bayern und Hessen", Herr Rühmkorf, und dessen Stellvertreterin, Frau Schäfer, aus Bonn der Gesprächsrunde zugeschaltet. Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass auch die Politik einen Ausbau der B303 neu auf einer neuen Trasse nicht weiter verfolgt.

Im Hinblick auf das Verkehrsaufkommen wurde bereits damals von den Fachleuten des Bundesministeriums bestätigt, dass der Kosten-Nutzen-Faktor aufgrund der vorliegenden Zahlen für einen Aus- oder Neubau der B303 denkbar schlecht sei.

Des Weiteren wurde bei dem Gespräch im Bundesverkehrsministerium klar gestellt, dass man auch durch kleinräumige bauliche Maßnahmen Verbesserungen erreichen könnte.

Im Hinblick auf eine Neutrassierung der B303 hatte ich auf ein gemeinsames Gespräch mit Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, Landrat Hermann Hübner (Bayreuth), Landrat Dr. Karl Döhler (Wunsiedel), den Landtagsabgeordneten Gudrun Brendel-Fischer MdL und Martin Schöffel MdL, Ministerialdirigent Karl Wiebel (Oberste Baubehörde), Kurt Schnabel (Leiter des Staatlichen Bauamts Bayreuth) und dem Bayerischen Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann am 12. September 2011 verwiesen. Dabei bestand Einigkeit, dass allenfalls ein bestandsorientierter Ausbau der bestehenden B303 erfolgen soll.

Bezüglich einer Verlegung des Transitschwerlastverkehrs auf die vorhandenen Autobahnen verwies Verkehrsstaatssekretär Dr. Andreas Scheuer MdB zurecht darauf, dass die Bundesebene diesbezüglich kein Weisungsrecht hat und eine Verlegung des Transitschwerlastverkehrs in den Kompetenzbereich der Länder fällt.

In einem jüngsten Schreiben vom 20. November 2012 an den Bayerischen Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann MdL, habe ich gemeinsam mit Gudrun Brendel-Fischer MdL und Landrat Hermann Hübner noch einmal deutlich gemacht, dass die Trassierung der sogenannten „Fichtelgebirgsautobahn“ endgültig aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen werden muss und auch ein dreistreifiger Ausbau der B303 zwischen Bischofsgrün und der A9, wie es von der Bauverwaltung angedacht ist, unsere Ablehnung findet, da dies einem autobahnähnlichen Ausbau gleichkommen würde und bei der Bevölkerung auf entschiedene Ablehnung stößt.

P

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Das Bundesministerium der Finanzen wird im Rahmen der vom Bundeskanzler festgelegten Richtlinien der Politik vom Bundesminister der Finanzen geleitet. Der Bundesminister der Finanzen ist als Mitglied der Bundesregierung für alle Aspekte der deutschen Finanz- und Steuerpolitik sowie die Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik verantwortlich.

Bei der Erfüllung seiner Regierungsaufgaben wird der Minister von zwei Parlamentarischen Staatssekretären unterstützt, die zugleich Mitglieder des Deutschen Bundestages sind und so für einen beständigen Informationsaustausch zwischen Regierung und Parlament sorgen.

Am 29. Oktober 2009 hat mich Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zu einem der beiden Parlamentarischen Staatssekretäre im Bundesministerium der Finanzen ernannt. Ich bin im Bundesministerium für die Bereiche Steuerpolitik und Finanzmarktfragen sowie für den gesamten Zollbereich zuständig.

Parlamentarisches Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages

1983 wurde das Parlamentarische Patenschafts-Programm aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag beschlossen. Das PPP ist ein auf Gegenseitigkeit angelegtes Jugendaustauschprogramm.

Es wurde vereinbart, dass junge Deutsche ein Jahr in den USA verbringen und junge Amerikaner ein Jahr in Deutschland. Schülerinnen und Schüler leben in Gastfamilien und besuchen eine örtliche Oberschule, junge Berufstätige absolvieren ein Praktikum in einem Betrieb und besuchen eine Berufsschule. Durch diesen Austausch soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, vermittelt werden.

Ich übernehme regelmäßig (alle zwei Jahre) Patenschaften für Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis. Bisher hatte ich die Patenschaften für folgende Teilnehmerinnen und Teilnehmer am PPP inne:

- Jan-Luca Möhrlein (2011)
- Anna Karl (2011) – *stellvertretend für Karl-Theodor von und zu Guttenberg, nachdem dieser im Jahr 2011 aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden ist.*
- Julia Eibl (2009)

Pflege

Der Zusammenhalt zwischen den Generationen wird durch den demografischen Wandel und die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen auf die Probe gestellt. Daher habe ich mich nachhaltig für die Gesetze zur Familienpflegezeit und zur Pflege neu ausgerichtet eingesetzt.

Mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz hat die Bundesregierung klare Verbesserungen für Menschen mit Behinderung auf den Weg gebracht. Ab Januar erhalten Pflegebedürftige, die in vollstationären Einrichtungen leben, anteilig auch für die Tage das volle Pflegegeld ausgezahlt, an denen sie zu Hause gepflegt werden. Dadurch werden die häusliche Pflege sowie der familiäre Kontakt gestärkt. Gleiches gilt für die Pflege von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, die zu Hause gepflegt werden und bislang einen Anspruch auf Kurzzeitpflege bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres haben. Hier haben CSU und CDU nachgebessert und den Anspruch auf 25 Jahre angehoben. Kinder und Jugendliche mit Behinderung brauchen auf Grund ihrer Entwicklung länger eine altersgerechte, intensive Pflege. Für die betroffenen Familien bringt dies zusätzliche Entlastung: Sie können im Fall von Krankheit oder Urlaub für vier Wochen im Jahr eine vollstationäre Ersatzpflege beanspruchen. Zudem hat die Bundesregierung die im Versorgungsstrukturgesetz eingeführten, zusätzlichen Leistungen für Personen mit dauerhaft erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz, die eine Zahnarztpraxis nicht oder nur mit hohem Aufwand aufsuchen können, ausgeweitet. Für diese Hausbesuche von Vertragszahnärzten bei Bewohnerinnen und Bewohnern in stationären Pflegeeinrichtungen muss im einheitlichen Bewertungsmaßstab eine zusätzliche Vergütung vorgesehen werden. Auf Landesebene können unter bestimmten Bedingungen Zuschläge vereinbart werden.

Das Gesetz zur Familienpflegezeit ermöglicht es Familienmitgliedern, Beruf und Betreuung demenzkranker Angehöriger zu verbinden. Die Angehörigen werden durch die Möglichkeit einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit entlastet. Insgesamt 120 Millionen Euro werden von der Bundesregierung für dieses Programm bereitgestellt. In Deutschland leiden ca. 1,2 Millionen Menschen an einer Demenzerkrankung. Alzheimer und Demenz stellen die Medizin vor neue Herausforderungen. Es werden neue Versorgungs- und Betreuungsformen für diese Patienten benötigt.

Eine wichtige Rolle spielt aber insbesondere die Betreuung, die mit großem Einsatz in der Familie geleistet wird. 1,1 Milliarden Euro Mehrausgaben verbessern die Situation von ca. 500.000 Pflegebedürftigen und Angehörigen durch das Pflege-Neuausrichtungsgesetz. In besonderem Maße wird dabei die Situation Demenzkranker verbessert.

Politischer Sommer

Seit den letzten Bundestagswahlen veranstalte ich alljährlich in den Sommermonaten in meinem Wahlkreis einen so genannten „Politischen Sommer“. Die Veranstaltungen werden immer mit einem Experten zu Themengebieten wie allgemeine politische Themen, Kulturprojekten, Wirtschaftsgesprächen bis hin zu Tourismusthematiken durchgeführt und erfreuen sich großer Beliebtheit. Eine Übersicht der anlässlich des „Politischen Sommer“ durchgeführten Veranstaltungen finden Sie in der beigefügten Übersicht meiner initiierten Veranstaltungen.

Postversorgung

Aus wirtschaftlichen Gründen versucht die Deutsche Post AG immer wieder, die flächendeckende Versorgung mit Dienstleistungen im ländlichen Raum und damit auch in vielen Gemeinden meines Wahlkreises zu schmälern und Einsparungen vorzunehmen.

Mit Vehemenz habe ich gegenüber Verantwortlichen der Deutschen Post AG immer wieder formuliert, dass die flächendeckende Postversorgung unabdingbar für die Lebensqualität und die regionale Wirtschaft in der Fläche ist. Hier konnten auch Erfolge erzielt werden. So konnte zuletzt eine neue Filiale in der Stadtbäckerei Schaller GmbH im Real Markt in Bayreuth in der Karl-von-Linde Straße eröffnet werden.

Präimplantationsdiagnostik

Der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Legislaturperiode für eine eingeschränkte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ausgesprochen. Dem Parlament lagen drei Gesetzesentwürfe zur Abstimmung vor. Ziel war eine gesetzliche Regelung zum Umgang mit Tests an künstlich erzeugten Embryonen.

Die Präimplantationsdiagnostik ist an zugelassenen Zentren für solche Paare möglich, die die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder bei denen mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Eine gesetzliche Regelung war notwendig, weil der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 6. Juli 2010 entschieden hat, dass nach dem geltenden Recht die umstrittenen Gentests nicht strafrechtlich verboten sind.

Die Mehrheit der Experten war hingegen bis dahin davon ausgegangen, dass die Präimplantationsdiagnostik nach dem deutschen Embryonenschutzgesetz von 1992 verboten ist.

Für mich ist die Präimplantationsdiagnostik nicht mit meiner christlichen Grundüberzeugung vereinbar. Ich unterstützte daher den fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf meiner Bundestagskollegen Birgitt Bender, Pascal Kober, Dr. Günter Krings, Ulla Schmidt, Johannes Singhammer, Kathrin Vogler u. a., der ein umfassendes gesetzliches Verbot der Präimplantationsdiagnostik anstrebte.

Im Ringen um notwendige Regeln zwischen Selbstbestimmung und Lebensschutz ist für mich die Präimplantationsdiagnostik mit der unantastbaren Würde jedes Menschen nicht vereinbar, da im Gegensatz zur vorgeburtlichen Untersuchung während der Schwangerschaft die Präimplantationsdiagnostik von vornherein auf die Aussonderung von Leben angelegt ist, die nicht der Norm entsprechen.

Praktikumsplätze

Regelmäßig erhalten sowohl in meinem Berliner Bundestagsbüro als auch in meinem Bayreuther Wahlkreisbüro junge Menschen die Gelegenheit, im Rahmen von Praktika die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten kennenzulernen. Dies waren in der vergangenen Legislaturperiode:

- Tim Hoferichter seit 1. November 2012 in Bayreuth
- Moritz Weiss vom 26. November 2012 bis 30. November 2012 in Bayreuth
- Andreas Freund vom 1. August 2012 bis 31. August 2012 in Bayreuth und vom 3. September 2012 bis 31. September 2012 in Berlin
- Peter Wihowski vom 1. September 2012 bis 30. September 2012 in Bayreuth
- Daniel Cramer vom 24. September 2012 bis 28. September 2012 in Berlin
- Max Barksdale vom 4. Juni 2012 bis 29. Juni 2012 in Berlin
- Patrick Stoeber vom 5. März 2012 bis 30. März 2012 in Berlin
- Inseon Hong vom 1. November 2011 bis 25. November 2011 in Berlin
- Jan Aleff vom 26. September 2011 bis 30. September 2011 in Berlin
- Alexander Nelson vom 1. Oktober 2010 bis 28. Februar 2011 in Berlin
- Frederik Jarchow vom 13. September 2010 bis 1. Oktober 2010 in Berlin
- Matthias Straub vom 1. Juli 2010 bis 31. Juli 2010 in Bayreuth
- Victor Kremer vom 28. Juni 2010 bis 9. Juli 2010 in Berlin
- Yumi Jang vom 7. Juni 2010 bis 2. Juli 2010 in Berlin
- Katharina Heider vom 31. August 2009 bis 2. Oktober 2009 in Berlin

Q

Qualifizierungsinitiative „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“

Mit der Qualifizierungsinitiative „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“, die von 102 auf 122 Mio. Euro aufgestockt wurde, fördert der Bund 4.000 Einrichtungen. Mit der Weiterentwicklung von Einrichtungen zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ sollen besonders Kinder mit einem hohen Sprachförderbedarf erreicht werden. Jeder beteiligten Einrichtung wird aus Bundesmitteln ein Budget für Fachpersonal und notwendige Anschaffungen in Höhe von 25.000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Folgende Einrichtungen werden als Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration gefördert: Der Kindergarten St. Franziskus in Speichersdorf, das Kinderhaus St. Vinzenz in Bayreuth, die Kindertagesstätte Jakobshof in Bayreuth, der Kath. Kindergarten Santa Maria in Speichersdorf, die Kindertagesstätte Zwergenhügel in Bayreuth, Grashüpfer / Trauminsel in Bayreuth und die Evang. Kindertagesstätte Traumland in Gefrees. Um Kinder und Jugendliche für ein tolerantes und vielfältiges Miteinander zu begeistern, stellt die Koalition jährlich 29 Mio. Euro für die Bekämpfung jeder Art des Extremismus zur Verfügung.

R

Radwege

Das Radwegenetz in unserer Region ist für den Tourismus und für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort von großer Bedeutung. Aus diesem Grund setze ich mich intensiv dafür ein, dass das Radwege-Konzept stetig optimiert und erweitert wird.

Beispielsweise habe ich mich gemeinsam mit meiner Landtagskollegin Gudrun-Brendel-Fischer MdL, Landrat Hermann Hübner und dem stellvertretenden Landrat und CSU-Ortsvorsitzenden von Waischenfeld, Thomas Thiem für eine finanzielle Förderung eines Geh- und Radweges von Waischenfeld nach Nankendorf entlang der ST 2191 durch die Stadt Waischenfeld eingesetzt.

Der für Geh- und Radwege an Staatsstraßen üblicherweise geltende Fördersatz von 75 % für die Maßnahme der Stadt Waischenfeld konnte auf 80 % der zuwendungsfähigen Kosten angehoben werden. Eine Zuwendung in Höhe von 80 % der zuwendungsfähigen Kosten ist der höchst mögliche zu vergebende Fördersatz.

Im April 2012 ist der knapp drei Kilometer lange Geh- und Radweg zwischen Waischenfeld und Nankendorf eingeweiht worden. Der Weg bedeutet einen wichtigen Lückenschluss im Radwegenetz der Fränkischen Schweiz.

Ein weiteres Beispiel ist der Radweg zwischen Behringersmühle und Sachsenmühle. Der mit 340.000 € aus Bundesmitteln finanzierte Radweg zwischen Behringersmühle und Sachsenmühle entlang der B 470 ermöglicht den lange ersehnten Lückenschluss eines durchgängigen Radweges zwischen Behringersmühle und Forchheim. Bei guten Wetterbedingungen kann noch in diesem Jahr mit den Asphaltierungsarbeiten begonnen und mit einer Fertigstellung bis Pfingsten 2013 gerechnet werden. Mit dem Lückenschluss zwischen Behringersmühle und Sachsenmühle können eine Vielzahl von Sanierungs- und Baumaßnahmen im Bereich Behringersmühle abgeschlossen werden.

Mit der bereits abgeschlossenen Brückensanierung, den erforderlichen Steinschlag-Sicherungsmaßnahmen und dem nun begonnen Bau des Radweges hat der Bund ca. 1 Mio. Euro in dieser Region bereitgestellt. Neben dieser Förderung hat auch der Freistaat Bayern Mittel in die Baumaßnahmen vor Ort investiert.

Regionale Wirtschaft

Regelmäßige Gespräche mit Unternehmern und Mitarbeitern von Betrieben in meinem Wahlkreis sind für mich eine wertvolle Hilfe bei der politischen Arbeit.

In dieser Wahlperiode besuchte ich folgende Unternehmen in meinem Wahlkreis:

- SeniVita OHG, Bayreuth
- Vishay Electronic GmbH, Fichtelberg
- Korb Design Gürtelfabrik GmbH & Co. Monte Pelle, Fichtelberg
- Human Resources Management GmbH - Die Personalberater, Bayreuth
- reha team Bayreuth Gesundheits-Technik GmbH, Bayreuth
- Agentur Riess, Jenne & Co. GmbH, Bayreuth
- helsa GmbH & Co. KG, Gefrees
- Frenzelit Werke GmbH, Bad Berneck / Himmelkron
- Bäckerei - Konditorei WIRTH, Egloffstein
- Friedrich Richter Messwerkzeugfabrik GmbH & Co. KG, Speichersdorf
- Konrad Krug, Brauerei und Tanzsaal GmbH, Breitenlesau
- Wohnhausbau Büttner Massivhaus GmbH, Plech
- NKD Vertriebs GmbH, Bindlach
- EDEKA Einkaufsmarkt, Bayreuth Meranierring
- Brauerei Gebrüder Maisel KG, Bayreuth
- STEINER-OPTIK GmbH, Bayreuth
- Opus Marketing GmbH, Bayreuth
- Gewerbehof Creußen
- Zapf GmbH, Bayreuth
- Schmetterling Reise- und Verkehrs-Logistik GmbH, Obertrubach
- KSB Aktiengesellschaft, Pegnitz
- TenneT TSO GmbH, Bayreuth
- Stäubli International AG, Bayreuth
- Buchauer Holzofenbäckerei, Pegnitz-Buchau
- VR-Bank Bayreuth, Bayreuth
- Sparkasse Bayreuth, Bayreuth
- British American Tobacco GmbH, Bayreuth
- Grundig Business Systems GmbH, Bayreuth
- Brauerei Mager, Pottenstein

- Motor-Nützel Vertriebs-GmbH, Bayreuth
- Obstgroßmarkt Fränkische Schweiz e. G., Pretzfeld
- Erste Bayreuther Porzellanfabrik Walküre Siegmund Paul Meyer GmbH, Bayreuth
- Neue Materialien Bayreuth
- Baier + Köppel GmbH und Co., Pegnitz

S

SED-Diktatur

Mit meiner Wahl zum Stellvertretenden Vorsitzenden der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED- Diktatur“ mit Sitz in Berlin trete ich die Nachfolge des Politikers Werner Schulz von Bündnis 90/Die Grünen an. Zweck der Stiftung ist es, in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen auf dem Gebiet der Aufarbeitung der SED-Diktatur Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und in der DDR zu leisten. Ferner ist es Aufgabe der Stiftung, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir noch weitere Anstrengungen unternehmen müssen, das Kapitel der Deutschen Geschichte aufzuarbeiten.

Schulen

Ein besonderes Anliegen ist mir der Dialog mit Schülerinnen und Schülern über meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter. Aus diesem Grund besuche ich regelmäßig Schulen in meinem Wahlkreis und führe dort Diskussionsveranstaltungen mit den Jugendlichen durch. Gleichzeitig biete ich Schulklassen meines Wahlkreises an, meine Arbeit in Berlin vor Ort durch einen Besuch in der Bundeshauptstadt kennen zu lernen. Eine Vielzahl von Lehrerinnen und Lehrern macht von diesem Angebot regen Gebrauch.

Mir liegt sehr viel daran, gerade jungen Menschen die Grundlagen unserer parlamentarischen Demokratie und der freiheitlich demokratischen Grundordnung nahe zu bringen und ihnen zu verdeutlichen, dass es ihre Demokratie ist und dass diese Demokratie gerade auch das Engagement junger Menschen dringend benötigt.

Sport

Mit der CSU-Landesgruppe habe ich mich dafür eingesetzt, den Sport in seiner Gesamtstruktur zu unterstützen und seine Autonomie und Eigenverantwortung zu stärken. Die Vereine sind die Basis des deutschen Sports. Deshalb haben wir die Vereine und die dort ehrenamtlich Tätigen verlässlich gefördert.

Die Bundesregierung misst dem Sport wegen seiner pädagogischen, gesundheitlichen und sozialen Funktionen eine außerordentlich hohe Bedeutung bei. Dies zeigt sich auch am Bundeshaushaltsplan 2013, der im November verabschiedet wurde. Das Bundesinnenministerium sieht im Bundeshaushaltsplan 2013 Ausgaben in Höhe von 129,2 Millionen Euro vor. Für zentrale Maßnahmen des Spitzensports sind rund 93 Millionen Euro geplant. Die nationalen Sportfachverbände werden wieder gut 25 Millionen Euro bekommen, rund 29 Millionen das Personal im Leistungssport und rund 31 Millionen die Olympiastützpunkte und Bundesleistungszentren. Zu den Mitteln des Innenministeriums kommen weitere Gelder, unter anderem aus dem Verteidigungsministerium in geplanter Höhe von rund 65 Millionen. Im Bundeshaushaltsplan sind aus insgesamt fünf Ministerien Ausgaben in Höhe von über 200 Millionen für den Sport genannt.

Neben der direkten Sportförderung ist sich die Bundesregierung aber auch der unzähligen ehrenamtlich Tätigen im Sport bewusst. Bürgerschaftliches Engagement ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Das Bundeskabinett hat daher den Entwurf für ein Gesetz zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts beschlossen. Ehrenamtlich Tätige sollen mit dem Gesetz - vor allem von Bürokratie - entlastet und den steuerbegünstigten Organisationen ein hohes Maß an Rechts- und Planungssicherheit gegeben werden.

Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland

Die „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ fördert Maßnahmen, die dem Erhalt der deutschen Sprache und Kultur sowie der Völkerverständigung dienen.

Als Stiftungsratsvorsitzender der „Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ habe ich mich dafür eingesetzt, dass erstmals der Medienpreis „Dialog für Deutschland“ der Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ in Berlin vergeben wurde. Erster Preisträger ist die in Buenos Aires erscheinende Wochenzeitung „Argentinisches Tageblatt“. Das Blatt hat sich seit seiner Gründung 1887 auch in stürmischer und gefährlicher Zeit stets den Grundsätzen der Freiheit und der Demokratie verpflichtet.

Ein Ehrenpreis ging an die „Prager Zeitung“, die seit 1991 erscheint und sich dabei stets aufmerksam und behutsam den Beziehungen zu den deutschsprachigen Nachbarländern gewidmet hat. Der Preis soll eine Ermutigung sein für die oft schwierige Arbeit deutschsprachiger Medien im Ausland. Ebenfalls hat die Stiftung mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes ein „Handbuch der deutschsprachigen Presse im Ausland“ veröffentlicht, um auslandsdeutsche Medien zu stärken.

Straßenverkehrsprojekte

Der Ausbau der Straßenverkehrsinfrastruktur hat mehrere entscheidende Aspekte. Es geht um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, es geht um die Wohnqualität von Betroffenen der Anwohner, es geht aber auch um die Verbesserung und Verkürzung von Verbindungen und damit um Entwicklung und Förderung des ländlichen Raums. Gerade im Rahmen von Bürgersprechstunden werde ich hier immer wieder auf Probleme hingewiesen und bemühe mich um Abhilfe. So konnte ich z. B. dazu beitragen, dass wichtige Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Bundesautobahn A 9 erreicht werden konnten.

Auch die Ost-West-Verbindung durch das Fichtelgebirge war in den letzten Jahren häufig Gegenstand der Diskussionen in unserer Region. Hierzu finden Sie ausführliche Darstellungen unter dem Punkt „*Ost-West-Verbindung im Fichtelgebirge, „Fichtelgebirgsautobahn“, B 303*“.

Nach dem Ausscheiden von Karl-Theodor von und zu Guttenberg aus dem Deutschen Bundestag habe ich auch teilweise die Betreuung seines Wahlkreises übernommen. Aus diesem Grund habe ich mich ebenso intensiv mit der Bundesstraße B 289 beschäftigt. Die langersehnten Ortsumgehungen in Untersteinach und Kauerndorf waren immer wieder Thema. In vielen persönlichen Gesprächen und einem Ortstermin konnte ich Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer MdB die Situation vor Ort näher bringen und bin überzeugt, dass mittelfristig eine Lösung für die betroffenen Kommunen gefunden werden kann.

T

Technisches Hilfswerk

Die Anliegen des Technischen Hilfswerkes (THW) unterstütze ich in vielfältiger Weise. Von 2001 bis 2007 war ich als Landesvorsitzender der THW-Landesvereinigung Bayern aktiv, bin jedoch auch noch nach meinem Ausscheiden aus diesem Ehrenamt für die Anliegen des THW in vollem Umfang Ansprechpartner und Mittler gegenüber der Politik. Auch als Vorsitzender des Fördervereins des THW-Ortsverbandes Bayreuth war ich über viele Jahre engagiert.

Die THW-Bundesvereinigung e. V., die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, die THW-Jugend und die THW-Stiftung laden alljährlich neben dem Reichstagsgebäude zu der Veranstaltung „MdB und THW – Helfen rund um die Uhr“ ein. Die Veranstaltung, die ich nachhaltig unterstütze, hat bereits über viele Jahre den Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Möglichkeit gegeben, das THW praktisch zu erleben.

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags im Oktober ein zusätzliches Finanzvolumen von 2 Millionen Euro für das Technische Hilfswerk (THW) beschlossen. Das Technische Hilfswerk steht vor großen Herausforderungen, denen wir auch bei den aktuellen Haushaltsberatungen begegnet sind. Mit einem zusätzlichen Volumen von 2 Millionen Euro erhöhen wir den Finanzrahmen des THW auf rund 27 Millionen Euro. Die Mittel stehen für die Ortsverbände zur Verfügung, die für die Bereiche Nachwuchswerbung, Jugendarbeit, Attraktivitätssteigerung des THW sowie Einbindung bislang unterrepräsentierter Bereiche wie Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Lebensältere genutzt werden sollen.

Tierschutz

Wir wollen den Tierschutz voranbringen, aber zusammen mit den Tierhaltern und der Wissenschaft. Daher haben wir im Haushalt 2013 zusätzlich fünf Millionen Euro für Modell- und Demonstrationsvorhaben im Bereich Tierschutz und Tierhaltung bereitgestellt. Die aktuelle gesellschaftliche Debatte um diese Themen kann so in wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse münden, die zu einer Verbesserung des Tierschutzes beitragen. In der „Charta für Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ nehmen die Themenbereiche Tierschutz und Reduzierung des Antibiotikaverbrauches in der Nutztierhaltung eine bedeutende Stellung ein. Hier werden wir zwei Gesetzesvorhaben noch in dieser Legislatur abschließen.

Trotz andauernder häufig populistisch geführter Debatten um die moderne Nutztierhaltung bleiben wir bei unserem Standpunkt: Unsere Nutztierhaltung erfüllt weltweit die höchsten Tierschutzstandards, diese wollen wir auf wissenschaftlicher Basis weiter entwickeln. Die Novelle des Tierschutzgesetzes, u. a. mit neuen Regelungen zu Tierversuchen, zur betäubungslosen Ferkelkastration oder zur Haltung von Zirkustieren, ist hierfür ein gutes Beispiel.

Die betäubungslose Ferkelkastration wird nur noch bis Ende 2018 zugelassen. Die vorgesehene Übergangsfrist ermöglicht die Entwicklung praxistauglicher Alternativmethoden auf wissenschaftlicher Basis. Der betäubungslose Heißbrand zur Kennzeichnung von Pferden bleibt ebenfalls bis Ende 2018 zugelassen. Danach ist der Schenkelbrand weiter unter lokaler Betäubung erlaubt, die vom Tierhalter vorgenommen werden kann.

Auch die Verwendung von Antibiotika in der Nutztierhaltung soll mit der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes reduziert werden. Dadurch soll eine einzelbetriebliche Erfassung des Antibiotikaeinsatzes möglich werden. Weitere Regelungen werden u. a. die Verbesserung des Stallmanagements bei Betrieben mit erhöhtem Antibiotikaeinsatz sowie den Schutz der für die Humanmedizin wichtigen Antibiotika betreffen.

Tourismus-Region

Tourismus ist ein sehr wichtiger Standortfaktor für unsere Region. Ich unterstütze deshalb alle Initiativen zur Attraktivitätssteigerung, insbesondere für das Fichtelgebirge und die Fränkische Schweiz. Aber wir zielen damit nicht nur auf die Touristen ab, als sog. weiche Standortfaktoren sind sie auch für die regionale Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Um die Bedeutung der Fränkischen Schweiz und des Fichtelgebirges auch über die Grenzen unserer Region zu verdeutlichen, hatte ich in den Jahren 2010, 2011 und 2012 den Vorsitzenden des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages, Klaus Brähmig MdB, zu Besuch. Die Veranstaltungen anlässlich seiner Besuche können Sie der Übersicht meiner initiierten Veranstaltungen entnehmen.

U

Umsatzbesteuerung auf Lebensmittelspenden

Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen habe ich die Thematik der Umsatzbesteuerung auf Lebensmittelspenden aufgegriffen und mich für eine schnelle Lösung eingesetzt. Mit den obersten Finanzbehörden der Länder hat sich das Bundesministerium der Finanzen nach intensiven Gesprächen auf eine Lösung im Billigkeitswege geeinigt.

Demzufolge wird es seitens der Finanzverwaltung nicht beanstandet, wenn bei der unentgeltlichen Abgabe von Lebensmitteln kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums oder der Verkaufsfähigkeit als Frischware von einer Umsatzbesteuerung abgesehen wird. Voraussetzung ist, dass die Abgabe aus mildtätigen Gründen erfolgt und hierfür keine Zuwendungsbestätigung für Spendenzwecke ausgestellt wird.

Die Regelung ist in allen offenen Fällen anzuwenden. Damit fällt auch in unserer Region für die Unternehmen bei Spende ihrer Lebensmittel unter den genannten Voraussetzungen keine Umsatzsteuer an und Lebensmittelspenden können beispielsweise an die Tafeln in Bayreuth und Pegnitz gehen, ohne dass die Bäcker dem Finanzamt etwas abgeben müssen.

Umsatzsteuer bei Bildungseinrichtungen (Musikschulen o. Ä.)

Ausgangspunkt war ein Vorgang in meiner Bayreuther Bürgersprechstunde, in dem es um die Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung von Musikschulen ging. Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen habe ich mich nachhaltig dafür eingesetzt, dass Bildungsleistungen als Bestandteil des öffentlichen Schul- und Hochschulunterrichts nach wie vor rechtsformunabhängig als reine Bildungsleistungen anzusehen und damit auch in Zukunft umsatzsteuerfrei sind.

Somit wurde im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Jahressteuergesetz 2013 von einer Neuregelung der Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen, die auch für unsere regionalen Bildungseinrichtungen, wie z. B. Musikschulen in unserer Region, zu Härten hätte führen können, abgesehen.

Die Bundesregierung wird zusammen mit den Koalitionsfraktionen die europarechtliche Entwicklung in diesem Bereich weiter verfolgen und aus diesem Grund vorerst nicht gesetzlich tätig werden. Hier muss vor allem noch geprüft werden, wie diese Umsetzung im Bereich der Musik- und Ballettschulen tatsächlich wirkt.

Umsatzsteuer bei Konzertveranstaltungen

In Rahmen meiner Bürgersprechstunde wurde ich von einem in Bayreuth ansässigen Konzertveranstalter darauf hingewiesen, dass in der Veranstaltungsbranche Unklarheit bezüglich der Umsatzbesteuerung von Konzertveranstaltungen besteht, da die bisher gängige Praxis der Finanzbehörden, eine Umsatzbesteuerung der Einnahmen für die Veranstaltung von Konzerten nach dem ermäßigten Steuersatz in Höhe von 7 % bei gleichzeitiger Geltendmachung der Vorsteuer anzuerkennen, nicht mehr fortgeführt werden würde.

Ich habe mich daher in dieser Legislaturperiode für eine Klarstellung im Umsatzsteuer-Anwendungserlass eingesetzt. Nach dem Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder unterliegen auch die Umsätze von Ticket-Eigenhändlern aus dem Verkauf von Eintrittsberechtigungen für Theater, Konzerte und Museen dem ermäßigten Steuersatz. Die Umsatzsteuer ermäßigt sich auf 7 % für die Eintrittsberechtigung für Theater, Konzerte und Museen sowie die den Theatervorführungen und Konzerten vergleichbaren Darbietungen ausübender Künstler.

Im Umsatzsteuer-Anwendungserlass wurde folgende Regelung eingefügt: Wenn bei Theatervorführungen und Konzerten mehrere Veranstalter tätig sind, kann jeder Veranstalter die Steuerermäßigung in Anspruch nehmen. Bei Tournee-Veranstaltungen steht deshalb die Steuerermäßigung sowohl dem Tournee-Veranstalter als auch dem örtlichen Veranstalter zu. Dem ermäßigten Steuersatz unterliegen ebenfalls die Umsätze von Ticket-Eigenhändlern aus dem Verkauf von Eintrittsberechtigungen. Auf Vermittlungsleistungen ist die Steuerermäßigung hingegen nicht anzuwenden.

Umsatzsteuer bei Regisseuren

Für die durch die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs ausgelöste Problematik der Umsatzbesteuerung der Leistungen von Bühnenregisseuren und Bühnenchoreographen sowie der Dirigenten wurde ebenfalls in den Beratungen zum Jahressteuergesetz 2013 eine zufriedenstellende Lösung gefunden. Die Umsatzsteuerfreiheit der Leistungen dieses Personenkreises wird nun gesetzlich - und somit rechtssicher - festgeschrieben.

Damit wird auch steuerlich anerkannt, dass die Leistungen von Bühnenregisseuren und Bühnenchoreographen sowie der Dirigenten für die Inszenierung prägend und wesentlich sind und sie auf die Gestaltfindung der künstlerischen Darstellung Einfluss nehmen. Mit dieser Regelung wird einem großen Anliegen der Theater- und Orchesterlandschaft in unserem Lande Rechnung getragen. Von dieser Regelung können vor allem auch Kleinbühnen in unserer Region profitieren (z. B. Fränkischer Theatersommer, Studiobühne Bayreuth, etc.).

Universität Bayreuth

Die Universität Bayreuth stellt einen wichtigen Bestandteil der Infrastruktur der Stadt Bayreuth, aber auch der gesamten Region dar.

Als einer der größten Arbeitgeber, aber vor allem wegen der innovativen Ideen und Forschungen sind die Universität Bayreuth und ihre Repräsentanten ein wichtiger Pfeiler in der politischen Arbeit. In regelmäßigen Abständen tausche ich mich über die aktuelle Situation mit Vertretern der Hochschulleitung und der Studierenden aus. Jedoch nicht nur Gespräche bereichern meine Arbeit. Bei vielen Besuchen mit politischer Prominenz - ich erinnere beispielhaft an die Bundesministerin für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz, Ilse Aigner MdB - habe ich versucht, die Leuchtturmprojekte der Universität Bayreuth über die Grenzen der Region hinaus bekannt zu machen und zu fördern. Immer wieder bin ich auch als Gastredner bei Veranstaltungen der Universität, studentischen Initiativen oder des Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) anzutreffen.

Beispielsweise war ich neben anderen Referenten als Gastredner am 7. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht beteiligt. Beim 7. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht beschäftigten sich Meinungsführer und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit der Frage, ob die aktuellen Ordnungsbedingungen zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen und diskutierten Wege, wie der Anleger besser geschützt werden kann. Im Nachgang zu dieser Tagung war ich gemeinsam mit dem Vizepräsidenten der Universität Bayreuth, Prof. Dr. Stefan Leible und Prof. Dr. Klaus Schäfer Herausgeber des Buches „Anlegerschutz und Stabilität der Finanzmärkte“.

Des Weiteren setze ich mich derzeit intensiv dafür ein, die Bemühungen der Universitätsleitung bezüglich der Verbesserung der Situation ausländischer Wissenschaftler und Studierender gegenüber der Stadt Bayreuth voranzutreiben. Durch eine geplante Verwaltungsvereinbarung werden die Universität Bayreuth und die Stadt Bayreuth in Zukunft bei den entscheidenden ausländerrechtlichen Fragen intensiver zusammenarbeiten. Neben der intensiveren Zusammenarbeit werden durch die Verwaltungsvereinbarung auch konkrete Maßnahmen eingeführt, wie die Einrichtung eines Arbeitskreises, um anhand von typischen Vorfällen den Antrags- und Genehmigungsprozess zu optimieren oder die Schaffung einer Beratungsstelle an der Universität Bayreuth während der Zeit der Einschreibungen, bei der ein Mitarbeiter der Stadt Bayreuth zu regelmäßigen Öffnungszeiten Wissenschaftlern und Studierenden für Fragen zur Verfügung steht.

Das Forschungsprojekt „Kommunikation zwischen Behörden und ausländischen Akademikern. Probleme und *best practices*“ von Prof. Dr. Müller-Jaquier ist ein wichtiger Baustein bei der Verbesserung der Situation ausländischer Wissenschaftler und Studierender. Aus diesem Grund unterstütze ich dieses Projekt ausdrücklich und werde dieses unmittelbar nach Genehmigung durch die Universitätsleitung an den Bayerischen Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann MdL, den Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Wolfgang Heubisch MdL, und den Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und stellvertretenden Ministerpräsidenten, Martin Zeil MdL, übermitteln, damit die Erkenntnisse des Forschungsberichtes zu entsprechenden Konsequenzen bei der Behandlung ausländischer Wissenschaftler und Studierender durch die zuständigen Ausländerbehörden in ganz Bayern führen.

Unternehmensteuerrecht / Reisekostenrecht

Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen habe ich mich sehr für eine deutliche Vereinfachung des Unternehmenssteuerrechts eingesetzt. Nachdem wir im vergangenen Jahr eine Reihe von Steuervereinfachungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger verabschiedet haben, sollen nun auch Betriebe und Unternehmen von unnötigem Aufwand und Bürokratie entlastet werden.

Insbesondere gab es bei Konzernen immer wieder Probleme mit der Durchführung ihrer Gewinnabführungsverträge, die Voraussetzung für die Verrechnung von Gewinnen und Verlusten sind. Oft stellt sich erst nach Jahren heraus, dass es zu Formfehlern gekommen war. Diese Fälle sind dann mühselig rückabzuwickeln. Künftig vermeiden wir diesen Fallbeileffekt. Es sind nun Heilungsmöglichkeiten vorgesehen.

Der Höchstbetrag beim Verlustrücktrag wurde von derzeit 511.500 Euro (bei zusammen veranlagten Ehegatten 1.023.000 Euro) auf 1 Million Euro (bei zusammen veranlagten Ehegatten 2 Millionen Euro) angehoben.

Sowohl zugunsten der Unternehmen, als auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer habe ich mich für eine Entschlackung des steuerlichen Reisekostenrechts eingesetzt. Hiermit wurde einer Forderung nachgekommen, die auch unsere regionalen Wirtschaftsunternehmen bereits seit Jahren erhoben haben. Eine deutliche Vereinfachung ergibt sich vor allem für auswärts tätige Arbeitnehmer wie z. B. Handwerker oder Außendienstmitarbeiter:

- Bei den Pauschalen für Verpflegungsmehraufwendungen wird statt der bisherigen dreistufigen Staffelung eine zweistufige Staffelung der Pauschalen eingeführt (12 Euro und 24 Euro, Wegfall der niedrigsten Pauschale von 6 Euro).
- im Bereich der Fahrtkosten bei Fahrten zur sog. regelmäßigen Arbeitsstätte wird gesetzlich festgelegt, dass es höchstens noch eine solche Tätigkeitsstätte je Dienstverhältnis gibt. Die Bestimmung erfolgt durch den Arbeitgeber oder anhand von „quantitativen Elementen“ (neuer Begriff: „erste Tätigkeitsstätte“).

V

Vertragsverletzungsverfahren Kunst

Die Diskussion über das von der Kommission eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren hinsichtlich der Unionsrechtswidrigkeit des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Kunstgegenstände und Sammlungsstücke wurde durch eine Neuregelung im Jahressteuergesetz 2013 nun beendet. Es erfolgt eine Anpassung an die unionsrechtlichen Vorgaben in Artikel 103 der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie und gleichzeitig wird daneben eine Pauschalmarge in Höhe von 30 Prozent des Verkaufspreises für Kunstgegenstände und Sammlungsstücke im Bereich der umsatzsteuerlichen Differenzbesteuerung eingeführt. Damit sollen Nachteile ausgleichen werden, die dem gewerblichen Kunsthandel durch den Wegfall des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf die Lieferung von Kunstgegenständen entstehen. Eine Schwächung des Kunststandorts Deutschland wird mit dieser Regelung vermieden.

Vertriebene

Schon wegen meiner familiären Wurzeln, aber auch auf Grund meiner festen politischen Überzeugung, setze ich mich massiv für die Rechte von Vertriebenen ein. Daher mache ich mich auch dafür stark, eine Vertriebenengedenkstätte in Berlin zu errichten. Es waren die Unionsparteien, die im Jahr 2005 die Errichtung eines „Sichtbaren Zeichens gegen Vertreibung“ im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben und dafür Sorge getragen haben, dass mit der Stiftung ‚Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘ der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag ohne Wenn und Aber erfüllt wird. Damit erhält das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen einen offiziellen Platz im öffentlichen Bewusstsein. Die Einrichtung ist daher auch ein Erfolg für die CSU, die verlässlicher Anwalt der deutschen Vertriebenen, Aussiedler sowie der deutschen Volksgruppe in Mittel- und Osteuropa ist und bleibt.

W

Wirtschaftsjunioren

Auch am jährlichen „Know-How-Transfer“ der Wirtschaftsjunioren beteilige ich mich. So konnten Geschäftsführer der Marketing- und Kommunikationsagentur „die agentur GmbH“, Manuel Jenne, Geschäftsführer Dr. Wolfgang Meyer von der Porzellanfabrik Walküre in Bayreuth und der Leiter der Materialwirtschaft bei der Luft- und Thermochnik Bayreuth GmbH, Lothar Feulner, mich während meines Berliner Arbeitsalltages begleiten und an Sitzungen verschiedener parlamentarischer Gremien teilnehmen. Im Gegenzug verbrachte ich in beiden Unternehmen einen Tag, um auch die Arbeit in den Arbeitsfeldern meiner Besucher in Berlin kennenzulernen.

Die Wirtschaftsjuvenoren sind ein bundesweiter Zusammenschluss von jungen Unternehmern, die dafür eintreten, dass mehr Verantwortungsbewusstsein zur Bewältigung der sozialen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft an den Tag gelegt wird. Sie setzen sich für die Rückkehr zu den ursprünglichen Stärken der Marktwirtschaft ein und wollen deren konsequente Weiterentwicklung für die Zukunft. Die Wirtschaftsjuvenoren fordern die Rückbesinnung auf die Grundwerte des demokratischen Rechtsstaates, die auch wieder zu den Tugenden der deutschen Wirtschaft werden sollen.

Z

„Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM)

Im Rahmen des Förderprogramms „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) werden im Bundeswahlkreis Bayreuth-Forchheim insgesamt 26 laufende Vorhaben (Stand November 2012) mit einem Gesamtvolumen von rund 3,3 Mio. Euro gefördert.

Seit Dezember 2011 stieg das ZIM-Fördervolumen in unserer Region damit um rund 900.000 Euro. Von der Innovationsförderung profitieren für bereits laufende Projekte kleine und mittelständische Unternehmen in den Landkreisen Bayreuth und Forchheim. Die detaillierten Zahlen finden Sie unter dem Punkt „*Bundeshaushalt*“.

Ich habe mich nachhaltig dafür eingesetzt, dass weitere kleine und mittelständische Unternehmen in die Fördermaßnahmen des „Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) aufgenommen werden und das Fördervolumen erhöht werden konnte. In unserer Region wird damit die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, einschließlich des Handwerks und der unternehmerisch tätigen freien Berufe, nachhaltig unterstützt.

Es wird ein wichtiger Beitrag zum Wachstum der Unternehmen geleistet, vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Ich hoffe, dass zahlreiche weitere mittelständische Unternehmen sich über die verschiedenen Fördermöglichkeiten ihrer entwickelten innovativen Projekte informieren, um von den vorhandenen finanziellen Mitteln zu profitieren.

Zentrale Unterstützungsgruppe Zoll (ZUZ)

Die Zentrale Unterstützungsgruppe Zoll ist seit 1998 einsatzbereit. Seitdem wurde sie rund 70 Mal pro Jahr zu den verschiedensten Einsätzen beordert. Derzeit gehören der ZUZ 47 Beamte (inklusive elf derzeit in Ausbildung befindliche) an, die sich alle in einem bestimmten Auswahlverfahren qualifizieren und eine eineinhalbjährige Fortbildung absolvieren mussten.

Das Spezialeinsatzkommando ist bundesweit tätig und beim Zollkriminalamt in Köln stationiert. Die „Zentrale Unterstützungsgruppe Zoll“, kurz ZUZ, greift immer dann ein, wenn es gefährlich werden kann. Dann freilich muss jeder Handgriff sitzen. Deshalb ist auch jede Menge Training nötig. Eine großangelegte Übung hat das Spezialeinsatzkommando des Zolls auf meine Vermittlung hin auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände in Bayreuth abgehalten.

Zollwesen

Als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen fällt auch der Bereich des Zollwesens in meinen Aufgabenbereich. Neben der Bekämpfung der Schwarzarbeit ist mir die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Drogenkriminalität ein besonderes Anliegen. Daneben besuche ich deutschlandweit zahlreiche Zollämter, um vor Ort den Anliegen der Zollverwaltung Rechnung zu tragen.

Ich besuchte in diesem Zusammenhang:

- das Zollschiff „Borkum“
- das Zollboot „Rheiderland“
- das Hauptzollamt Augsburg
- das Zollfahndungsamt München
- das Hauptzollamt München
- die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Rauschgift Nordbayern (GER Nord), Nürnberg
- das Hauptzollamt Osnabrück
- das Gemeinsame Zentrum der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Schwandorf
- das Hauptzollamt Landshut
- den Dienstsitz Weiden des Zollfahndungsamtes München
- das Hauptzollamt Stralsund
- das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko
- das Zollamt Donauwörth
- das Zollkriminalamt Köln
- das Hauptzollamt Schweinfurt
- das Hauptzollamt Frankfurt (Oder)
- das Zollamt Bayreuth
- das Zollamt Amberg
- das Zollamt Selb
- die Zollschule in Weiden
- die Teilnehmer des Zollski-Teams bei den Biathlon-Weltmeisterschaften, dem Biathlon-Weltcup und den Ski-Weltmeisterschaften in Garmisch-Patenkirchen

Rauschgiftdelikte haben im Grenzraum zu Tschechien während der zurückliegenden Jahre besorgniserregend zugenommen. Gemeinsam mit Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, seinem tschechischen Amtskollegen Jan Kubice, dem Sächsischen Innenminister Markus Ulbig und dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann MdL verständigte ich mich darauf, das Thema Drogenbekämpfung künftig zur Chefsache zu machen und dabei vor allem auf eine Verstärkung gemeinsamer deutsch-tschechischer Streifen zu setzen.

Vom 13. bis 14. August 2012 führte ich politische Gespräche beim tschechischen Finanzminister Miroslav Kalousek sowie der tschechischen Generalzolldirektion in Prag. Durch die Gespräche in Prag konnte ich einen Beitrag dazu leisten, die intensive Zusammenarbeit der Zollbehörden Deutschlands und der Tschechischen Republik noch weiter fortzuentwickeln. Insbesondere im Kampf gegen die gefährliche Droge „Crystal“ wollen Deutschland und Tschechien enger zusammenarbeiten. Bewaffnete Zöllner beider Länder sollen in Zukunft beiderseits der Grenze auf Streife gehen. Tschechien ist zu einer „Einflugschneise“ für die synthetische Droge „Crystal“ geworden. Finanzminister Miroslav Kalousek versicherte mir, dass der tschechische Zoll bei der Drogenbekämpfung mehr Kompetenzen erhalten wird.

Als Finanzstaatssekretär setze ich mich nachhaltig für eine effektive Bekämpfung der Schwarzarbeit in unserem Land ein. So konnten unter anderem Staatsverträge zwischen Deutschland und Österreich, den Niederlanden und Tschechien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit geschlossen werden.

Gemeinsam mit dem Präsidenten des Industrieverbandes Textil Service, Peter Böge, dem Präsidenten des Deutschen Textilreinigungs-Verbandes, Friedrich Eberhard, dem Gewerkschaftssekretär der IG Metall, Hans Wettengl und dem Bundesvorsitzenden der DHV – Die Berufsgewerkschaft, Gunter Smits, habe ich als Finanzstaatssekretär die Bündniserklärung gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Branche Textilreinigung / Textil Service unterzeichnet. Neben den bereits geschlossenen Bündnissen mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften in der Bauwirtschaft, dem Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe, der Fleischwirtschaft, dem Gebäudereinigungsgewerbe und dem Maler- und Lackiererhandwerk leistet dieses Bündnis einen weiteren wichtigen Beitrag gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in Deutschland.

Zusammenarbeit

Die gute Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Funktionsträgern in meinem Wahlkreis ist mir ein wichtiges Anliegen. Dies gilt nicht nur für meine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter, sondern auch für meine Funktion als CSU-Kreisvorsitzender im Landkreis Bayreuth sowie als stellvertretender Bezirksvorsitzender der CSU in Oberfranken. Ich möchte mich bei allen Verantwortlichen unserer Partei für die vielfältige Unterstützung sowie für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken.

Meinen ersten Dank richte ich an die ehemaligen CSU-Kreisvorsitzenden in der Stadt Bayreuth, Dr. Harald Rehm und Dr. Oliver Junk sowie an den amtierenden CSU-Kreisvorsitzenden Dr. Michael Hohl, und in Stadt und Landkreis Forchheim an die ehemaligen CSU-Kreisvorsitzenden Eduard Nöth und Udo Schönfelder sowie den amtierenden Vorsitzenden Benedikt Graf von Bentzel sowie an die langjährige CSU-Kreisgeschäftsführerin Renate Reichelt. Auch bei meinen Mitstreitern im CSU-Kreisverband Bayreuth-Land möchte ich mich ganz herzlich für Ihr Vertrauen, Ihre Unterstützung und gute Zusammenarbeit bedanken.

Besondere Bedeutung hat die Gemeinschaftsarbeit der Mandatsträgern unserer Region. Unser Ziel muss es weiter sein, „Politik aus einem Guss“ für unsere Heimat und ihre Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir als Repräsentanten unserer Heimat auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Das gelingt uns und dafür möchte ich mich bei meinen Landtagskollegen aus dem Bayreuth-Kulmbacher Bereich Walter Nadler und Gudrun Brendel-Fischer sowie aus dem Forchheimer Bereich Eduard Nöth und meiner Kollegin aus dem Europäischen Parlament, Monika Hohlmeier, bedanken.

Dank gilt auch meinen Kollegen im Bezirkstag. Hier möchte ich den Bayreuther Bezirksrat Dr. Michael Hohl, den Kulmbacher Oberbürgermeister und Bezirkstagsvizepräsidenten Henry Schramm, und den Oberbürgermeister der Stadt Forchheim, Bezirksrat Franz Stumpf, nennen. Auch mit Bezirkstagspräsident Dr. Günter Denzler und Regierungspräsident Wilhelm Wenning verbindet mich eine gute Zusammenarbeit. Eine enge Verbundenheit pflege ich mit unserer langjährigen Landtagsvizepräsidentin Anneliese Fischer und unserem langjährigen oberfränkischen Staatsminister und Bayreuther Stimmkreisabgeordneten Simon Nüssel, die mir beide nach wie vor wichtige Ratgeber und Begleiter sind.

Entscheidend für mich als Bundestagsabgeordneter ist auch und gerade das enge Zusammenwirken mit den CSU-Freunden in der Kommunalpolitik. Ich danke stellvertretend unserem ehemaligen Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel für seinen unermüdlichen Einsatz und für die freundschaftliche und von tiefem Vertrauen geprägte Zusammenarbeit. Aber auch mit seinem Nachfolger, Landrat Hermann Hübner, verbindet mich ein enges Band der Freundschaft und der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Mit Weitblick und Augenmaß führt Hermann Hübner die Geschicke unseres Landkreises. Hierfür gebührt ihm mein aufrichtiger Dank.

Ich darf auch gegenüber Manfred Thümmel meinen Dank zum Ausdruck bringen, der nicht nur als stellvertretender Landrat, sondern auch als Bürgermeister der Stadt Pegnitz immer wieder meine Arbeit bereichert und sich in besonderer Weise für unsere Region engagiert hat. Ein herzliches Dankeschön gilt aber auch Bürgermeister Harald Mild, der über viele Jahre hinweg die Geschicke in der Gemeinde Creußen vorbildlich meisterte.

Dank gilt auch dem stv. Landrat des Landkreises Bayreuth, Thomas Thiem, und der stv. Landrätin Christa Reinert-Heinz. Auch dem stv. Landrat des Landkreises Forchheim, Georg Lang, weiß ich mich eng verbunden.

Die Zusammenarbeit mit den Fraktionsvorsitzenden im Bayreuther Stadtrat und Bayreuther Kreistag, Dr. Stefan Specht und Günter Dörfler, und Franz Josef Kraus im Forchheimer Kreistag sowie mit allen Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten der CSU in meinem Wahlkreis ist gut und vertrauensvoll.

Wir können nur dann erfolgreiche Politik gestalten, wenn die verantwortlichen Mandats- und Funktionsträger eng und vertrauensvoll zusammenwirken und wir mit großer Geschlossenheit auftreten.

Bayreuth, im November 2012

A handwritten signature in blue ink that reads "Hartmut Koschyk". The signature is written in a cursive style with a large initial 'H'.

Hartmut Koschyk MdB